

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)
Referat Öffentlichkeitsarbeit, Online-Kommunikation, Social Media · 11055 Berlin
E-Mail: buergerinfo@bmu.bund.de · Internet: www.bmu.de

Umweltbundesamt (UBA)
Wörlitzer Platz 1 · 06844 Dessau-Roßlau
E-Mail: buergerservice@uba.de · Internet: www.umweltbundesamt.de

Redaktion

BMUV, Referat G II 1: Heike Williams
UBA, Fachgebiet I 1.4: Dr. Angelika Gellrich

Gestaltung

macondo publishing GmbH, Münster

Druck

BONIFATIUS GmbH Druck – Buch – Verlag, Paderborn

Stand

Januar 2022

1. Auflage

3.000 Exemplare (gedruckt auf Recyclingpapier)

Bestellung dieser Publikation

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09 · 18132 Rostock
Telefon: 030 / 18 272 272 1 · Fax: 030 / 18 10 272 272 1
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Internet: www.bmu.de/publikationen

Hinweis

Diese Publikation wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz kostenlos herausgegeben. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden. Mehr Informationen unter: www.bmu.de/publikationen

Umweltbewusstsein in Deutschland 2020

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

„Umweltbewusstsein in Deutschland“ ist eine Studie, die das Bundesumweltministerium alle zwei Jahre gemeinsam mit dem Umweltbundesamt herausgibt.

Bearbeitet wurde die Studie von Janina Belz, Robert Follmer, Jana Hölscher (infas Institut für angewandte Sozialwissenschaft) und Dr. Immanuel Stieß, Georg Sunderer (ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung) sowie Barbara Birzle-Harder (ergo-network).

Inhaltsverzeichnis

Begleitworte	6
1. Ergebnistelegamm	8
1.1 Deutsche Zusammenfassung	9
1.2 English Summary	13
2. Die Umweltbewusstseinsstudie im Jahr 2020 – Bewährtes und Neues	17
3. Umweltbewusstsein in der Wissenschaft – individuelle Verantwortung und die „Verhältnisse“	21
4. Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Zeitverlauf – welche Veränderungen werden sichtbar?	24
4.1 Gesellschaftlicher Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes	25
4.2 Wahrnehmung von Umweltqualität und Umweltbelastungen	29
4.3 Einstellungen zu Umweltthemen und eigenes Umweltverhalten	32
5. Bewusstsein, Verhalten und Bereitschaften – Ableitung von Umweltbewusstseinstypen	38
5.1 Die neuen Kenngrößen „Einstellungen zum Klimaschutz“ und „Veränderungsbereitschaft“	39
5.2 Vorgestellt: sechs verschiedene Umweltbewusstseinstypen	41

6.	Klimawandel und Klimaschutz – Wahrnehmungen, Einstellungen und Bereitschaften	46
6.1	Klimabewusstsein in der Bevölkerung	47
6.2	Verantwortung für den Klimaschutz – Akteure und Strategien	52
6.3	Engagement und Veränderungsbereitschaften für den Klimaschutz	56
6.4	Umweltbewusstseinstypen und Klimaschutz – ein vertiefender Blick	60
7.	Sozial-ökologische Transformation - Handlungsfelder, Anforderungen, Bereitschaften	62
7.1	Bürgerinnen und Bürger zwischen Wunsch und Wirklichkeit?	63
7.2	Akzeptanz und Handlungsbereitschaften für die Transformation	69
7.3	Wirtschaftlicher Strukturwandel und soziale Aspekte	74
8.	Bewusstsein, Verhalten, Transformation – übergreifende Zusammenhänge und Ausblick	77
	Literaturverzeichnis	81
	Abkürzungsverzeichnis	81
	Abbildungsverzeichnis	82

Begleitworte des wissenschaftlichen Beirats der Umweltbewusstseinsstudie

Liebe Leserinnen und Leser,

wir steigen in diese Broschüre ein mit Eindrücken und Kommentaren der Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats zur Umweltbewusstseinsstudie 2020. Wir fragten: Welches besondere „Highlight“ lässt sich in der Studie entdecken? Worin besteht der Mehrwert der Studie? Welche spannenden Fragen wirft sie auf, die künftig noch stärker betrachtet werden sollten?

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, das Umweltbundesamt und das Forschungsteam der Umweltbewusstseinsstudie 2020 danken allen Mitgliedern des wissenschaftlichen Beirats herzlich für die Antworten, ihre Begleitung und die wertvollen fachlichen Rückmeldungen im Laufe des Forschungsprozesses. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir eine anregende Lektüre!

Wer wissen will, wie es um die Einsicht der Deutschen hinsichtlich ihres Tuns und Lassens mit Blick auf die natürliche Umwelt bestellt ist und wie sich diese Einsichten auch wandeln können, der kommt um die Umweltbewusstseinsstudie 2020 nicht herum.

Prof. Dr. Matthias Groß, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), Department Stadt- und Umweltsoziologie

Die Bevölkerung räumt dem Umwelt- und Klimaschutz in den letzten Jahren einen immer höheren Stellenwert ein – auch im Verhältnis zu anderen wichtigen gesellschaftlichen Themen wie Flucht und Migration. Dies geht unter anderem auf soziale Bewegungen wie Fridays for Future zurück. Indirekt macht die Studie somit deutlich, wie wichtig zivilgesellschaftliches Engagement für die Entwicklung von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten ist.

Prof. Dr. Sabrina Zajak, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), Berlin

Die Studie hält eine gute Nachricht für uns bereit – und ein produktives Rätsel. Die gute Nachricht ist, dass die Pandemie in Deutschland nicht dafür gesorgt hat, dass Menschen die ökologische Krise vergessen oder für weniger wichtig erachten. Das Rätsel liegt darin, dass die Unterschiede in der individuellen (umweltrelevanten) Veränderungsbereitschaft sich auf eine Weise durch die Bevölkerung zu verteilen scheinen, die durch die üblichen Faktoren wie Bildung, Einkommen, Wohnort etc. nur noch teilweise zu erklären ist. Somit ermutigt die Studie die Politik, ambitionierter zu werden und fordert die Sozialwissenschaften heraus, an ihrem Verständnis von potenziell ‚transformativen‘ Gruppen in der Gesellschaft weiter zu arbeiten.

Dr. Manuel Rivera, Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS), Potsdam

Sehr aufschlussreich sind die Erkenntnisse über die zum Teil deutlichen Geschlechterdifferenzen, zum Beispiel in Hinblick auf den Stellenwert von Umwelt- und Klimaschutz, die Bewertung eines Tempolimits auf Autobahnen oder den CO₂-Fußabdruck. Für die Zukunft würde ich mir wünschen, dass auch die Bedeutung der Geschlechterverhältnisse, zum Beispiel die Übernahme von Care-Arbeiten, das heißt, somit das Kümmern um Andere und sich, für Umwelteinstellungen und Veränderungsbereitschaft untersucht wird.

Prof. Dr. Ines Weller, artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit, Universität Bremen

Die Ergebnisse der aktuellen Ausgabe der Umweltbewusstseinsstudie zeigen, dass in der Bevölkerung viel Unsicherheit herrscht, welchen Beitrag zum Klimaschutz man als Einzelperson wirklich leisten kann. Diese Erkenntnis stellt aus meiner Sicht einen entscheidenden Mehrwert dar, da sie verdeutlicht, warum der Klimaschutz bisher hinter den wachsenden Erwartungen zurückbleibt.

Weiterhin halte ich es für entscheidend, in öffentlichen sowie wissenschaftlichen Debatten den Einfluss struktureller Bedingungen wie Sozialisierungserfahrungen und alltagspraktischen Anforderungen deutlicher in den Fokus zu rücken. Politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger erhalten damit wichtige Anregungen, wie sich Klimaschutz als alltagsrelevantes gesamtgesellschaftliches Projekt denken und umsetzen lässt. Die im Bericht betonte Förderung individueller Verantwortung, unter anderem mittels zusätzlicher Aufklärung, sollte aber stärker im Kontext dieser strukturellen und alltagsweltlichen Bedingungen verstanden werden.

Sarah Kessler, Ludwig-Maximilians-Universität München, Forschungsprojekt BAYSICS des Bayerischen Klimaforschungsnetzwerks (bayklif)

Der Umbau zu einer Wirtschaft ohne Treibhausgasemissionen ist eine enorme Herausforderung. Die Klimapolitik benötigt dafür fundierte Informationen auch aus sozialwissenschaftlichen Umfragen, die die langfristige Entwicklung des Umweltbewusstseins, des Umweltverhaltens, der Ökobilanz von Haushalten, der Akzeptanz von neuen Technologien und politischen Maßnahmen in der Bevölkerung aufzeigen. Nur wenn die Klimapolitik auf breite Unterstützung stößt, kann die klimapolitische Wende gelingen. Der Survey „Umweltbewusstsein in Deutschland“ trägt zu diesem Informationsbedarf in hohem Maße bei.

Prof. Dr. Andreas Diekmann, Prof. em. ETH Zürich und Seniorprofessor Universität Leipzig, Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften Leopoldina

Um die Ziele des Pariser Abkommens, die Erderhitzung möglichst nahe an 1,5 Grad zu begrenzen, erreichen zu können, muss das aktuelle Jahrzehnt den Klima- und Umweltschutz in den Fokus rücken. Dies betrifft nicht nur das künftige Handeln in Politik und Wirtschaft, sondern auch das Alltagshandeln großer Teile der Bevölkerung wird große Veränderungen erfahren müssen. Die Surveys „Umweltbewusstsein in Deutschland“ können als ein Gradmesser für befürwortende wie ablehnende Auffassungsunterschiede sowie Entwicklungslinien des gesellschaftlichen Wandels hierzu einen wichtigen Beitrag zur Versachlichung der Debatte liefern.

Prof. Dr. Jürgen Schupp, Senior Research Fellow am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und Freie Universität Berlin

Ergebnistelegramm



1.1 Deutsche Zusammenfassung

Im Jahr 2021 besteht die Umweltbewusstseinsstudie seit 25 Jahren. 1996 begonnen, liefert sie vielfältige Einblicke in das Bewusstsein, die Einstellungen und das Verhalten der Bevölkerung in Sachen Umwelt.

Für die vorliegende Ausgabe der Studie wurden Ende 2020 über 2.000 Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren im Rahmen einer Onlinebefragung interviewt. Das aktuelle Schwerpunktthema befasst sich mit den Einstellungen zum Klimawandel und Klimaschutz und dem möglichen gesellschaftlichen Wandel.

Umwelt- und Klimaschutz genießen einen hohen Stellenwert

Die Zeit vor und während der aktuellen Erhebung war stark von der Corona-Pandemie bestimmt. Trotzdem verliert das Thema Umwelt- und Klimaschutz nicht an Bedeutung. Wie in den Jahren zuvor stufen zwei Drittel der Befragten dieses Thema als „sehr wichtig“ ein. Eine etwas höhere Bedeutung wird aktuell nur dem „Zustand des Bildungswesens“ und dem „Zustand des Gesundheitswesens“ eingeräumt. Andere Themen wie „Kriminalität und öffentliche Sicherheit“ oder „Arbeitslosigkeit“ rangieren deutlich dahinter.

Diesen hohen Stellenwert bestätigen Antworten auf die ausdrückliche Nachfrage nach der Bedeutung des Klimaschutzes im Schatten der Corona-Krise. Hier geben 70 Prozent der Befragten an, das Thema sei „weiterhin genauso wichtig“. 16 Prozent sind sogar der Auffassung, der Klimaschutz sei „wichtiger geworden“. Damit ist der Klimaschutz nach mehrheitlicher Überzeugung eine drängende Herausforderung.

Nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger wird zu wenig für den Klimaschutz getan

Der hohe Stellenwert, der dem Umwelt- und Klimaschutz beigemessen wird, spiegelt sich in den Augen der Bevölkerung jedoch nicht in entsprechenden Aktivitäten wider. Dies attestieren die Befragten der Bundesregierung, den Städten und Gemeinden, der Wirtschaft, aber auch sich selbst. Während nur 16 Prozent der Befragten angeben, dass Industrie und Wirtschaft genug tun, finden dies bei der Bundesregierung nur ein Viertel und bei den Städten und Gemeinden gut ein Drittel der Befragten. Nur ein Fünftel meint, dass die Bürgerinnen und Bürger bereits genug für den Umwelt- und Klimaschutz tun. Es gibt also noch viel

„Luft nach oben“. Eine Ausnahme bildet die Beurteilung der Umweltverbände. Ihnen wird bereits von 68 Prozent der Befragten bestätigt, genug für den Umwelt- und Klimaschutz zu tun.

Der Zustand der Umwelt bereitet vor allem beim Blick über die Landesgrenzen hinaus Sorgen. So stufen nur 11 Prozent der Befragten die weltweite Umweltqualität als „sehr gut“ oder „eher gut“ ein. Erheblich positiver fällt dieses Urteil bezogen auf Deutschland aus (60 Prozent). Noch günstiger ist die Einschätzung bei dem Blick vor die eigene Haustür. Der eigenen Stadt oder Gemeinde wird zu 73 Prozent eine gute oder sehr gute Umweltqualität bescheinigt. Dennoch – und das zeigt ein Blick auf die lange Zeitreihe dieser Frage – ist im Laufe der vergangenen Jahre die Besorgnis gewachsen. Insbesondere die Umweltqualität in Deutschland und in der eigenen Kommune schätzen seit 2018 immer mehr Befragte kritisch ein.

Entsprechend ist das Bewusstsein für den schädigenden Einfluss von Umweltverschmutzung und Umweltschadstoffen auf die eigene Person in den letzten 20 Jahren angewachsen. 38 Prozent sehen sich hierdurch „sehr stark“ oder „stark“ beeinträchtigt. Dagegen fühlen sich 56 Prozent „eher wenig“ und 7 Prozent „überhaupt nicht“ durch Umweltverschmutzungen belastet. Bei der Befragung im Jahr 2000 waren es dagegen noch drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger, die sich „eher wenig“ oder „überhaupt nicht“ gesundheitlich beeinträchtigt fühlten.

Der Klimawandel ist im Bewusstsein als Tatsache angekommen

Beim Interesse am Klimawandel und Klimaschutz ergibt sich folgendes Bild: Rund ein Viertel der Befragten interessiert sich nur „ein wenig“ oder „gar nicht“ für diese Themen, knapp die Hälfte (47 Prozent) dagegen „ziemlich“ und 25 Prozent sogar „sehr“. Die Antworten auf die Frage, wie gut man sich über die Themen informiert fühlt, weisen ebenfalls in beide Richtungen. So nehmen sich 60 Prozent als „gut“ oder „sehr gut“ informiert wahr, 40 Prozent dagegen nur „etwas“ oder „gar nicht“.

Weitgehende Einigkeit herrscht jedoch bei der Beurteilung, ob der Klimawandel vor allem durch menschliches Handeln oder durch natürliche Prozesse verursacht sei. 14 Prozent sagen, dass der Klimawandel alleinig und 63 Prozent vor allem menschengemacht ist. 19 Prozent der Befragten sehen die Verantwortung zu etwa gleich großen Teilen beim Menschen und in

natürlichen Prozessen. Nur 4 Prozent sehen vor allem natürliche Prozesse am Werk. Zu den Leugnerinnen und Leugnern des Klimawandels kann nur 1 Prozent der Befragten gerechnet werden.

Der Klimawandel wird mehrheitlich als Bedrohung empfunden. Nahezu 80 Prozent der Befragten sehen durch seine Folgen die Lebensgrundlagen in Deutschland in Gefahr. Gleichzeitig sagen über 90 Prozent, dass „dringende Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen“ ergriffen werden müssten. Nur 11 Prozent sehen keinen Grund, den Klimawandel zu bremsen.

Breiter Konsens im Allgemeinen, aber auch Unterstützungsbedarf

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sind nach eigener Auskunft für breite Teile der Bevölkerung notwendig, um eine hohe Lebensqualität für alle zu sichern. Dabei fordern die Befragten von den Verantwortlichen in Deutschland eine Vorbildfunktion. Vier Fünftel sehen Deutschland in der Pflicht, beim Klimaschutz voranzugehen, fordern ehrgeizigere Klimaziele und vermuten, dass dadurch auch Wettbewerbsvorteile entstehen. Etwas weniger Einigkeit herrscht in Bezug auf die anzuwendenden Maßnahmen. Insbesondere solchen, die mit direkten höheren Kosten für Bürgerinnen und Bürger einhergehen, wird etwas weniger zugestimmt als beispielsweise der Förderung ökologischer Technologien.

Trotz dieser kleinen Einschränkung erzielen viele der in der Studie benannten Maßnahmen große Zustimmung. Ebenso zeigt sich bei fast allen aufgeführten Punkten nicht nur eine starke Bereitschaft, diese mitzutragen, vielmehr wird überwiegend auch gefordert, mehr zu tun. Deutlich zeigt sich dies zum Beispiel in Bezug auf die Reduktion von Verpackungsmüll und einer nachhaltigeren Landwirtschaft sowie hinsichtlich einer fahrradfreundlichen Mobilität.

Gleichzeitig ist insbesondere beim Thema Klimaschutz jedoch auch eine gewisse Überforderung erkennbar. So geben 44 Prozent der Befragten an, dass ihnen „persönlich oft die Möglichkeiten fehlen“ würden, etwas für den Klimaschutz zu tun. Zudem ist immerhin fast ein Fünftel überzeugt, sich „nicht auch noch um den Klimaschutz“ kümmern zu können. Dies macht deutlich, dass es für viele Bürgerinnen und Bürger wichtig ist, unterstützende Angebote zu erhalten und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für einen klimabewussten Lebenswandel zu verbessern.

Individuelle Bemühungen für den Umweltschutz scheinen an Grenzen zu stoßen

Die beschriebene Unsicherheit wirkt sich auch auf das Handeln aus. Die Umweltbewusstseinsstudie belegt über alle Jahre hinweg eine Lücke zwischen den umweltbezogenen Einstellungen und dem individuellen Umweltverhalten. Hierzu wurden in der Auswertung verschiedene Aussagen zu Kennwerten zusammengefasst. Diese Kennwerte drücken auf einer Skala von 0 bis 10 das jeweils erreichte Niveau aus. Das Umweltverhalten liegt dabei im Mittel bei dem Wert 5, Umwelt- und Klimaeinstellungen dagegen bei Werten zwischen 7 und 8. Dieser Abstand zeigt sich bei Jung und Alt, formal hoch oder weniger Gebildeten, Frauen und Männern, Wohlhabenden oder weniger Wohlhabenden. Die Bewusstseins-Verhaltenslücke betrifft also alle sozio-ökonomischen Gruppen nahezu gleichermaßen. Immerhin hat sie sich in den letzten Jahren nicht weiter vergrößert.

Dies belegt auch ein Blick auf die Kohlendioxid (CO₂)-Fußabdrücke verschiedener Bevölkerungsgruppen, der für die Befragten in knapper Form ermittelt wurde. Von dem weltweit diskutierten Ziel, den gesamten CO₂-Ausstoß pro Person und Jahr bis zum Jahr 2050 auf unter eine Tonne zu senken, sind die beobachtbaren Werte weit entfernt. Sie liegen gegenwärtig bereits nur für Ernährung, Mobilität und Wohnen bei rund sechs Tonnen. Auch motivierten Gruppen fällt es offenbar schwer, ihren CO₂-Ausstoß (weiter) zu senken. Individuelle Bemühungen scheinen an ihre Grenzen zu stoßen.

Umweltbewusstseinstypen als neuer Ansatz

Trotz dieser strukturellen Ähnlichkeiten lassen sich unterschiedliche Einstellungs- und Verhaltensmuster erkennen. Dazu wurden in der Umweltbewusstseinsstudie sechs „Umweltbewusstseinstypen“ gebildet. Diese identifizierten Gruppen reichen von den *Ablehnenden* mit einem Anteil von 8 Prozent der Bevölkerung bis zu den *Konsequenten*, die 14 Prozent umfassen. Dazwischen liegen die *Skeptischen* mit 18 Prozent, die *Unentschlossenen* mit 22 Prozent, die *Aufgeschlossenen* mit 25 Prozent und die *Orientierten* mit 13 Prozent. Während die *Ablehnenden* kaum Veränderungsbedarf sehen, agieren die *Konsequenten* nach eigener Auskunft bereits gemäß ihrem vergleichsweise stark ausgeprägten Umweltbewusstsein. Die vier weiteren Gruppen platzieren sich innerhalb dieser Spannweite. Sie unterscheiden sich durch verschiedene Kombinationen von Einstellungen, Verhalten und Veränderungsbereitschaft.

Werden diese sechs Umweltbewusstseinstypen grob zwei Hälften zugeordnet, entsteht eine relativ gleichgewichtige Aufteilung der Bevölkerung. Zu der einen Hälfte gehören mit den *Ablehnenden*, den *Skeptischen* und den *Unentschlossenen* Personen, die weniger Umweltprobleme sehen oder sich weniger veränderungsbereit zeigen als die andere Hälfte. Diese versammelt die *Orientierten*, die *Aufgeschlossenen* und die *Konsequenten*. Werden beide Hälften hinsichtlich ihrer Zusammensetzung nach sozioökonomischen Merkmalen betrachtet, unterscheiden sie sich zwar in einigen Details, wie etwa beim Bildungs- und Einkommensniveau, nach Altersgruppen oder Geschlecht, aber weniger in der generellen Breite. Somit sind hohe und niedrige Umwelt- und Handlungsorientierungen mehr oder weniger ausgeprägt in allen gesellschaftlichen Gruppen zu finden. Damit liegt nahe, dass in Sachen Umweltbewusstsein individuelle Prägungen eine wichtige Rolle spielen.

Viele Bürgerinnen und Bürger sind offen für Veränderungen, verlangen dies jedoch auch von Politik und Wirtschaft

Der sozial-ökologischen Transformation, also der Veränderung von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zugunsten einer höheren Umweltorientierung und mehr Nachhaltigkeit, wird inzwischen mehrheitlich zugestimmt. Dies belegen die Antworten auf vielfältige Handlungsbedarfe etwa in den Feldern Ernährung und Landwirtschaft, Mobilität und Verkehr. Beispielsweise sprechen sich 90 Prozent der Befragten für regionale Wertschöpfungsketten bei der Lebensmittelproduktion aus. Ähnlich viele wünschen sich einen kostengünstigeren öffentlichen Nahverkehr, und ein Tempolimit auf Autobahnen wird von zwei Dritteln befürwortet.

Deutlich werden in diesem Zusammenhang aber auch Forderungen an politische und wirtschaftliche Akteure. Hierbei zeigt sich, dass Vorbild und Orientierung offenbar einen hohen Stellenwert haben. So sprechen sich 91 Prozent der Befragten dafür aus, den wirtschaftlichen Strukturwandel zügig und gleichzeitig sozialverträglich voranzutreiben. Über 80 Prozent verlangen einen Subventionsstopp für klimaschädliche Produkte. Auch auf die Frage, ob der Erhalt von Arbeitsplätzen wichtiger sei als der Klimaschutz, antwortet etwas mehr als die Hälfte, dass der Klimaschutz vorgeht. Zugleich beklagt eine Mehrheit, dass nicht genug getan werde. So sind etwa 80 Prozent der Auffassung, es werde nicht genug für eine ökologischere Landwirtschaft getan. Ebenso viele sprechen sich dafür aus, dass es bessere Verkehrsangebote unabhängig vom Auto

geben sollte und die Belastung durch Luftschadstoffe und Feinstaub verringert werden muss.

Fast alle gesellschaftlichen Gruppen brauchen mehr Aufklärung, positive Anreize und höhere Verhaltenssicherheit

Die vorgestellten Befunde führen zu wichtigen Schlussfolgerungen. Die Ergebnisse zeigen einerseits ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein und das Gefühl, es müsse mehr für den Klimaschutz getan werden. So treffen viele Maßnahmen bereits auf breite Zustimmung. Andererseits belegen die Ergebnisse Unsicherheiten und mitunter auch Überforderung bei der Klärung, was ein wirkungsvoller persönlicher Beitrag sein kann und wie dieser zu leisten sei. Trotzdem steht eine große Gruppe der Befragten gewissermaßen auf der Schwelle zu einem umweltorientierteren Verhalten. Um diese individuellen Bereitschaften besser „abzuholen“ als bisher, sollten Verantwortliche auf allen Ebenen für bessere Rahmenbedingungen sorgen, Transparenz schaffen, mehr erklären sowie mehr positive Anreize setzen. Gefragt sind die Politik, die Zivilgesellschaft und jede einzelne Bürgerin und jeder einzelne Bürger gleichermaßen. Dazu liefert das Material der Umweltbewusstseinsstudie in der vorliegenden Broschüre und in weiteren Publikationen zahlreiche Ansätze und Vorschläge.

Wie erhoben wurde. Das Wichtigste zusammengefasst.

Hintergrund der Studie

Die Umweltbewusstseinsstudie wird bereits seit 1996 regelmäßig alle zwei Jahre im Auftrag des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes (UBA) durchgeführt. Diese Broschüre gibt einen Überblick über die Befragung im Jahr 2020 durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) und das ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung. Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe sind der Klimaschutz und die sozial-ökologische Transformation.

Befragungszeitraum der Hauptstudie

1. November bis
8. Dezember 2020



Befragungsmethode

Mit einer qualitativen Vorstudie wurden Anfang 2020 ausgewählte Aspekte des Schwerpunktthemas untersucht. Die Ergebnisse flossen in die Gestaltung des Fragebogens für die Hauptstudie ein, der anschließend mithilfe von 113 Befragten getestet und überprüft wurde.

Die Haupterhebung fand ebenso wie die vorgelagerte Testung des Fragebogens als Onlinebefragung statt. Die Teilnehmenden erhielten einen persönlichen Zugangscodes und konnten sich mit diesem zu der jeweiligen Befragung im Internet zuschalten. Die Interviews dauerten etwa 35 Minuten. Die Befragten erhielten für ihre Teilnahme keine Vergütung.

Aufgrund des hohen Befragungsumfangs wurden neben der Hauptbefragung drei telefonische Zusatzbefragungen zu speziellen Themen mit jeweils 1.000 Befragten durchgeführt. Ergebnisse der Zusatzbefragung zum Thema „wirtschaftlicher Strukturwandel“ werden in Kapitel 7.3 dargestellt. Die methodische Beschreibung erfolgt getrennt im wissenschaftlichen Bericht.

Stichprobe

Insgesamt wurden 2.115 Personen ab 14 Jahren befragt. Die Personen wurden zufällig aus einem bei infas vorhandenen Ad-hoc-Panel ausgewählt. Die potenziellen Befragten wurden je nach Wunsch per E-Mail, Brief oder telefonisch zur Studienteilnahme eingeladen. Damit möglichst viele der ausgewählten Befragten tatsächlich an der Erhebung teilnehmen würden, erhielten sie zweimal eine freundliche Erinnerung.

Gewichtung

Die Daten wurden in einem mehrstufigen Verfahren gewichtet. Das Ziel einer Gewichtung besteht darin, mögliche Verzerrungen des gewählten Stichprobenansatzes auszugleichen und dabei die realisierte Stichprobe an die Struktur der Grundgesamtheit, hier die Bevölkerung in Deutschland ab 14 Jahren, anzupassen. Hierfür wurden soziodemografische und weitere externe Merkmale verwendet, zum Beispiel Miete/Eigentum und Carsharing-Mitgliedschaft. Die Ergebnisse der Studie sind somit repräsentativ für die Bevölkerung in Deutschland.



Auswertungen

In den Analysen wurden verschiedene statistische Verfahren eingesetzt. Diese werden in der vorliegenden Broschüre zugunsten der Inhalte nur knapp skizziert. Eine ausführliche methodische Beschreibung erfolgt im getrennten wissenschaftlichen Bericht.



1.2 English Summary

In 2021, the Environmental Awareness Study will have been in existence for 25 years. Started in 1996, it provides a wide range of insights into the awareness, attitudes and behaviour of the population with regard to environmental issues.

For this edition of the study, more than 2,000 citizens aged 14 and over were interviewed in an online survey at the end of 2020. The current focus topic deals with attitudes towards climate change and climate action and possible social change.

Environmental protection and climate action enjoy high priority

The time before and during the current survey was strongly influenced by the Corona pandemic. Nevertheless, the issue of environmental protection and climate action has not lost any of its importance. As in previous years, two-thirds of the respondents rate this topic as “very important”. Only the “state of the education system” and the “state of the health system” are currently considered to be slightly more important. Other topics such as “crime and public safety” or “unemployment” rank well behind.

This high priority is confirmed by responses to the explicit question about the importance of climate action in the shadow of the Corona crisis. Here, 70 percent of the respondents state that the issue is “still just as important”. 16 percent are even of the opinion that climate action has “become more important”. This means that the majority is convinced that climate action is an urgent challenge.

In the opinion of citizens, too little is being done for climate action

In the eyes of the population, however, the great importance attached to environmental protection and climate action is not reflected in corresponding activities. The respondents attest this to the federal government, the cities and municipalities, the economy, but also to themselves. While only 16 percent of the respondents state that industry and business are doing enough, only a quarter of the federal government and a good third of the cities and municipalities find this to be the case. Only one fifth think that citizens are already doing enough for environmental protection and climate action. So there is still a lot of „room for im-

provement“. One exception is the assessment of the environmental associations. They are already confirmed by 68 percent of respondents to be doing enough for environmental protection and climate action.

The state of the environment is of particular concern when looking beyond national borders. Only 11 percent of the respondents rate the global environmental quality as “very good” or “rather good”. This assessment is considerably more positive in relation to Germany (60 percent). The assessment is even more favourable when looking at one’s own front door. A majority of 73 percent of the people in their own town or municipality say that the quality of the environment is good or very good. Nevertheless – and a look at the long time series of this question shows this – concern has grown in the course of the past years. In particular, more and more respondents have been critical of the environmental quality in Germany and in their own municipality since 2018.

Accordingly, awareness of the damaging influence of environmental pollution and pollutants on one’s own person has grown over the last 20 years. No less than 38 percent feel “very strongly” or “strongly” affected by this. In contrast, 56 percent feel “rather little” and 7 percent “not at all” burdened by environmental pollution. In the 2000 survey, on the other hand, three quarters of the citizens felt that their health was affected “rather little” or “not at all”.

Climate change has become a fact of life

When it comes to interest in climate change and climate action, the picture is as follows: around a quarter of respondents are only “somewhat” or “not at all” interested in these issues, while just under half (47 percent) are “fairly” interested and 25 percent are even “very” interested. The answers to the question of how well informed one feels about the topics also point in both directions. Thus, 60 percent perceive themselves as “well” or “very well” informed, while 40 percent feel only “somewhat” or “not at all” informed.

However, there is broad agreement on whether climate change is primarily caused by human activity or by natural processes. Thus, 14 percent say that climate change is solely man-made and 63 percent say that it is mainly man-made. Furthermore, 19 percent of the respondents see the responsibility in roughly equal parts on the part of humans and natural processes. Only 4 percent see mainly natural processes at work. Only 1 percent of the respondents can be counted among the climate change deniers.

Climate change is perceived by the majority as a threat. Nearly 80 percent of those surveyed see its consequences as a threat to the basis of life in Germany. At the same time, over 90 percent say that “urgent measures must be taken to adapt to the consequences”. Only 11 percent see no reason to slow down climate change.

Broad consensus in general, but also need for support

According to their own statements, environmental protection, nature conservation and climate action are necessary for broad sections of the population to ensure a high quality of life for all. In this context, the respondents demand that those responsible in Germany set an example. Four-fifths see it as Germany’s duty to lead the way in climate action, call for more ambitious climate targets and assume that this will also create competitive advantages. There is somewhat less agreement on the measures to be applied. In particular, those that are associated with directly higher costs for citizens are approved of somewhat less than, for example, the promotion of ecological technologies.

Despite this small restriction, many of the measures named in the study achieve great approval. Likewise, almost all of the points listed not only show a strong willingness to support them, but most also call for more to be done. This was clearly evident, for example, in relation to the reduction of packaging waste and more sustainable agriculture, as well as with regard to bicycle-friendly mobility.

At the same time, however, a certain excessive demand can be seen, especially in the area of climate action. Thus, 44 percent of the respondents state that they “personally often lack the possibilities” to do something for climate action. In addition, almost one fifth are convinced that they “cannot also take care of climate action”. This makes it clear that it is important for many citizens to receive supportive offers and to improve the social framework conditions for a climate-conscious change of life.

Individual efforts to protect the environment seem to reach their limits

The depicted uncertainty also affects action. The environmental awareness study shows a gap between environmental attitudes and individual environmental behaviour across all years. For this purpose, various statements were summarised into characteristic values in the evaluation. On a scale of 0 to 10, these scores express the level reached in each case. Environmental behaviour has an average value of 5, whereas environmental and climate attitudes have values between 7 and 8. This gap is evident among young and old, formally highly educated or less educated, women and men, wealthy or less wealthy. The awareness-behaviour gap thus affects all socio-economic groups almost equally. At least it has not widened further in recent years.

This is evidenced by a look at the CO₂ footprints of different population groups, which was determined for the respondents in a concise form. The observable values are far removed from the globally discussed goal of limiting total CO₂ emissions per person and year to less than one tonne. They are currently already around six tonnes just for food, mobility and housing. Even motivated groups apparently find it difficult to reduce their CO₂ emissions (further). Individual efforts seem to have reached their limits.

Environmental awareness types as a new approach

Despite these structural similarities, different attitudes and behaviour patterns can be identified. For this purpose, six “environmental awareness types” were formed in the environmental awareness study. These identified groups range from the *Rejectors*, with a share of 8 percent of the population, to the *Consequentialists*, who comprise 14 percent. In between are the *Sceptics* with 18 percent, the *Undecided* with 22 percent, the *Open-minded* with 25 percent and the *Oriented* with 13 percent. Whereas the *Rejectors* see little need for change, the *Consequentialists*, according to their own information, are already acting in accordance with their comparatively strong environmental awareness. The four other groups are positioned within this range. They differ in various combinations of attitudes, behaviour and willingness to change.

If these six types of environmental awareness are roughly divided into two halves, the result is a relatively evenly balanced distribution of the population. One

half includes the *Rejectors*, the *Sceptics* and the *Undecideds*, who see fewer environmental problems or are less willing to change than the other half. This half gathers the *Oriented*, the *Open-minded* and the *Consistent*. If both halves are considered in terms of their composition according to socio-economic characteristics, they differ in some details, such as education and income level, age groups or gender, but less in general breadth. Thus, high and low environmental and action orientations can be found to a greater or lesser extent in all social groups. This suggests that individual preferences play an important role in environmental awareness.

Many citizens are open to change, but also demand it from politics and business

The majority of people now agree with the socio-ecological transformation, that means the change of society, politics and the economy in favour of a higher environmental orientation and more sustainability. This is evidenced by the responses to various needs for action, for example in the fields of food and agriculture, mobility and transport. For example, 96 percent of respondents are in favour of regional value chains in food production. A similar number would like to see more cost-effective public transport, and even a speed limit on motor-ways is supported by two-thirds.

However, demands on political and economic actors also become clear in this context. Here it becomes clear that role models and orientation are obviously of great importance. Thus, 91 percent of the respondents are in favour of pushing ahead with economic structural change quickly and at the same time in a socially acceptable manner. Over 80 percent demand a subsidy freeze for climate-damaging products. When asked whether preserving jobs is more important than protecting the climate, more than half said that climate action comes first. At the same time, a majority complains that not enough is being done. About 80 percent believe that not enough is being done to make agriculture more ecological. Just as many are in favour of better transport services independent of the car and of reducing the pollution caused by air pollutants and particulate matter.

Almost all social groups need more education, positive incentives and greater behavioural safety

The findings presented here lead to important conclusions. On the one hand, the results show a pronounced environmental awareness and the feeling that more needs to be done for climate action. Thus, many measures already meet with broad approval. On the other hand, the results show uncertainty and sometimes also excessive demands in clarifying what an effective personal contribution can be and how it is to be made. Nevertheless, a large group of respondents is to a certain extent on the threshold of more environmentally oriented behaviour. In order to “pick up” this individual willingness better than before, those responsible at all levels should ensure better framework conditions, create transparency, explain more and set more positive incentives. Politicians, civil society and every individual citizen are all called upon to do their part. The material of the environmental awareness study in this brochure and in other publications provides numerous approaches and suggestions.

How the survey was conducted. The most important in brief.

Background to the study

The Environmental Awareness Study has been conducted regularly every two years since 1996 on behalf of the Federal Environment Ministry and the Federal Environment Agency (UBA). This brochure provides an overview of the 2020 survey by the Institute for Applied Social Science (infas) and the ISOE – Institute for Social-Ecological Research. The focus of this issue is climate action and the socio-ecological transformation.

Survey period of the main study

1 November until
8 December 2020



Survey method

A qualitative preliminary study was conducted at the beginning of 2020 to investigate selected aspects of the main topic. The results were incorporated into the design of the questionnaire for the main study, which was then tested and verified with the help of 113 respondents.

The main survey, like the upstream testing of the questionnaire, took place as an online survey. The participants received a personal access code and could use this to connect to the respective interview on the internet. The interviews lasted about 35 minutes. The respondents did not receive any remuneration for their participation.

Due to the large, current scope of the survey, three additional telephone surveys on special topics were conducted with 1,000 respondents each, in addition to the main survey. Results of the additional survey on the topic of “economic structural change” are presented in chapter 7.3. The methodological description is given separately in the scientific report.

Sample

A total of 2,115 people aged 14 and over were interviewed. The persons were randomly selected from an ad hoc panel available at infas. The potential respondents were invited to participate in the study by e-mail, letter or telephone, depending on their wishes. To ensure that as many of the selected respondents as possible would actually take part in the survey, they received two friendly reminders.

Weighting

The data were weighted in a multi-stage procedure. The aim of weighting is to compensate for possible distortions of the chosen sampling approach and thereby to adapt the realised sample to the structure of the population, here the population in Germany aged 14 and over.

For this purpose, socio-demographic and other external characteristics were used, for example rent / ownership and car sharing membership. The results of the study are thus representative of the population in Germany.



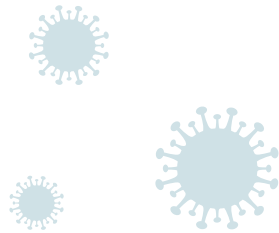
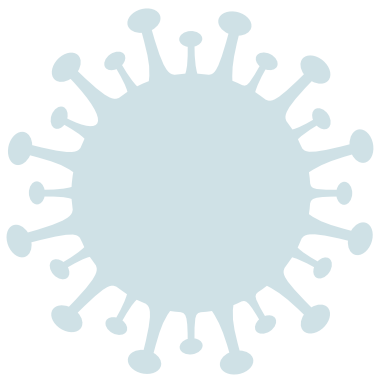
Analyses

Various statistical methods were used in the analyses. These are only briefly outlined in this brochure for the benefit of the content. A detailed methodological description is given in the separate scientific report.



2.

Die Umweltbewusstseinsstudie im Jahr 2020 – Bewährtes und Neues



16 % ist der Klimaschutz während der Corona-Krise wichtiger geworden.

70 % ist der Klimaschutz während der Corona-Krise weiterhin genauso wichtig.



ist der Klimaschutz während der Corona-Krise unwichtiger geworden.

8 %



5 %

ist der Klimaschutz während der Corona-Krise weiterhin nicht so wichtig.

Die Umweltbewusstseinsstudie 2020 fand ohne Zweifel unter ganz besonderen Voraussetzungen statt. Seit März 2020 bestimmte die Corona-Pandemie nicht nur den Alltag der Menschen, sondern sie war auch das Top-Thema in allen Medien. Andere globale Themen wie etwa die Folgen des Klimawandels rückten in den Hintergrund. Zum Zeitpunkt der Erhebung im November/Dezember 2020 gab knapp die Hälfte der Befragten an, in ihrer persönlichen Lebenssituation negativ von der Corona-Pandemie betroffen zu sein. Aber die Ergebnisse der Studie zeigen auch: Trotz der großen gesellschaftlichen Herausforderungen durch eine Pandemie ist die Bedeutung des Umwelt- und Klimaschutzes keinesfalls aus den Köpfen der Menschen verschwunden.

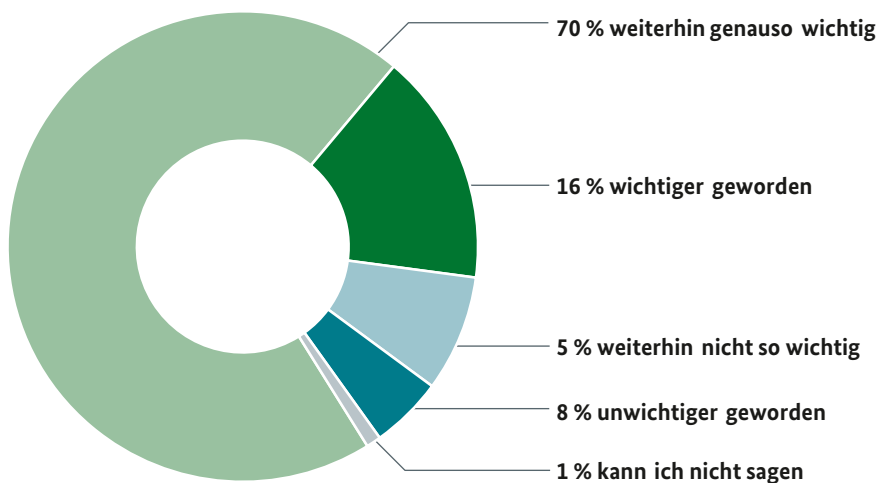
Für 70 Prozent der Befragten ist Klimaschutz weiterhin genauso wichtig wie vor der Pandemie, 16 Prozent empfinden ihn inzwischen sogar als noch wichtiger. In dieser Einschätzung sind sich Menschen unterschiedlichen Geschlechts, Alters und Bildungshintergrunds nahezu einig. Viele Bürgerinnen und Bürger blicken aufgrund der düsteren Prognosen der Wissenschaft sorgenvoll in die Zukunft. Auch hierzulande sind Folgen des Klimawandels wie extreme Hitze, Dürre und Starkregen immer öfter zu spüren. Die Umweltbewusstseinsstudie 2020 hat daher mit ihrem Schwer-

punkt Klimaschutz und sozial-ökologische Transformation Themen aufgegriffen, die aktueller und dringlicher nicht sein könnten.

Der Weltklimarat (IPCC) warnt aktuell vor irreversiblen Folgen, wenn die Erderwärmung über 1,5 Grad steigt. „Wir müssen unsere Lebensweise und unseren Konsum neu definieren“, heißt es in dem umfassenden Bericht. Die politischen und gesellschaftlichen Weichen so zu stellen, dass gegenwärtige und nachfolgende Generationen weiterhin gut auf unserem Planeten leben können – genau das ist das Ziel einer sozial-ökologischen Transformation. Ernst gemeinter Klimaschutz und die damit einhergehende Transformation würden einen grundlegenden Umbau der Produktionsweisen und der Konsummuster erforderlich machen. Doch was genau erwarten die Menschen von der Politik, von der Wirtschaft, aber auch von sich selbst? Welche Maßnahmen sind sie bereit mitzutragen? Das sind nur zwei der Fragen, mit denen sich dieser Bericht auseinandersetzt.

Abbildung 1: Wahrnehmung der Bedeutung des Klimaschutzes

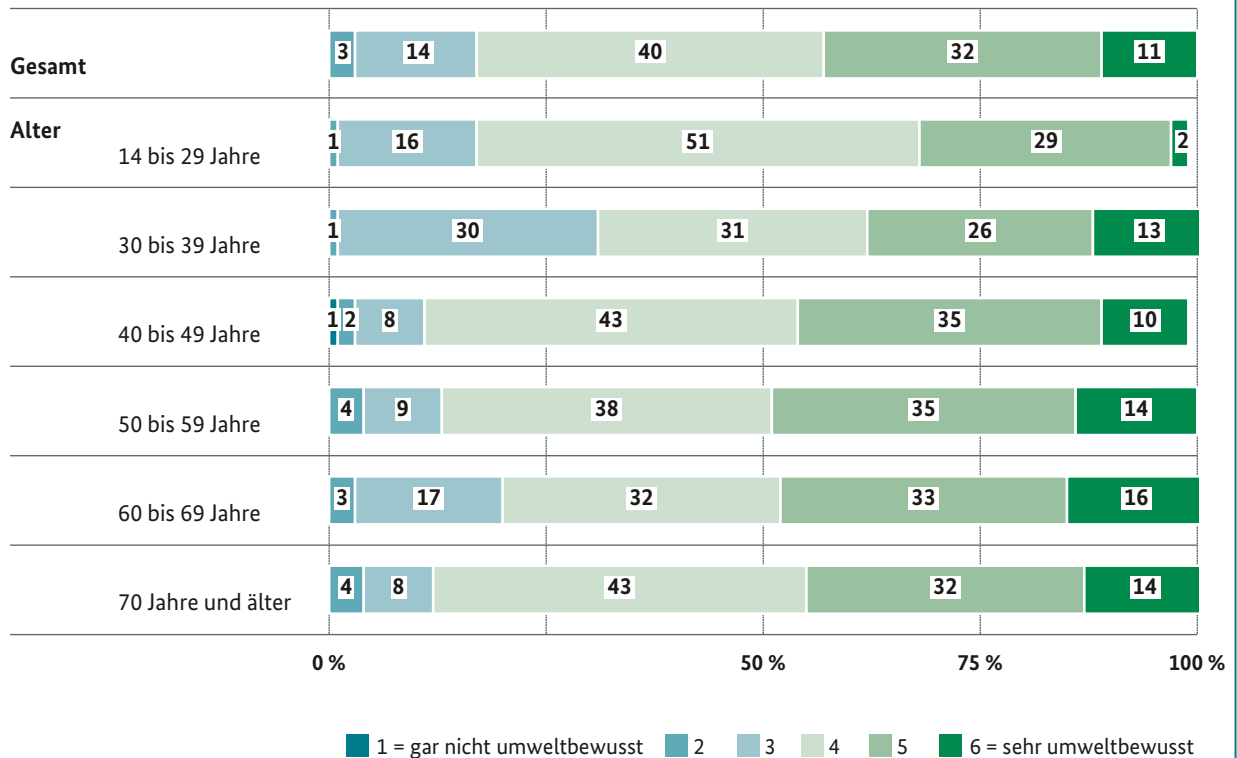
Frage: **Noch einmal zurück zur Corona-Krise der letzten Wochen und Monate. Wie haben diese Ereignisse die Bedeutung des Klimaschutzes für Sie persönlich verändert?**



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Abbildung 2: Selbsteinschätzung zum Umweltbewusstsein

Frage: Was würden Sie über sich sagen: Wie umweltbewusst sind Sie?
Skala von 1 für gar nicht umweltbewusst bis 6 für sehr umweltbewusst



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren,
Angaben in Prozent, Rundungsdifferenzen

Neben dem Schwerpunktthema, dem sich die Kapitel 6 und 7 widmen, ist ein Bündel gleichbleibender Fragen fester Bestandteil der bereits seit 25 Jahren bestehenden Umweltbewusstseinsstudie. Diese „Zeitreihen“ zeigen, wie sich der Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes im Vergleich zu anderen Themen in den letzten Jahren geändert oder sich die Wahrnehmung der Umweltqualität seit dem Jahr 2000 entwickelt hat (siehe Kapitel 4). Denn seit der ersten Ausgabe der Umweltbewusstseinsstudie im Jahr 1996 ist es ihre zentrale Aufgabe, die umweltbezogenen Einstellungen und Handlungsmuster der Bevölkerung zu beschreiben und gleichzeitig Potenziale für zukünftige nachhaltige Entwicklungen aufzuzeigen. Dafür wurden in der aktuellen Erhebung 2.115 Bürgerinnen und Bürger ab 14 Jahren online befragt. Ein Ergebnis sei bereits vorweggenommen: 43 Prozent der Befragten schätzen sich selbst als relativ oder sehr umweltbewusst ein.

Erstaunlicherweise fällt dieser Wert bei den 14- bis 29-Jährigen zehn Prozentpunkte niedriger aus als in den anderen Altersgruppen. Eine durchaus plausible These wäre, dass junge Menschen wegen ihres Alters und ihres sozialen Umfeldes die Dringlichkeit des Klimaschutzes stärker spüren, gleichzeitig aber Widersprüche in ihrem eigenen Handeln kritischer reflektieren, als es andere Generationen tun. Die eigenen Maßstäbe dieser jungen Generation an andere, aber auch an sich selbst, sind vermutlich auch durch die in dieser Altersgruppe besonders starke Klimabewegung geprägt, die seit 2018 durch den symbolträchtigen „Schulstreik fürs Klima“ von Greta Thunberg noch einmal stärker in den Vordergrund gerückt ist. Auch auf den großen Bühnen, bei Treffen mit Staats- und Regierungschefs sowie in den Medien verschaffen sich immer mehr junge Klimaschützerinnen und Klimaschützer Gehör. Vielleicht spiegelt gerade dieser ambivalente Befund besonders gut wider, wie vielschichtig das Konzept des eigenen Umweltbewusstseins ist, das nämlich nicht nur die Einstellungen, sondern auch das Verhalten der Menschen mit einschließen kann.

Beide Ebenen können Hand in Hand gehen, sich aber auch ausdrücklich gegenüberstehen. Anders gesagt, die Sympathie für grüne Themen alleine schmälert nicht den CO₂-Fußabdruck. Ob und wie man Umweltbewusstsein bei anderen, aber auch bei sich selbst wahrnimmt, hat viel mit dem sozialen Kontext zu tun, in dem man sich bewegt.

Um das Konzept des Umweltbewusstseins greifbarer und zugleich messbarer zu machen, wurden in der Studienausgabe 2018 die drei Kenngrößen „Umweltaffekt“, „Umweltkognition“ und „Umweltverhalten“ eingeführt, die auch in der aktuellen Ausgabe 2020 wieder berechnet wurden (siehe Kapitel 4.3). So können emotionale und sachliche Bewertungen gegenüber Umweltthemen von der Handlungsebene unterschieden werden. Mit der Wahl des Schwerpunktthemas Klimaschutz und sozial-ökologische Transformation ergaben sich zwei weitere zentrale Fragen: Unterscheiden sich Einstellungen zum Umweltschutz von Einstellungen zum Klimaschutz? Und wie steht es um die Veränderungsbereitschaft der Bevölkerung? Ist sie bereit, selbst zu den erforderlichen Veränderungen beizutragen? Um diese und weitere Fragen besser beantworten zu können, wurden die zwei neuen Kenngrößen „Einstellungen zum Klimaschutz“ und „Veränderungsbereitschaft“ berechnet (siehe Kapitel 5.1).

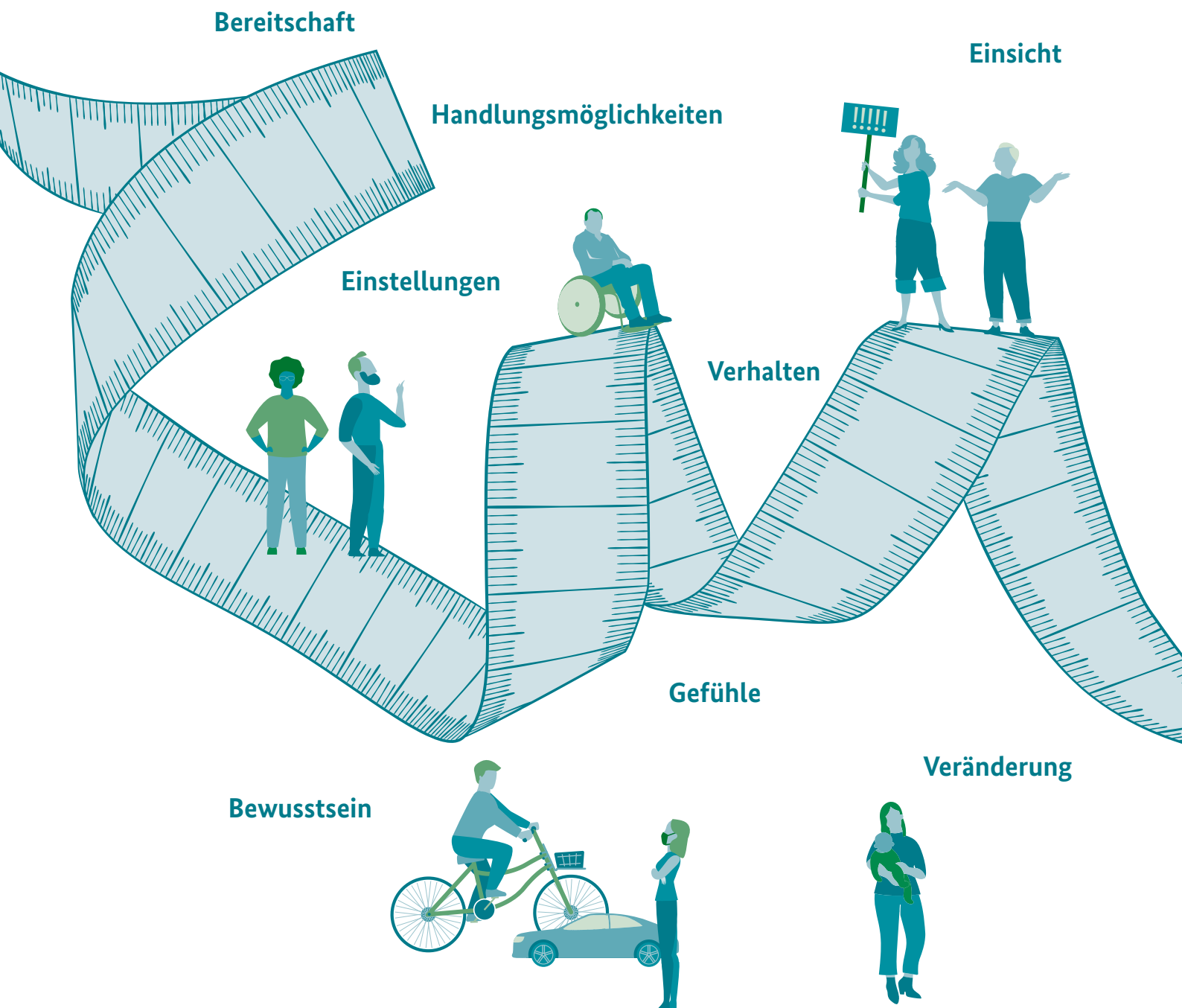
Um gesellschaftliche Gruppen in ihren Einstellungen zum Umwelt- und Klimaschutz sowie in ihrem Verhalten auch abseits von sozialen Milieus beschreiben zu können, wurde schließlich das Konzept der Umweltbewusstseinstypen entwickelt. Dieses umfasst sechs Gruppen, die sich in ihren Einstellungen zum Umwelt- und Klimaschutz, in ihrer Veränderungsbereitschaft und in ihrem Verhalten voneinander unterscheiden (siehe Kapitel 5.2). Die Umweltbewusstseinstypen werden in der Analyse des Schwerpunktthemas aufgegriffen und sind Ausgangspunkt für weiterführende Empfehlungen. Wie bereits die vergangenen Studien zeigen auch die Ergebnisse der diesjährigen Befragung, dass es aktuell noch zu viele Hemmnisse und widersprüchliche Anforderungen an Bürgerinnen und Bürger gibt, die einer Übersetzung von Bewusstsein zu Verhalten entgegenstehen. Daher beschäftigt sich Kapitel 8 auch damit, welche Potenziale es bereits gibt und welche Rahmenbedingungen in Zukunft noch geschaffen werden müssen, um das Umweltverhalten zu stärken.

Dass Regierungen, die unter großem Druck stehen, schnell radikale Maßnahmen zum Schutz ihrer Bevölkerung treffen können, hat die Corona-Pandemie gezeigt. Angesichts einer drohenden globalen Klimakatastrophe gilt es, den Klimaschutz ebenso konse-

quent und zügig umzusetzen und Treibhausgase radikal zu verringern. Das fordern Klimaschützerinnen und Klimaschützer aller Welt eindringlich. Deshalb werden die Ergebnisse der aktuellen Auswertung abschließend noch einmal vor dem Hintergrund der Klimakrise diskutiert – vor allem in Bezug auf mögliche Maßnahmen der Umweltkommunikation. Viele der folgenden Themen, Methoden und Erkenntnisse sind darüber hinaus Gegenstand eines wissenschaftlichen Vertiefungsberichts, der weiterführende Informationen und Auswertungen zur Umweltbewusstseinsstudie 2020 enthält.

3.

Umweltbewusstsein in der Wissenschaft – individuelle Verantwortung und die „Verhältnisse“



Was ist überhaupt Umweltbewusstsein? Umgangssprachlich bietet dieser Begriff viele Anknüpfungspunkte. Das kann Vor- und Nachteil zugleich sein. Ein Vorteil ist, dass der Begriff nur selten hinterfragt und vermutlich unmittelbar verstanden wird. Ein Nachteil besteht in eben dieser Ungenauigkeit. Und selbst in wissenschaftlichen Zusammenhängen wird der Begriff durchaus unterschiedlich beschrieben und interpretiert.

Im aktuellen Rückblick auf 25 Jahre Umweltbewusstseinsforschung (UBA 2021, Seite 6) wird auf eine Definition des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU) aus dem Jahr 1978 zurückgegriffen: Demnach sei Umweltbewusstsein die „Einsicht in die Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen durch diesen selbst, verbunden mit der Bereitschaft zur Abhilfe“ (SRU 1982, Seite 445). Diese Definition wirkt auf den ersten Blick etwas abstrakt, doch sie enthält zwei Kernbotschaften: Erstens wird vorausgesetzt, dass die natürlichen Lebensgrundlagen durch menschliches Handeln gefährdet seien. Zweitens wird diese Einsicht mit der Handlungsbereitschaft verbunden, diesen Prozess zu mildern oder zu stoppen.

Umweltbewusstsein, Klimabewusstsein, Veränderungsbereitschaft

Diese Definition mit ihren vorteilhaften Spielräumen wird im wissenschaftlichen Diskurs in die eine oder andere Richtung ausgestaltet, jedoch kaum entscheidend hinterfragt. Sie bildet auch in dieser Studienreihe die Grundlage für das Verständnis von Umweltbewusstsein. Darüber hinaus wurde versucht, die Definition stärker zu konkretisieren und das Umweltbewusstsein empirisch besser messbar zu machen. Dazu wurden die drei Dimensionen der sachlichen sowie emotionalen Bewertung und das Handeln herangezogen, die seit der Umweltbewusstseinsstudie 2018 als kognitives Umweltbewusstsein, affektives Umweltbewusstsein und Umweltverhalten gemessen werden (siehe Kapitel 4.3).

Die diesjährige Befragung konzentriert sich nicht nur auf das Umweltbewusstsein, sondern auch auf das Schwerpunktthema Klimaschutz und sozial-ökologische Transformation. Beide Aspekte gehören mehr und mehr zum Komplex des Umweltbewusstseins dazu und reihen sich als solche gut in die bisherigen Betrachtungen ein. Sie bieten aber auch deutliche Erweiterungen: erstens durch den eigenständigen Blick auf das Klimabewusstsein und zweitens durch die sogenannte Veränderungsbereitschaft, also die Bereitschaft, mit seinem alltäglichen Handeln noch mehr zum Klimaschutz beizutragen (im Überblick siehe dazu etwa Luks 2018).

Wissenschaftliche Hintergründe

Umweltbewusstsein, Klimabewusstsein und Veränderungsbereitschaft unterliegen der Beziehung aus Einstellungen, Wissen, Einsichten und Verhalten. Die englischsprachige Debatte hat hierfür die eingängige ABC-Formel gefunden – attitude, behaviour and choice (siehe einen guten Überblick in Shove 2010). Abgebildet werden Einstellungen (A), Verhalten (B) und Handlungsmöglichkeiten (C). Damit stellt die Formel eine Verknüpfung her zwischen der individuellen Ebene und dem sozialen Handlungskontext und geht somit einen Schritt weiter als der bereits beschriebene Dreiklang aus Wahrnehmung, Emotion und Verhalten.

Um die Handlungsmöglichkeiten aus dem ABC-Schema etwas genauer unter die Lupe zu nehmen, kann der beschriebene Zugang durch Ansätze aus der Praxistheorie erweitert werden (siehe im Überblick Reckwitz 2003). Kurz formuliert, wird hierbei nach den Handlungsspielräumen ausgehend von sozialen Vorprägungen und dem gesellschaftlichen Kontext gefragt. In welchen Routinen sind wir verhaftet? Inwieweit bestimmen die Routinen unsere Einstellungen und unser Verhalten? Was hindert uns daran, trotz des Wissens und guter Einsichten auch immer entsprechend zu handeln?

Und auch die „Verhältnisse“

Trotz der beschriebenen Erweiterungen bleibt es die Hauptaufgabe der Studie, das Umweltbewusstsein über die Zeit zuverlässig zu messen und empirisch zu beschreiben. Wächst oder sinkt das Umweltbewusstsein? In der Wahrnehmung oder in den emotionalen Aspekten? Was sind die Gründe dafür? Verändern sich die gesellschaftlichen Erwartungen? Inwieweit zeigen sich Verhaltensänderungen? Wie können diese unterstützt werden? Spätestens mit der letzten Frage wird die in der Kapitelüberschrift angedeutete Verknüpfung von individueller Verantwortung und den Verhältnissen angesprochen. Führen mehr Wissen und umweltbewusste Einstellungen früher oder später zu einem veränderten Verhalten? So kann es sinnvoll sein, nicht auf die letzte positive Einstellung in allen Bevölkerungsgruppen zu warten, sondern zunächst auf diejenigen zu setzen, die bereits zu den „Einsichtigen“ zählen. Sie können zu Vorbildern werden, indem ihre Gewinne an Lebensqualität hervorgehoben werden. Gleichzeitig können offengelegte Routinen und damit verbundene, mögliche individuelle Abhängigkeiten neue Perspektiven und Ausgangspunkte für die Transformation eröffnen.

Eine Möglichkeit, diese Fragen mit einem neuen Impuls zu betrachten, bieten die in Kapitel 2 bereits kurz erwähnten „Umweltbewusstseinstypen“. Sie umfassen sechs verschiedene Bevölkerungsgruppen, die bewusst ausschließlich entlang der vier Dimensionen Einstellungen zum Umweltschutz, Einstellungen zum Klimaschutz, eigenes Verhalten und Veränderungsbereitschaft definiert wurden. So können die Umweltbewusstseinstypen selbst wiederum mit soziodemografischen Merkmalen gekreuzt werden. Wie Kapitel 5 erläutert, sind alle sechs Umweltbewusstseinstypen in allen alters-, bildungs- oder sozioökonomisch definierten gesellschaftlichen Gruppen vertreten. Zwar unterscheidet sich das Ausmaß der jeweiligen Anteile, insgesamt aber muss diese Vielfalt bei der Ableitung von Schlussfolgerungen berücksichtigt werden. Die Rückbesinnung auf den theoretischen Rahmen soll dabei unterstützen.

4

Umweltbewusstsein und Umweltsverhalten im Zeitverlauf – welche Veränderungen werden sichtbar?

73 %

beurteilen die Umweltqualität in ihrer Stadt oder Gemeinde als gut.

11 %

beurteilen die Umweltqualität weltweit als gut.



finden die Umweltqualität in Deutschland gut.

60 %

Im April 2021 wurde die Publikation „25 Jahre Umweltbewusstseinsforschung im Umweltressort“ veröffentlicht. Sie spannt den Bogen von den Anfängen der Umweltbewusstseinsstudie im Jahr 1996 bis zur aktuellen Ausgabe 2020. Mit der Studie wird alle zwei Jahre das Umweltbewusstsein und -verhalten der Bevölkerung erforscht. Sie bildet damit eine zuverlässige wissenschaftliche Grundlage für die Umweltpolitik und ist aufgrund der Beobachtung über einen so langen Zeitraum einzigartig im Bereich der Umweltforschung in Deutschland. Mithilfe eines Bündels feststehender Fragen kann ermittelt werden, ob und wenn ja wie sich Umweltbewusstsein und -verhalten in der Bevölkerung verändert haben. Im folgenden Kapitel werden die aktuellen Ergebnisse im Zeitverlauf dargestellt. Zeigen sich besonders beachtenswerte Entwicklungen, so werden zusätzlich einzelne Teilergebnisse noch einmal genauer etwa nach Altersgruppen oder Wohnort im ländlichen oder städtischen Raum aufgeschlüsselt.

4.1 Gesellschaftlicher Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes

Umwelt- und Klimaschutz haben durch die Corona-Krise nicht an Bedeutung verloren. Hierin stimmt die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland überein. Auch wenn die Corona-Pandemie die Klimakrise zumindest vorübergehend von Platz eins der wichtigsten gesellschaftlichen Themen verdrängt hat, ist das Bewusstsein für die Dringlichkeit von Umwelt- und Klimaschutz in vielen Köpfen fest verankert. Im Folgenden soll genauer betrachtet werden, welchen Stellenwert der Umwelt- und Klimaschutz in der Gesellschaft einnimmt und wie sich die Einstellungen dazu im Laufe der Zeit entwickelt haben.

Umwelt- und Klimaschutz wird in der Bevölkerung weiterhin als gesellschaftliches Top-Thema wahrgenommen, was in Abbildung 3 gut sichtbar wird. Die Bedeutung des Themas ist seit der letzten Befragung (2019) nur leicht gesunken. Die Corona-Pandemie prägt die aktuelle Themen-Landschaft deutlich. Sie hat die Befragten besonders stark für den Zustand des Bildungswesens und des Gesundheitssystems sensibilisiert. Diese beiden Themen erachten jeweils etwa drei Viertel der Befragten als sehr wichtig. Mit etwa zehn Prozentpunkten Abstand folgen neben „Umwelt- und Klimaschutz“ die Themen „soziale Gerechtigkeit“ und „Verlauf und Folgen der Corona-Pandemie“ (nur 2020), die für jeweils etwa zwei Drittel der Befragten sehr wichtig sind. Ebenso rücken im Vergleich zu 2019 die „wirtschaftliche Entwicklung“ (44 Prozent) und die „Arbeitslosigkeit“ (43 Prozent) stärker in den Vorder-

grund. Angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise ist das wenig überraschend. Die wirtschaftliche Bewältigung der Pandemie wird vermutlich auch langfristig eine dominierende Aufgabe bleiben. Dagegen verliert das Thema „Zuwanderung und Integration“ (35 Prozent) für die Befragten weiter an Bedeutung. Im Jahr 2016 lag es mit zwei Dritteln Zustimmung deutlich weiter vorne.

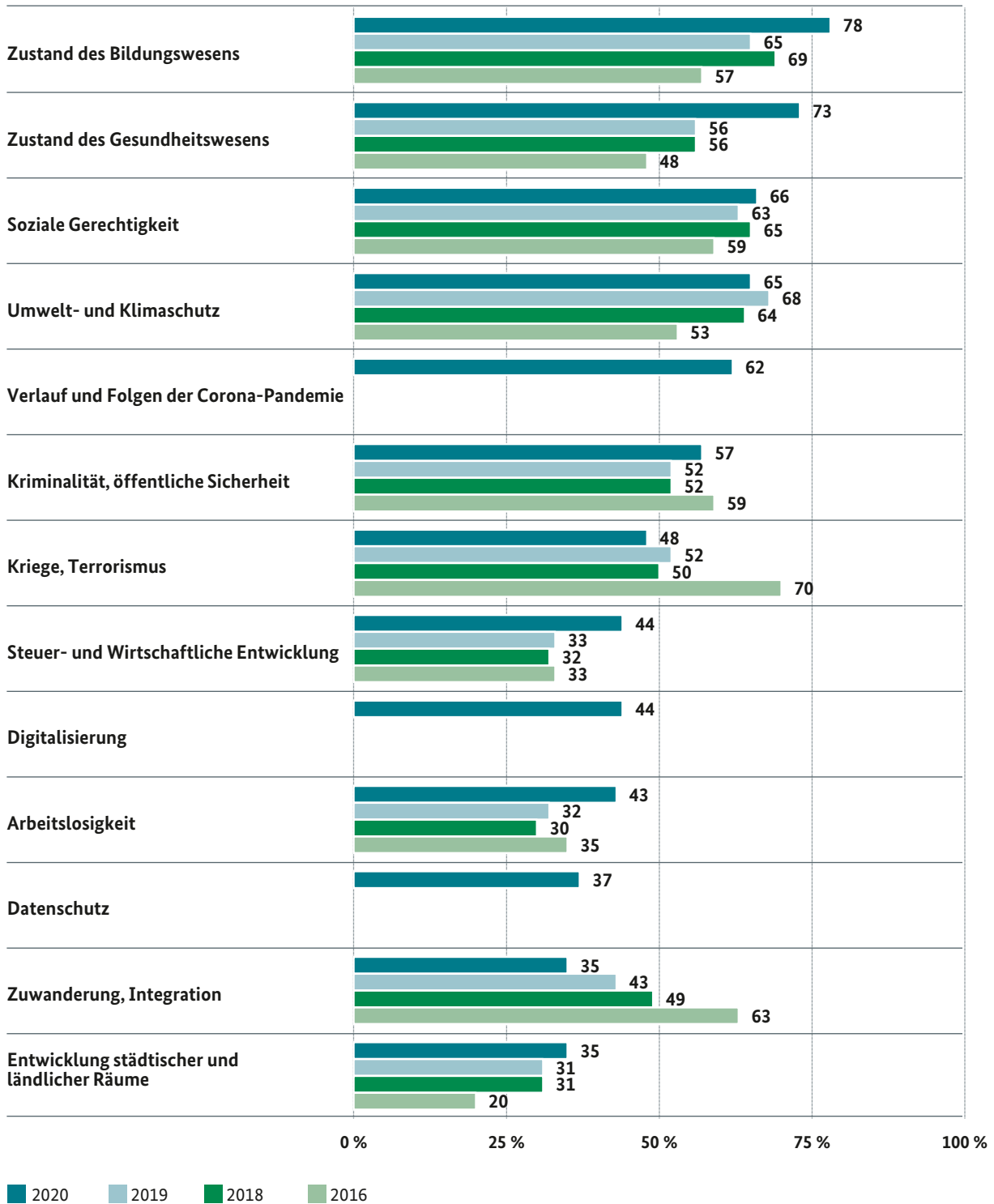
Weiterhin hohe Bedeutung von Umwelt- und Klimaschutz – mit steigenden Erwartungen an die Politik

Aus den Antworten lässt sich ablesen, wie die Befragten aktuelle Entwicklungen oder Ereignisse einschätzen. Es zeigen sich aber auch längerfristige Trends und Stimmungen. So ist bei der Bildung wie auch beim Umwelt- und Klimaschutz nicht nur ein Corona-Effekt erkennbar. Vielmehr sind diese Themen den Befragten bereits seit 2018 immer wichtiger und dringlicher geworden. Gerade beim Umwelt- und Klimaschutz kann dies auch im Kontext einer politisch lauter werdenden, jungen Generation gesehen werden, deren Engagement etwa in Bewegungen wie Fridays for Future dazu beiträgt, dass die Themen gesellschaftlich diskutiert werden. So bestätigt ein Blick auf die verschiedenen Altersgruppen, dass 72 Prozent der 14- bis 29-jährigen Umwelt- und Klimaschutz als sehr wichtig erachten. Bei den 40- bis 49-jährigen sind es nur 54 Prozent. Ebenso zeigen sich unabhängig von den Altersgruppen ganz generell Unterschiede im Antwortverhalten von Männern und Frauen. Die befragten Frauen räumen dem Thema einen höheren Stellenwert ein. Während 71 Prozent der Frauen Umwelt- und Klimaschutz sehr wichtig finden, sind es bei den Männern nur 59 Prozent.

Abbildung 3: Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes

Frage: Auf der folgenden Liste finden Sie Themen, die unser Land heute beschäftigen (bzw. bis 2019: Probleme, denen sich unser Land heute gegenübersteht). Bitte geben Sie jeweils an, wie wichtig oder unwichtig der genannte Aspekt aus Ihrer Sicht ist (bzw. bis 2019: wie wichtig das genannte Problem ... ist).

Antwort: „sehr wichtig“

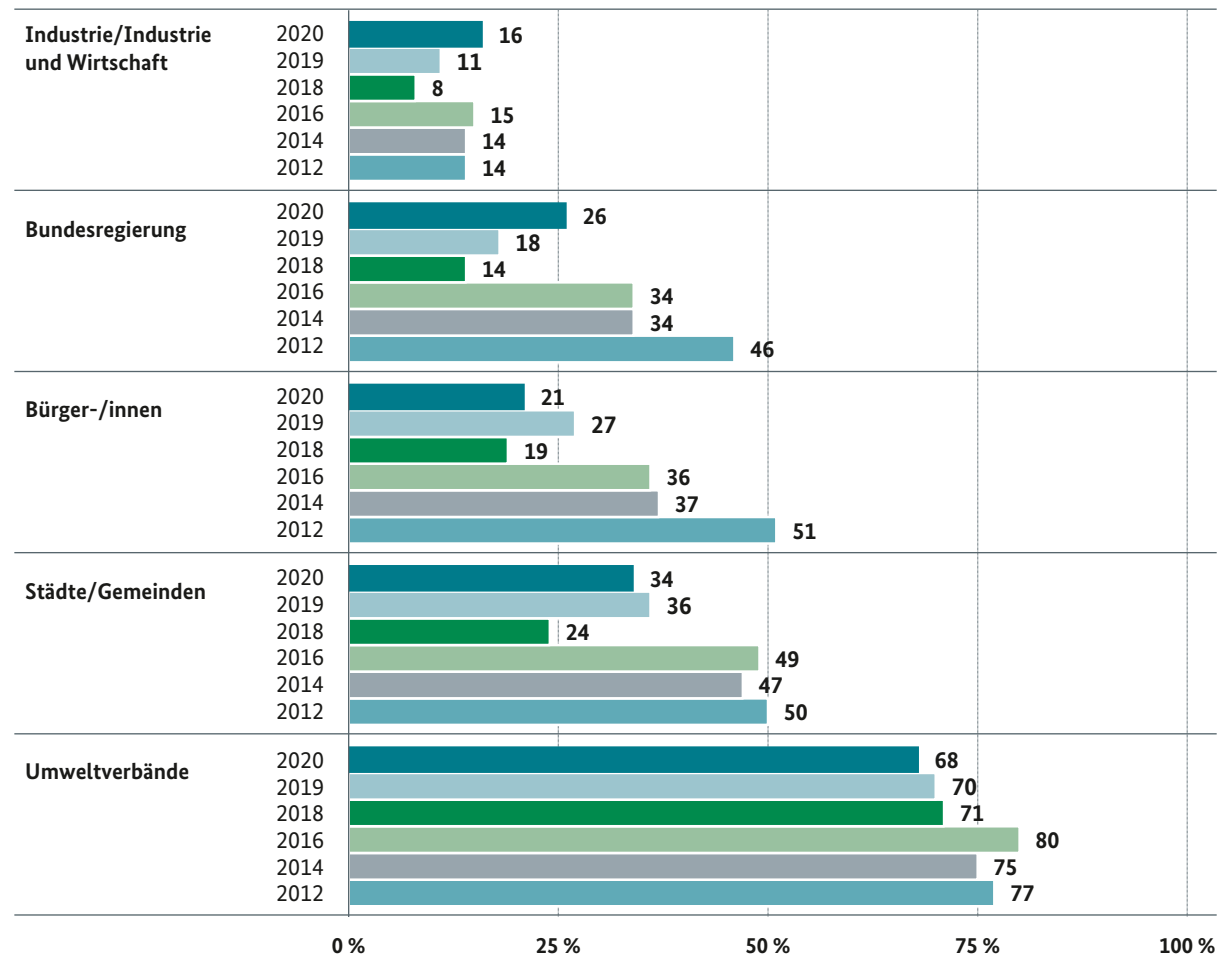


Repräsentativerhebungen bei rund 2.000 Befragten pro Jahr, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben für 2020: 2.115 Befragte ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Abbildung 4: Bewertung des Handelns verantwortlicher Akteurinnen und Akteure

Frage: Wird von den genannten Akteuren in Deutschland genug für den Umwelt- und Klimaschutz getan?

Antwort: Summe „genug“ und „eher genug“



Repräsentativerhebungen bei rund 2.000 Befragten pro Jahr, Bevölkerung ab 14 Jahren bzw. ab 18 Jahren im Jahr 2012, Angaben für 2020: 2.115 Befragte ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Doch wird auch genug für den Klima- und Umweltschutz getan? Seit 2008 werden die Befragten hier um ihre Einschätzung gebeten. In der Abbildung 4 werden die Ergebnisse für den Zeitraum von 2012 bis 2020 dargestellt, aufgeschlüsselt nach verschiedenen Akteuren.

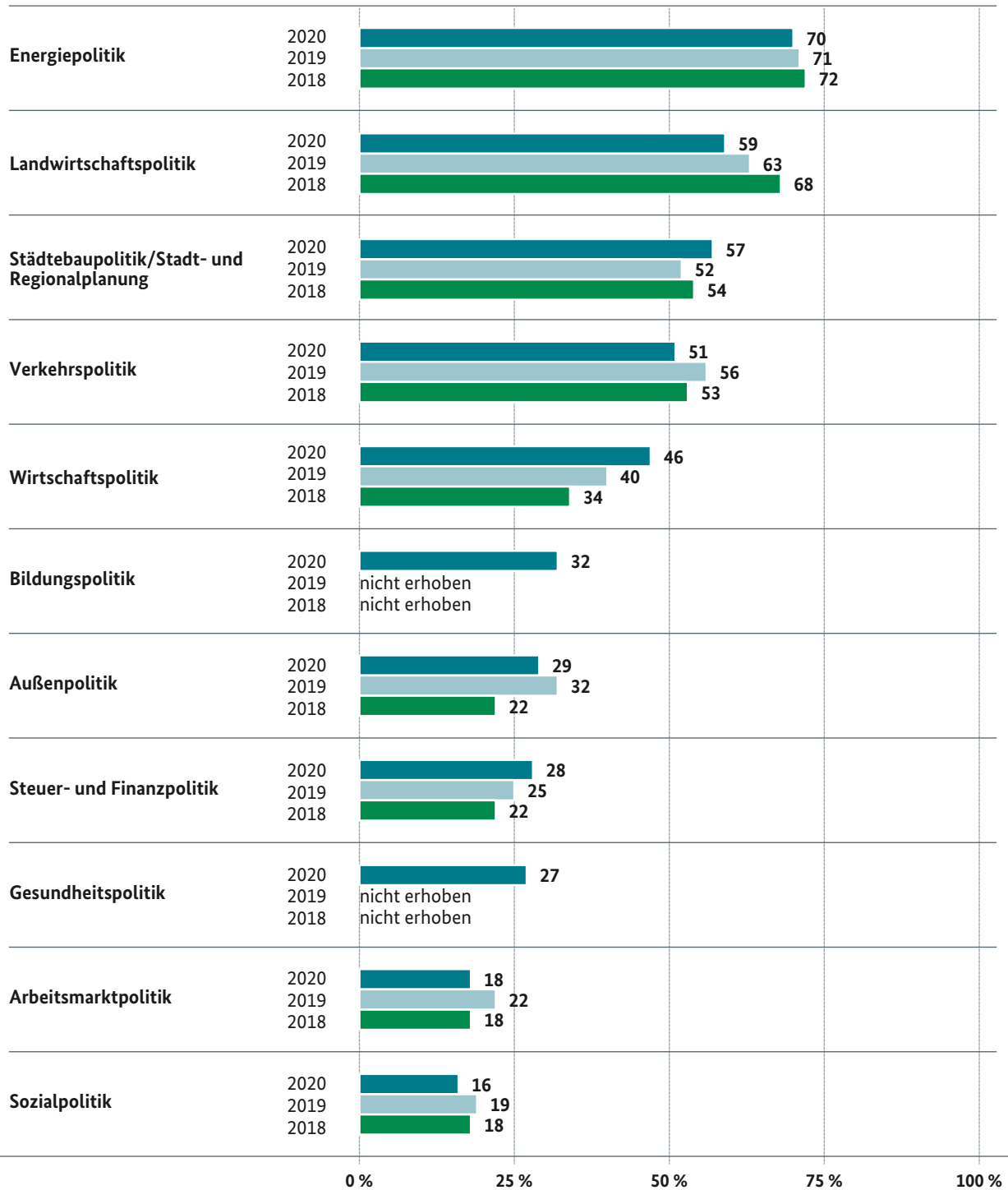
Zwischen 2012 und 2016 beurteilten die Befragten das Engagement der genannten Akteure relativ stabil. Im Jahr 2018 brachen die Werte dann deutlich ein und stiegen seitdem nur langsam wieder an. Allein den Umweltverbänden wird 2020 mit 68 Prozent be-

scheinigt, dass sie weiterhin vergleichsweise viel für den Umwelt- und Klimaschutz tun. Beim Engagement der Städte und Gemeinden sehen die Befragten gegenüber 2019 kaum eine Veränderung, allerdings nehmen sie die Bürgerinnen und Bürger als etwas weniger engagiert wahr. Die Bundesregierung und die Wirtschaft/Industrie setzen sich nach Ansicht der Befragten dagegen etwas mehr für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Generell sind die Befragten überzeugt, dass fast alle genannten Institutionen, aber auch die Bürgerinnen und Bürger selbst mehr für den Umwelt- und Klimaschutz tun müssen. Und sie sind sich sicher, dass es immer

Abbildung 5: Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutz in anderen Politikbereichen

Frage: Auch andere Politikbereiche können sich auf den Umwelt und Klimaschutz auswirken. Inwieweit sollen Ihrer Meinung nach Umwelt- und Klimaschutz in den folgenden Bereichen berücksichtigt werden?

Antwort: Erfordernisse des Umwelt- und Klimaschutzes sollten in diesem Bereich eine übergeordnete Bedeutung haben.



Repräsentativerhebungen bei rund 2.000 Befragten pro Jahr, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben für 2020: 2.115 Befragte ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

wichtiger wird, entschieden zu handeln – so zumindest ließe sich der seit 2012 abnehmende Trend beim wahrgenommenen Engagement zumindest auch interpretieren.

Die Befragung fand vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bezüglich einer notwendigen Anpassung des Klimaschutzgesetzes bis Ende 2022 statt. Dieser Aufforderung kam die Bundesregierung im Mai 2021 nach. Interessant wird daher sein, wie die neu ausgegebenen Ziele nach der Bundestagswahl von der neuen Bundesregierung umgesetzt werden und wie die Befragten dann in der nächsten Umweltbewusstseinsstudie das Engagement der Politik bewerten werden.

Welcher Politikbereich steht für den Umwelt- und Klimaschutz besonders in der Verantwortung?

Seit 2018 wird nicht mehr nur allgemein nach der Rolle des Umwelt- und Klimaschutzes gefragt. Ergänzend wird beleuchtet, inwieweit Umwelt- und Klimaschutz in verschiedenen Politikbereichen berücksichtigt werden sollten.

An erster Stelle wird hier die Energiepolitik genannt. Mit stabilen Werten um die 70 Prozent ist sich die überwiegende Mehrheit der Befragten einig, dass in diesem Politikbereich der Umwelt- und Klimaschutz eine übergeordnete Bedeutung haben sollte. Ähnlich viele Befragte waren 2018 noch der Meinung, dass auch in der Landwirtschaftspolitik der Umwelt- und Klimaschutz starke Beachtung finden sollte – nur zwei Jahre später ist der Anteil um etwa zehn Prozentpunkte gesunken. Anders verhält es sich bei der Wirtschaftspolitik: Hier ist ein wachsender Anteil an Befragten der Meinung, dass Belange des Umwelt- und Klimaschutzes vorrangig berücksichtigt werden sollten. Dieses Ergebnis kann im Kontext der zunehmenden Diskussionen um die Notwendigkeit eines staatlich geförderten ökologischen Strukturwandels in der Wirtschaft gesehen werden, etwa im Zusammenhang mit dem Kohleausstieg oder der Förderung von Elektromobilität. Zudem nehmen Verbraucherinnen und Verbraucher immer stärker selbst umweltfreundliche Trends in verschiedenen Wirtschaftssektoren wahr, etwa bei nachhaltiger Mode oder nachhaltigen Finanzprodukten. In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass 2020 ein Diskurs darüber geführt wurde, wie umweltfreundlich Corona-Konjunkturpakete sein sollten. So könnte jedenfalls der leichte Bedeutungszuwachs von Umwelt- und Klimaschutz in der Steuer- und Finanzpolitik erklärt werden.

4.2 Wahrnehmung von Umweltqualität und Umweltbelastungen

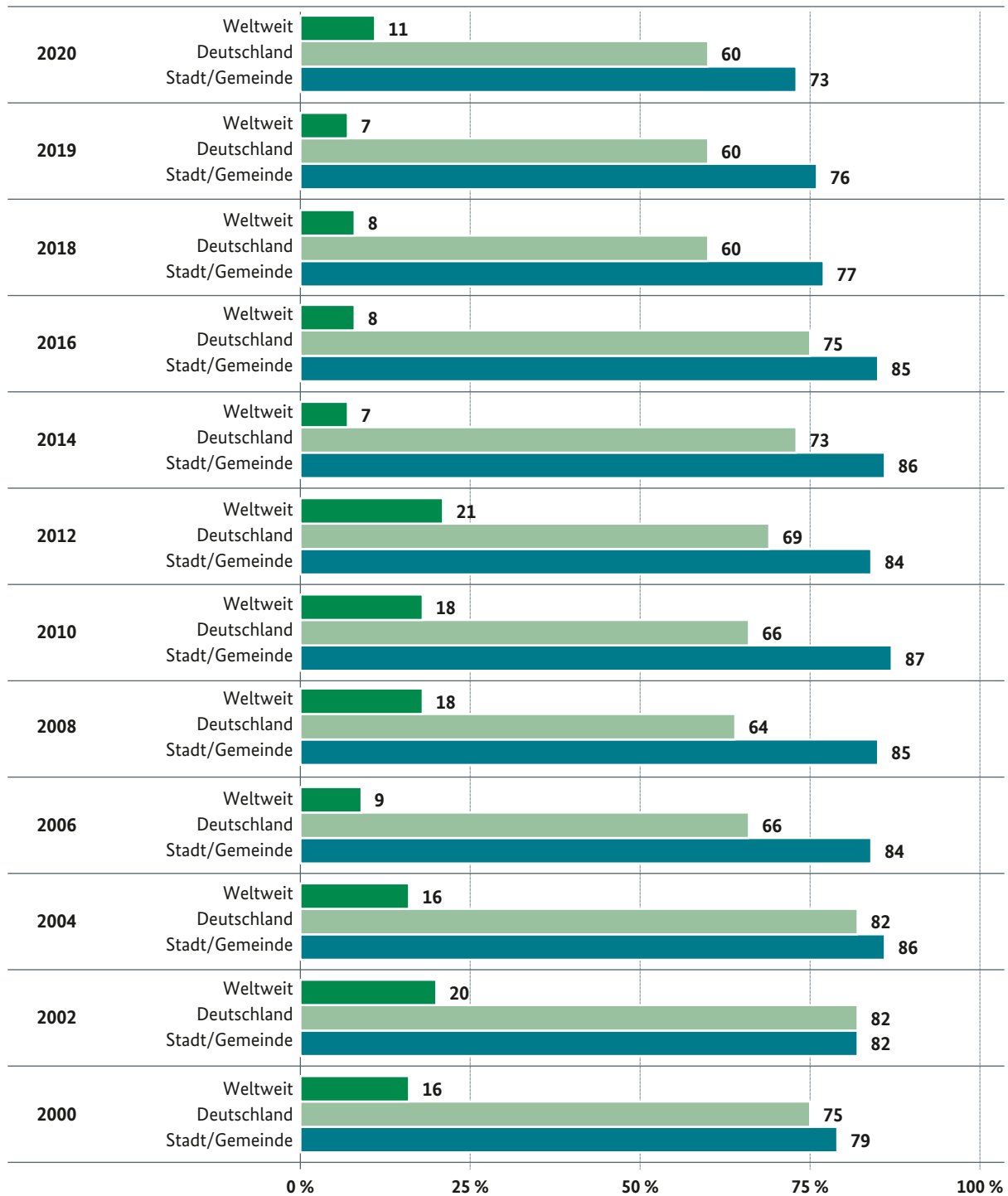
Bereits seit 2000 werden die Befragten gebeten, die Umweltqualität in der eigenen Stadt oder Gemeinde, in Deutschland und weltweit zu beurteilen. In all den Jahren wird die Umweltqualität „vor Ort“ stets deutlich höher bewertet als die Umweltqualität weltweit. Zudem wird seit 2006 in der eigenen Stadt oder Gemeinde durchgängig eine höhere Umweltqualität wahrgenommen als in Deutschland insgesamt. So bezeichnen auch in der diesjährigen Befragung 73 Prozent der Befragten die lokale Umweltqualität als sehr gut oder gut, für Deutschland liegt der Wert bei 60 Prozent. Er hat sich seit 2018 nicht verändert, während die lokale Umweltqualität subjektiv leicht abgenommen hat.

Insgesamt fällt auf, dass sich die gefühlte Umweltqualität in Deutschland zwischen 2016 und 2018 deutlich verschlechtert hat. Diese Entwicklung könnte auf die immer spürbarer werdenden Folgen des Klimawandels wie Dürren, Stürme oder lokale Starkregenereignisse zurückzuführen sein. Vermutlich werden die Menschen dadurch stärker für das Thema sensibilisiert. Der Hitzesommer 2018, der besonders im Osten eine extreme Trockenheit mit sich brachte, veranschaulichte die Folgen des Klimawandels besonders eindrücklich. Gleichzeitig starteten in dem Jahr verschiedene öffentlichkeitswirksame Initiativen zur Klimabewegung – der Rückgang der wahrgenommenen Umweltqualität erscheint vor diesem Hintergrund gut nachvollziehbar.

Abbildung 6: Bewertung der Umweltqualität

Frage: **Wie würden Sie die Umweltqualität jeweils beurteilen: in Ihrer Stadt bzw. Ihrer Gemeinde/in Deutschland/weltweit?**

Antwort: **Summe aus „sehr gut“ und „eher gut“**



Repräsentativerhebungen bei rund 2.000 Befragten pro Jahr, Bevölkerung ab 14 Jahren bzw. ab 18 Jahren in den Jahren 2000, 2010 und 2012, Angaben für 2020: 2.115 Befragte ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

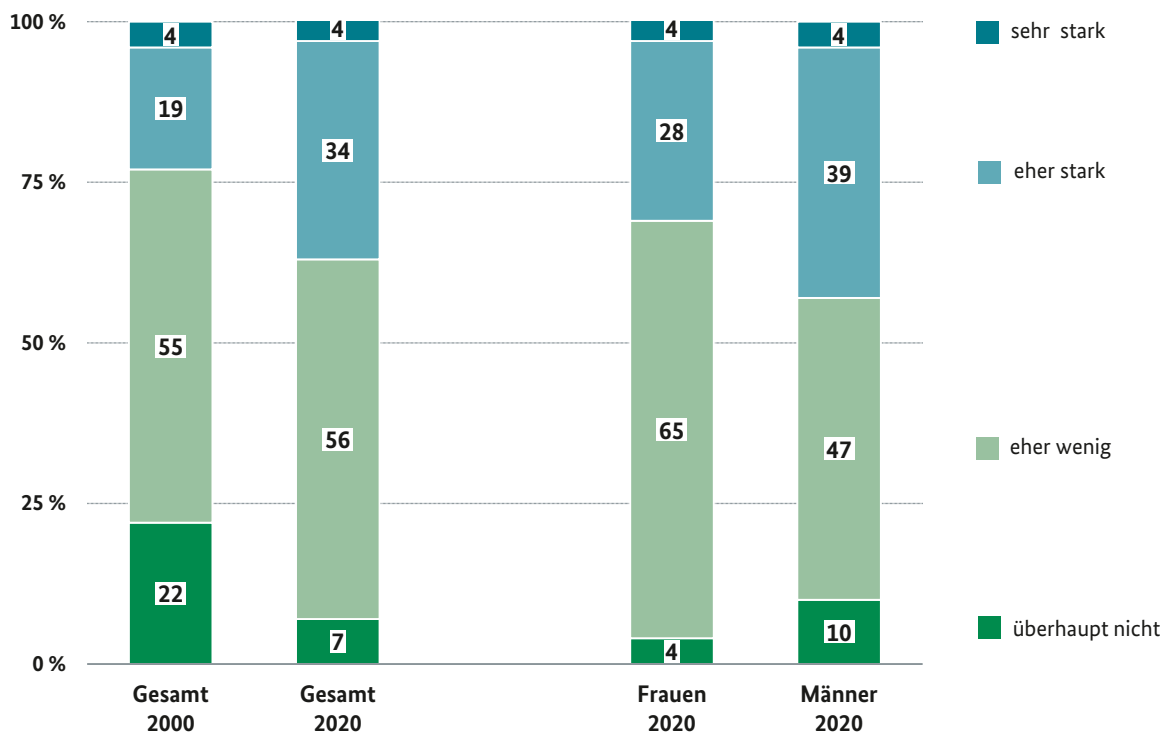
Die gesundheitlichen Auswirkungen von Umweltverschmutzung und Umweltschadstoffen sind im Laufe der Jahre immer stärker ins Bewusstsein der Menschen vorgedrungen. Dazu haben vermutlich auch öffentlich geführte Diskussionen, beispielsweise um Diesel-Fahrverbote, beigetragen. Entsprechend nehmen immer mehr Befragte eine Belastung durch Umweltverschmutzung und Umweltschadstoffe wahr – der Wert stieg seit 2000 um 15 Prozentpunkte und liegt 2020 bei knapp 40 Prozent. Während vor 20 Jahren noch knapp ein Viertel der Befragten angab, überhaupt nicht durch Umweltfaktoren gesundheitlich belastet zu sein, sind es aktuell nur noch 7 Prozent. Männer äußern sich dabei mit ihren Angaben in den oberen Ausprägungen der Antwortskala stärker betroffen als Frauen (43 Prozent zu 32 Prozent), geben aber gleichzeitig auch zu einem etwas höheren Anteil an, überhaupt nicht belastet zu sein (10 Prozent zu 4 Prozent).

Schaut man auf die Altersgruppen, so zeigt sich, dass sich die 60- bis 69-Jährigen vergleichsweise häufig durch Umweltverschmutzung und Umweltschadstoffe gesundheitlich belastet fühlen (47 Prozent), während dies Personen, die 70 Jahre und älter sind, deutlich weniger angeben (36 Prozent). Vermutlich ist dies auch auf die eingeschränkte oder geringere Mobilität älterer Menschen zurückzuführen, die dadurch beispielsweise seltener dem Straßenverkehr ausgesetzt sind als die mobileren jüngeren Menschen.

Wie schon in den Jahren zuvor wird bei der Frage nach der Belästigung durch Lärm an erster Stelle der Straßenverkehrslärm genannt. Jede oder jeder fünfte Befragte gibt an, sich äußerst oder stark gestört oder belästigt zu fühlen. Insgesamt fühlen sich von Straßenverkehrslärm rund drei Viertel zumindest etwas gestört oder belästigt. Von Fluglärm fühlen sich 43 Prozent der Bevölkerung belästigt, bei Schienenverkehrslärm sind

Abbildung 7: **Gesundheitliche Belastungen durch Umweltverschmutzung**

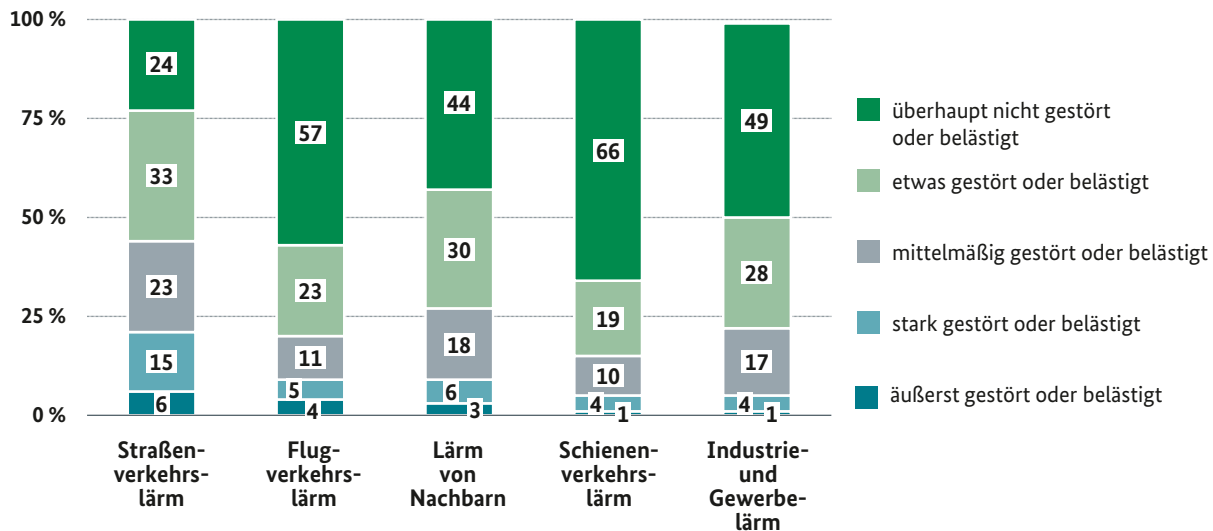
Frage: **Was meinen Sie: In welchem Ausmaß belasten Umweltverschmutzung und Umweltschadstoffe derzeit Ihre Gesundheit?**



Repräsentativerhebungen bei rund 2.000 Befragten pro Jahr, Bevölkerung ab 14 Jahren bzw. 18 Jahren im Jahr 2000, Angaben für 2020: 2.115 Befragte ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, Rundungsdifferenzen

Abbildung 8: Belastung durch einzelne Lärmquellen

Frage: Wenn Sie einmal an die letzten 12 Monate hier bei Ihnen denken, wie stark haben Sie sich persönlich durch den Lärm von folgenden Dingen gestört oder belästigt gefühlt?



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, Rundungsdifferenzen

es 34 Prozent. Interessanterweise sind in Bezug auf den Wohnort in der Stadt oder auf dem Land keine eindeutigen Zusammenhänge feststellbar. Ebenso zeigen sich in diesem Punkt keine Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Einzig Personen ab 70 Jahren nehmen eine etwas geringere Lärmbelastigung wahr, was an der oftmals abnehmenden Hörfähigkeit im höheren Alter liegen könnte.

4.3 Einstellungen zu Umweltthemen und eigenes Umweltverhalten

Die bisher berichteten Ergebnisse können zusammen mit vielen weiteren Einstellungsmerkmalen und Verhaltensweisen von Bürgerinnen und Bürgern auf ein mehr oder weniger ausgeprägtes Umweltbewusstsein hinweisen. Dieses „Umweltbewusstsein“, das namensgebend für diese Studie ist, ist gleichzeitig ein sehr vielfältiges theoretisches Konzept, das ganz unterschiedlich gemessen und interpretiert werden kann. So kann Umweltbewusstsein allein auf die Einstellungen bezogen ausgewertet oder als Summe verschiedener Kategorien wie Einstellungen und Verhalten verstanden werden. In der Studienausgabe 2018 wurde die Frage, was Umweltbewusstsein ausmacht und wie es gemessen werden kann, innerhalb der bestehenden Merk-

malslisten noch einmal aktualisiert. Ziel war es, das Befragungsinstrument abzusichern, mit dem Umweltbewusstsein weiterhin erhoben wird. Dabei wurde wie schon zuvor ein mehrdimensionaler Ansatz gewählt, der zu einem Messinstrument mit drei Kenngrößen führt:

Umweltaffekt: Einstellungen, in denen emotionale Reaktionen auf Umweltthemen im Vordergrund stehen. Die Fragen hierzu enthalten in der Regel positive oder negative Gefühlsaussagen (zum Beispiel: „Ich freue mich“, „Es macht mich wütend“).

Umweltkognition: Einstellungen, in denen sachliche Aussagen zu Umweltthemen beurteilt werden, etwa in Bezug auf Ressourcennutzung oder die Verantwortung für die Umweltsituation künftiger Generationen.

Umweltverhalten: Aussagen zu eigenen Verhaltensweisen in unterschiedlichen umweltrelevanten Lebensbereichen wie Ernährung, Einkauf, Alltagsmobilität; auch selbstberichtetes Engagement für Umwelt- und Klimaschutz.

Jede dieser drei Kenngrößen wird mit unterschiedlichen Aussagen („Items“) abgefragt, die die Haltungen und Einstellungen der Menschen zu verschiedenen Umweltaspekten und umweltfreundlichem Verhalten widerspiegeln.

Beim Umweltaffekt sind seit 2018 teilweise gegenläufige Entwicklungen zu berichten. Einerseits geben aktuell mehr Befragte an, sich zu freuen, „wenn Menschen nachhaltige Lebensweisen ausprobieren“. Andererseits ärgern sich auch mehr Befragte über eine wahrgenommene Bevormundung durch Umweltschützerinnen und Umweltschützer. Bei der ersten Aussage zeigen sich keine nennenswerten Unterschiede nach Alter und Geschlecht, bei der zweiten dagegen schon. Männer stimmen deutlich häufiger als Frauen zu, sich über „Vorschriften von Umweltschützerinnen und Umweltschützern“ zu ärgern (57 zu 46 Prozent). Außerdem ärgern sich mehr ältere Personen ab 70 Jahren darüber als 14- bis 29-Jährige (62 zu 45 Prozent). Bei den Aussagen zum Klimawandel ging die Zustimmung insgesamt leicht zurück. Dies könnte auch daran liegen, dass Deutschland für das Jahr 2020 fast alle Klimaschutzziele erreichen konnte – was unter anderem an der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen von Mobilität und Wirtschaft lag. Dieser Punkt wird in Kapitel 6.1 noch einmal vertiefend aufgegriffen.

Für die Umweltkognition ist festzuhalten, dass mögliche Einschränkungen im Lebensstil von etwas mehr Befragten akzeptiert werden als noch vor zwei Jahren. Ebenfalls erkennbar ist eine erhöhte Skepsis gegenüber einem weiteren Wirtschaftswachstum. Die hohe Zustimmung bei beiden Aussagen ist insbesondere auf das Antwortverhalten von Frauen zurückzuführen, deren Werte jeweils etwa zehn Prozentpunkte über denen der männlichen Befragten liegen.

Beim Umweltverhalten zeigt sich insgesamt eine leicht positive Tendenz. So wird 2020 etwas mehr „Bio“ und etwas weniger Fleisch gegessen, es werden etwas häufiger umweltfreundliche Verkehrsmittel genutzt, es wird mehr Ökostrom verwendet und sich stärker für den Umwelt- und Naturschutz engagiert. Der Anteil der Personen, die in Bezug auf diese drei Aussagen angeben, „immer“ umweltfreundlich zu handeln, bleibt dagegen stabil. Der Anteil derjenigen, die energieeffiziente Haushaltsgeräte verwenden, geht sogar deutlich zurück.

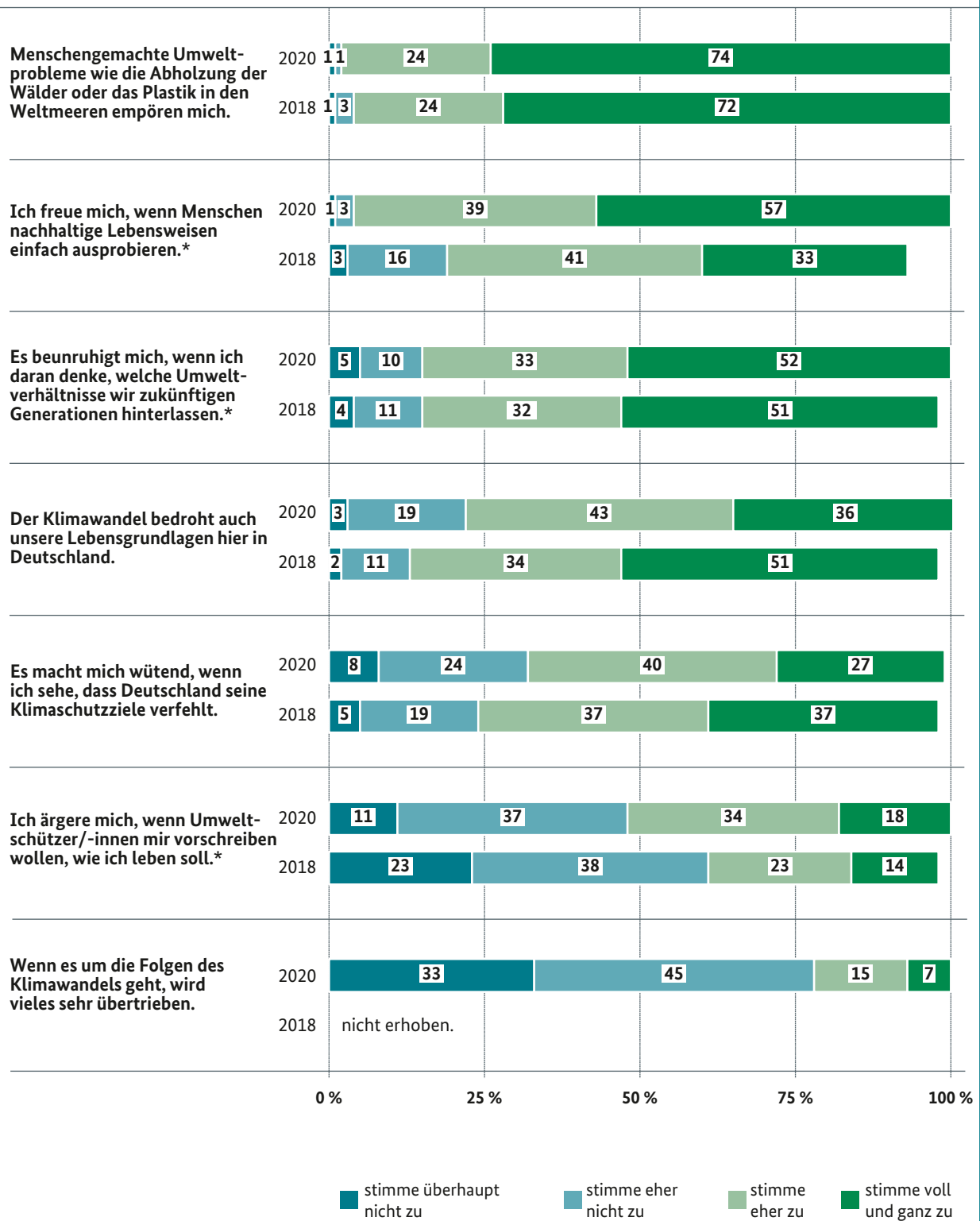
Wie auch in anderen wissenschaftlichen Studien schon festgestellt wurde, verhalten sich Frauen hinsichtlich ihrer Ernährung umweltfreundlicher als Männer:

Frauen essen deutlich weniger Fleisch und kaufen eher Bio-Lebensmittel. Wenig überraschend ist ebenso, dass gerade jüngere Menschen vergleichsweise häufiger auf umweltfreundliche Verkehrsmittel setzen. Hier spielen neben dem teilweise stärker ausgeprägten Umweltbewusstsein auch finanzielle Möglichkeiten und ein niedriger Führerscheinbesitz eine Rolle, ebenso wie ein höherer Digitalisierungsgrad. Jüngere Altersgruppen haben zum einen oftmals eine höhere technische Affinität und sind zum anderen meist mit den neueren digitalen Endgeräten ausgestattet, die das Nutzen von app-basierten Mobilitätslösungen (zum Beispiel Car- oder Bikesharing) erleichtern. Aufschlussreich sind auch die Antworten auf die Frage nach dem bewussten Konsumverzicht im Alltag. Insgesamt sagen 28 Prozent der Bevölkerung, dass sie immer oder fast immer ihren Konsum im Alltag einschränken. In der Altersgruppe bis 29 Jahre sind dies jedoch nur 17 Prozent. Hier könnte wieder die These aufgegriffen werden, dass die junge Generation ihr Handeln durch höhere Ansprüche an sich selbst möglicherweise kritischer bewertet als andere Generationen. Zumindest berichten die jungen Menschen ein insgesamt nur durchschnittliches Umweltverhalten, sie sind aber durchaus bereit, zukünftig umweltfreundlicher zu handeln.

Bei der Interpretation der Ergebnisse sollte jedoch auch berücksichtigt werden, dass die Befragung während der Corona-Pandemie stattfand und diese die Antworten geprägt hat. Dies gilt insbesondere für die Aussage zu den Flugreisen. Durch die Corona-Pandemie ist der Personenflugverkehr fast komplett eingebrochen. Gleichzeitig wurde, vor allem im Arbeitsbereich, verstärkt auf digitale Lösungen gesetzt, und bei Urlaubsreisen spielte Regionalität zumindest vorübergehend eine deutliche größere Rolle. Hier wird sich bei der Befragung im Jahr 2022 zeigen, ob weiterhin auf Flugreisen verzichtet wird oder nicht – wobei neben dem Klimaschutz, je nach Preisentwicklung von Flugreisen, verstärkt auch finanzielle Aspekte von Bedeutung sein könnten. Ebenso denkbar und gleichfalls nicht unwahrscheinlich ist auch, dass an ein Vor-Corona-Nachfrageniveau angeknüpft oder dieses sogar übertroffen wird.

Abbildung 9: Aussagen zu Umweltaffekt

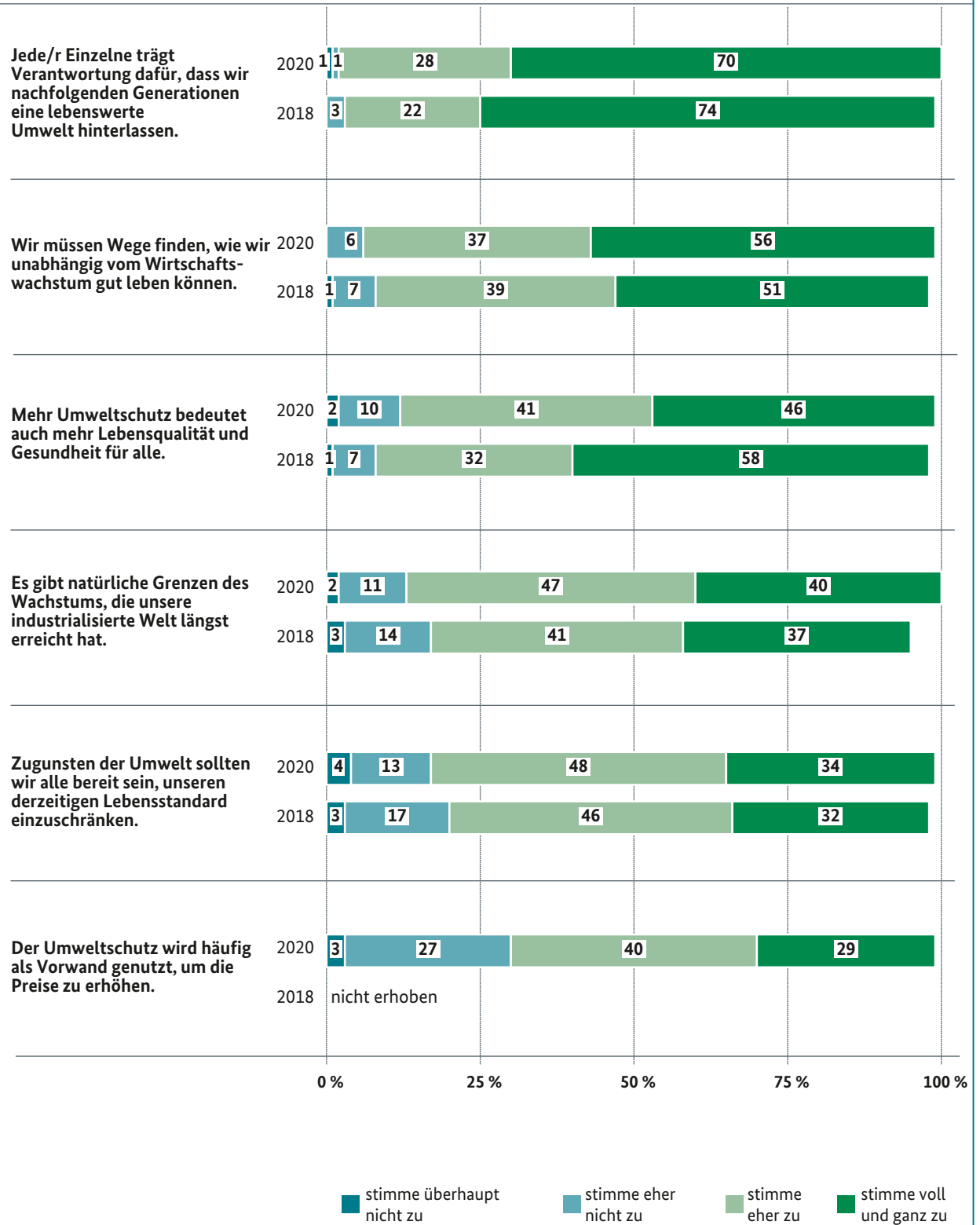
Frage: Im Folgenden sehen Sie verschiedene Aussagen zum Thema Umwelt. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie der jeweiligen Aussage zustimmen.



Repräsentativerhebungen bei rund 2.000 Befragten pro Jahr, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben für 2020: 2.115 Befragte ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 % Fehlende: „kann ich nicht sagen“, *Diese Aussagen wurden im Vergleich zu 2018 im Wortlaut leicht geändert oder gekürzt.

Abbildung 10: Aussagen zu Umweltkognition

Frage: Im Folgenden sehen Sie verschiedene Aussagen zum Thema Umwelt. Bitte geben Sie an, inwieweit Sie der jeweiligen Aussage zustimmen.



Repräsentativerhebungen bei rund 2.000 Befragten pro Jahr, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben für 2020: 2.115 Befragte ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 % Fehlende: „kann ich nicht sagen“

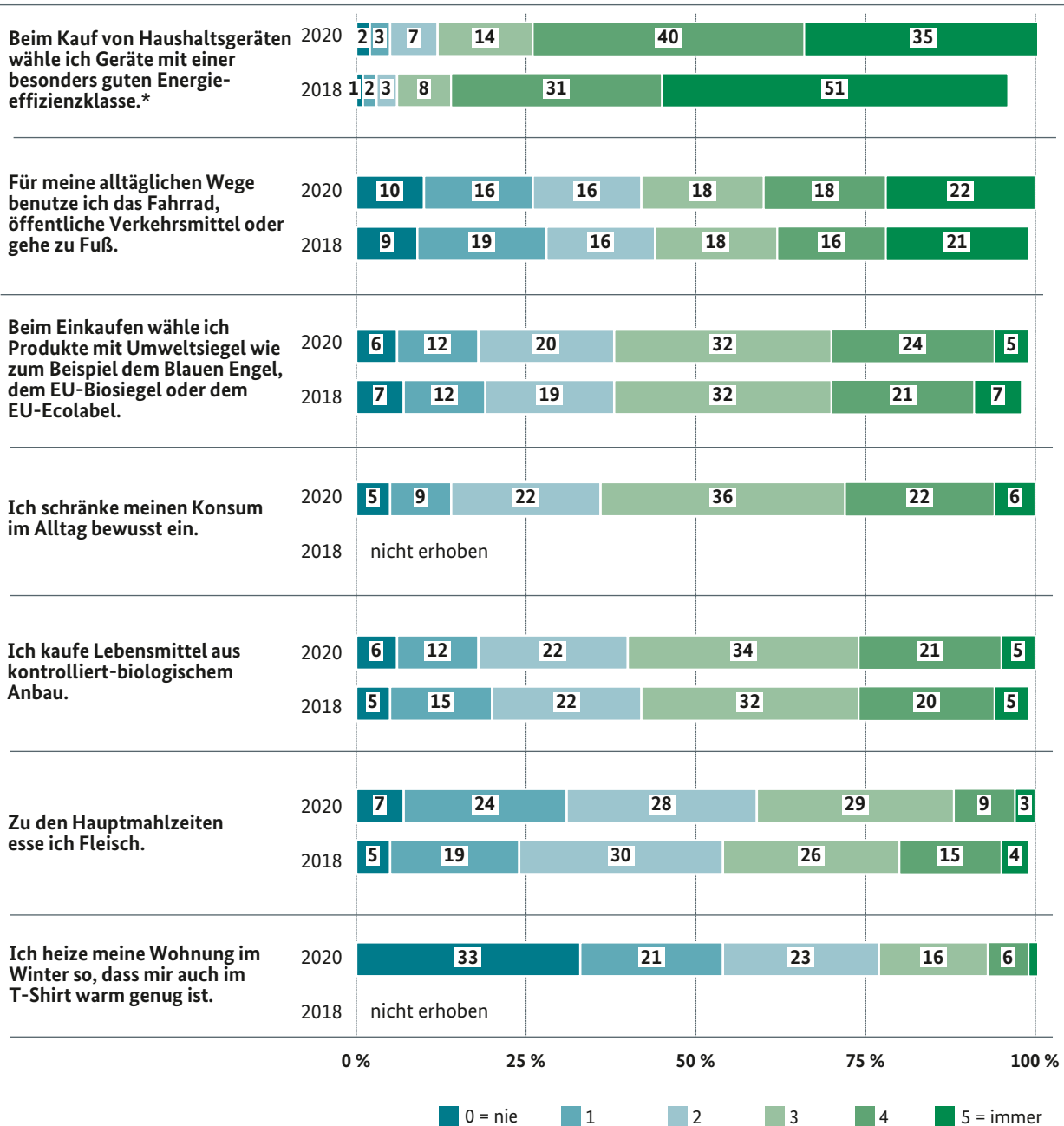
Auf einen Blick: die drei zentralen Kenngrößen des Umweltbewusstseins

Bereits 2018 und 2019 wurden die Ergebnisse für die drei Kenngrößen Umweltaffekt, Umweltkognition und Umweltverhalten jeweils in Form eines Mittel-

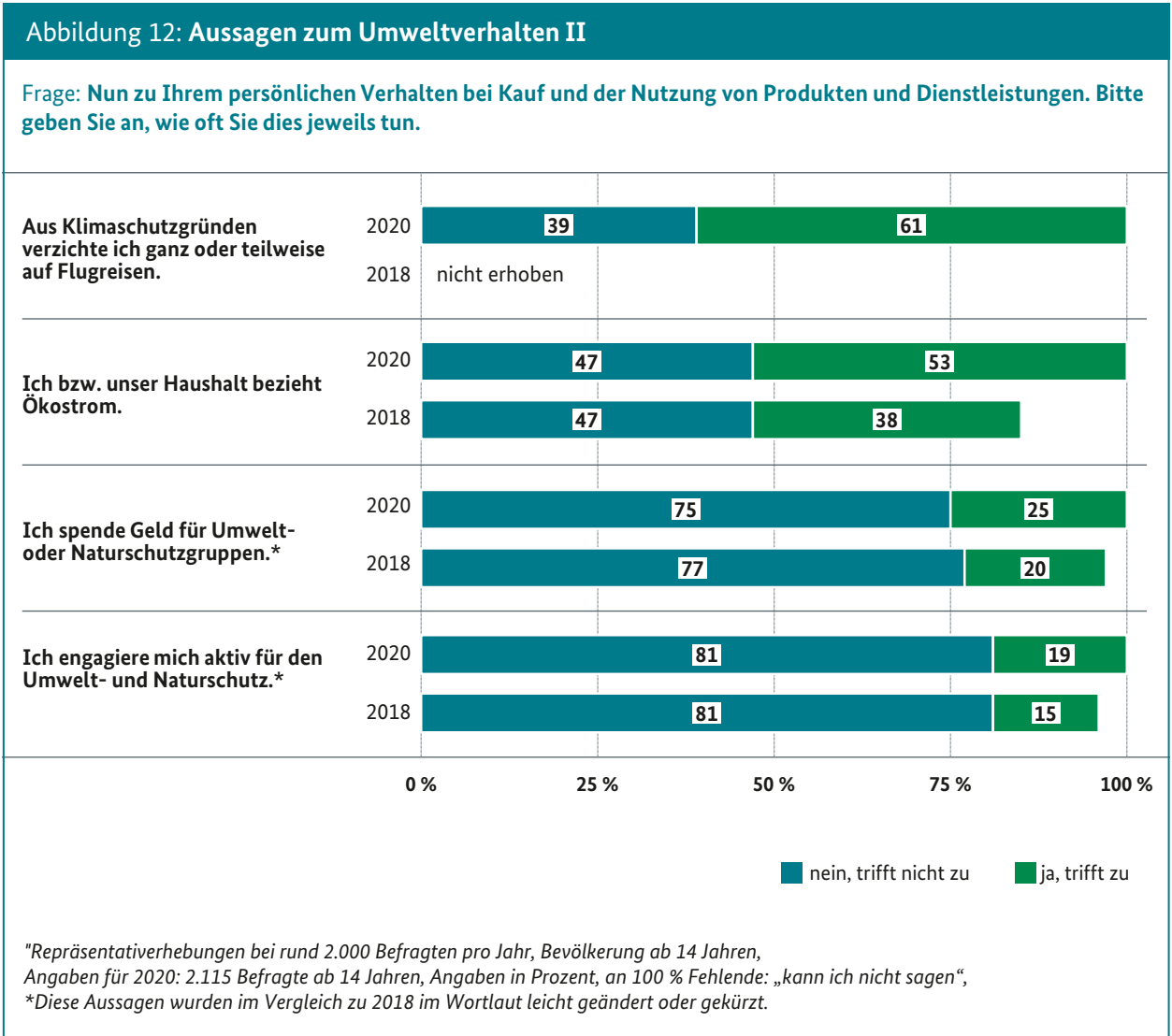
wertes auf einer Skala von 0 bis 10 zusammengefasst. Auch in dieser Studie wurden die drei Kenngrößen berechnet. In welcher Weise die Berechnung der Kenngrößen in der diesjährigen Studie angepasst wurde, kann im wissenschaftlichen Bericht nachgelesen werden.

Abbildung 11: Aussagen zum Umweltverhalten I

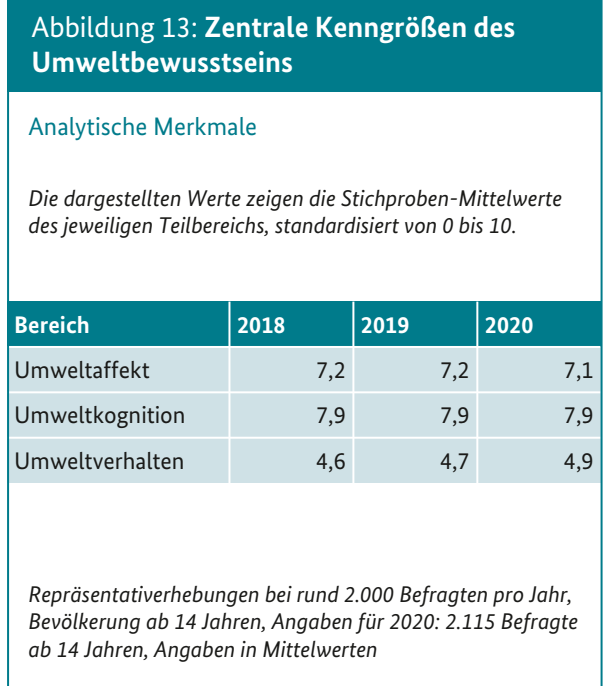
Frage: **Nun zu Ihrem persönlichen Verhalten bei Kauf und der Nutzung von Produkten und Dienstleistungen. Bitte geben Sie an, wie oft Sie dies jeweils tun.**



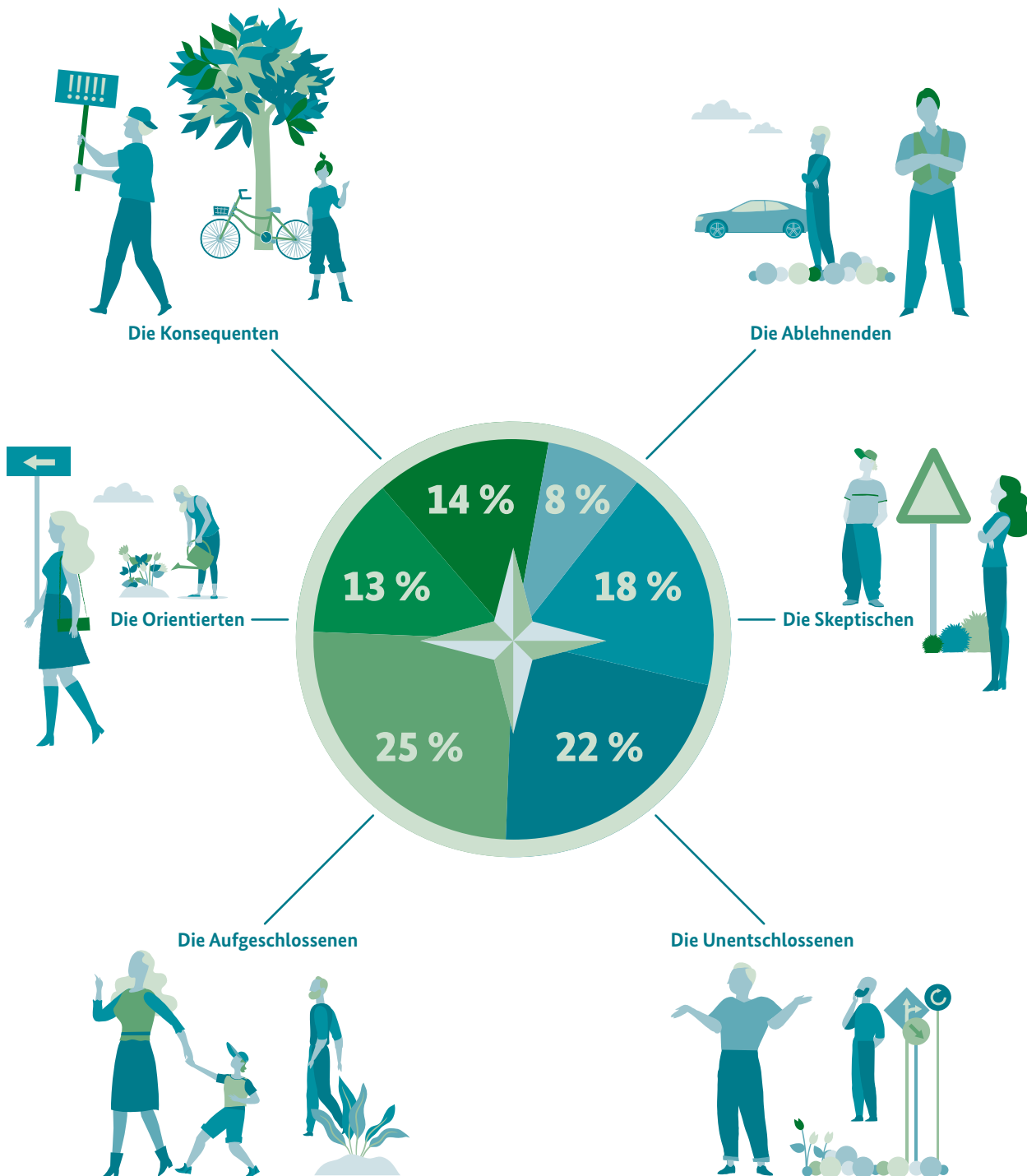
Repräsentativerhebungen bei rund 2.000 Befragten pro Jahr, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben für 2020: 2.115 Befragte ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 % Fehlende: „kann ich nicht sagen“, *Diese Aussage wurden im Vergleich zu 2018 im Wortlaut leicht geändert oder gekürzt.



Gemessen an den dargestellten Durchschnittswerten der jeweiligen Kenngröße bleiben Umweltaffekt und Umweltkognition über die drei Messzeitpunkte hinweg stabil. Dies liegt an dem zuvor berichteten, bei einzelnen Aussagen teils gegenläufigen Antwortverhalten. Nur beim Umweltverhalten haben sich Veränderungen ergeben: Der Durchschnittswert steigt innerhalb von zwei Jahren von 4,6 auf 4,9. Zugleich bestätigt sich auch 2020 der schon bekannte Befund, dass Umweltaffekt und Umweltkognition ein deutlich höheres Niveau erreichen als das Umweltverhalten. Das folgende Kapitel ergänzt die hier dargestellten Kenngrößen um zwei weitere aus dem Bereich des Schwerpunktthemas der diesjährigen Studie: die Klimateinstellungen und die Veränderungsbereitschaft. Zusammen mit den Umwelteinstellungen (Umweltaffekt und -kognition) und dem Umweltverhalten wird daraus eine Umweltypologie abgeleitet, die einige zentrale Befunde der diesjährigen Ausgabe bündelt und veranschaulicht.



5. Bewusstsein, Verhalten und Bereitschaften – Ableitung von Umweltbewusstseinstypen



Bereits in den vergangenen Umweltbewusstseinsstudien wurde mit Kenngrößen gearbeitet, um Einzelergebnisse zusammenzufassen und die Ergebnisse so verständlicher zu vermitteln. Da sich die Umweltbewusstseinsstudie 2020 in ihrem aktuellen Schwerpunkt mit den Themen Klimaschutz und Klimawandel und der (notwendigen) Transformation der Gesellschaft beschäftigt, wurde ein neuer Satz von Kenngrößen gebildet, der stärker auch Klimaschutzaspekte einbezieht. Die Entwicklung dieser neuen Kenngrößen wird nachfolgend vorgestellt.

Außerdem widmet sich dieses Kapitel erneut der Frage, wie Umweltbewusstsein greifbar oder messbar gemacht werden kann. Bereits in der Vergangenheit gab es verschiedene Ansätze und Modelle, um Ergebnisse besser zu verstehen und auch im Hinblick auf Bevölkerungsgruppen greifbarer zu machen. Dazu wurde in dieser Studie mit den „Umweltbewusstseinstypen“ eine neue Kategorie eingeführt, die es erleichtern soll, gesellschaftliche Gruppen in ihrem Umwelt- und Klimabewusstsein voneinander zu unterscheiden.

5.1 Die neuen Kenngrößen „Einstellungen zum Klimaschutz“ und „Veränderungsbereitschaft“

Ausgangspunkt für die Entwicklung der neuen Kenngrößen war die Überlegung, die Themenfelder Umweltschutz und Klimaschutz stärker voneinander abzugrenzen, um so die jeweiligen Einstellungen genauer unterscheiden und beschreiben zu können. Zudem zeigten die ersten Auswertungen, dass die Aussagen zum Umweltschutz zu einem gewissen Grad auf einer anderen Inhaltsebene liegen als die Aussagen zum Klimaschutz. Beide Themen unterscheiden sich demnach in ihrer Wahrnehmung. Insofern erschien es gerechtfertigt, die beiden Kenngrößen „Einstellungen zum Umweltschutz“ (kurz: Umwelteinstellungen) und „Einstellungen zum Klimaschutz“ (kurz: Klimaeinstellungen) zu bilden. Die Kenngröße „Umweltverhalten“, die ebenfalls wichtig für die Bewertung des Umweltbewusstseins ist, wurde unverändert übernommen. Zusätzlich wurde die Kenngröße „Veränderungsbereitschaft“ entwickelt, die die Bereitschaft anzeigt, zukünftig umwelt- und klimafreundlicher zu handeln.

Bildung der vier Kenngrößen

Die Kenngröße „**Umweltverhalten**“ umfasst alle bereits in Abbildung 11 genannten Aussagen und bleibt gegenüber der Ausgabe von 2018 unverändert.

Von den Aussagen zum „Umweltaffekt“ (Abbildung 9) und zur „Umweltkognition“ (Abbildung 10) wurden sieben herangezogen, um die neue Kenngröße „**Umwelteinstellungen**“ zu bilden. Die Vereinfachung zu einer Kenngröße erscheint gerechtfertigt, da statistisch kein Unterschied zwischen den Ebenen „Affekt“ und „Kognition“ festgestellt werden konnte.

Zwei der Aussagen mit Klimabezug, die bisher der Kenngröße „Umweltaffekt“ zugeordnet waren (siehe Kapitel 6.1 „Bedrohung durch den Klimawandel“, „Verärgerung angesichts verfehlter Klimaschutzziele“), gingen wiederum in die neue Kenngröße „**Klimaeinstellungen**“ ein. Außerdem flossen in diese Kenngröße gezielte Fragen zu Emotionen und Einstellungen hinsichtlich des Klimawandels ein (siehe Abbildung 20).

Ebenfalls neu ist die Kenngröße „**Veränderungsbereitschaft**“. Die hierfür verwendeten Fragen sind in Kapitel 6.4 (Abbildung 28) dargestellt.

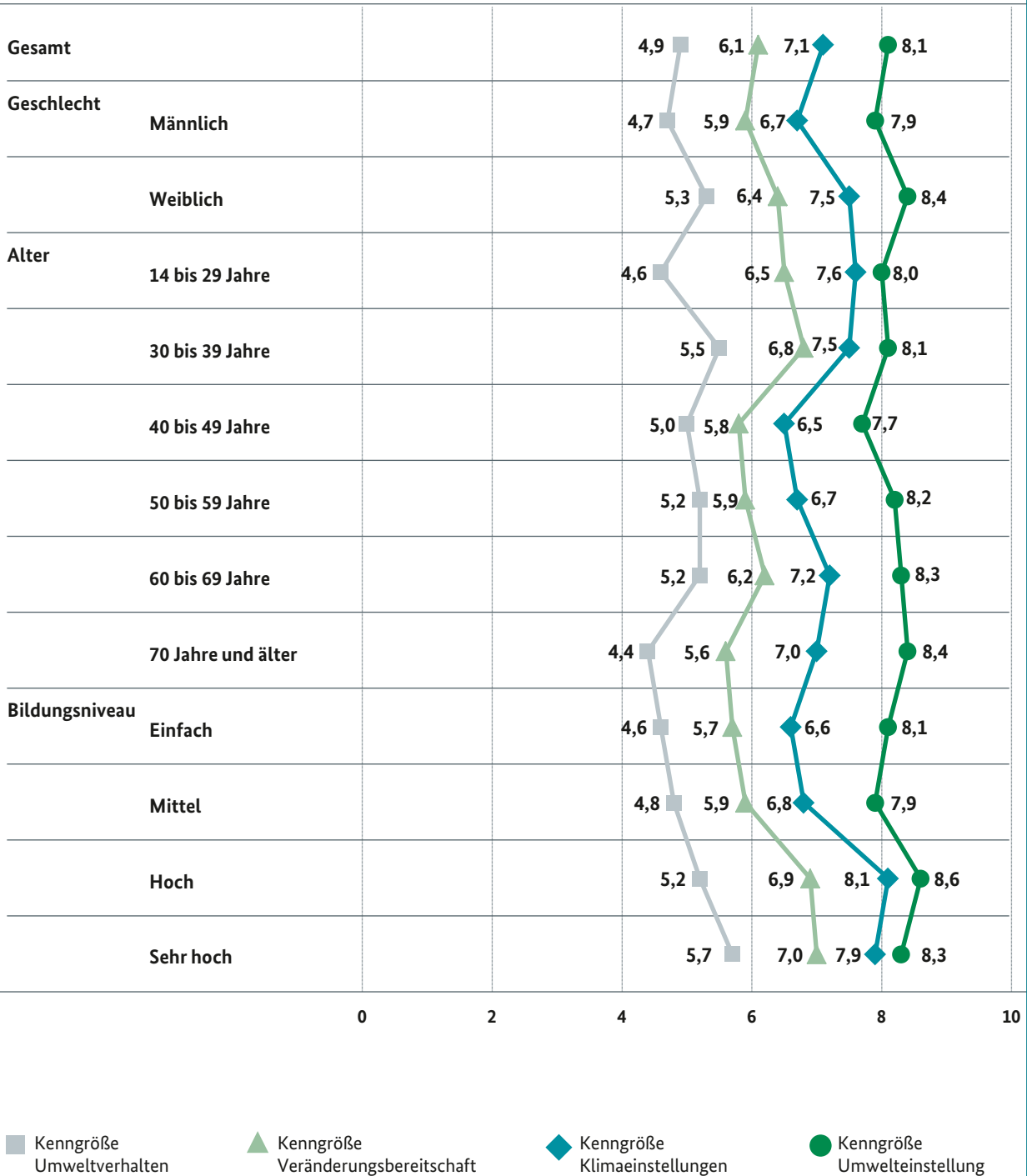
Wie unterscheiden sich die Kenngrößen insgesamt und hinsichtlich ausgewählter soziodemografischer Merkmale?

In Abbildung 14 sind die durchschnittlichen Werte für die vier Kenngrößen dargestellt, die auf einer Skala von 0 bis 10 ermittelt wurden. Demnach erzielten Einstellungen zum Umweltschutz mit einem Mittelwert von 8,1 eine etwas höhere Zustimmung als die Einstellungen zum Klimaschutz mit einem Mittelwert von 7,1. Insgesamt wird hier sichtbar, dass beiden Themen eine große Bedeutung beigemessen wird. Die Veränderungsbereitschaft erreichte einen Wert von 6,1. Das Umweltverhalten bleibt im Jahr 2020 mit einem Mittelwert von 4,9 auf einem eher niedrigen Niveau.

Abbildung 14: Mittelwerte der Kenngrößen Umwelt- und Klimaeinstellungen, Umweltverhalten und Veränderungsbereitschaft

Analytische Merkmale

Die dargestellten Werte zeigen die Stichproben-Mittelwerte der jeweiligen Dimension, standardisiert von 0 bis 10.



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Mittelwerten

Insgesamt scheinen demnach die Veränderungsbereitschaft und das Umweltverhalten in der Bevölkerung weniger ausgeprägt zu sein als ihre Einstellungen zum Umwelt- und Klimaschutz. Aufschlussreicher als die Betrachtung der Mittelwerte ist es jedoch, hier noch einmal genauer nach Geschlecht, Alter und formaler Bildung zu unterscheiden:

- In allen Kenngrößen weisen Frauen höhere Werte auf als Männer. Sie sagen von sich, dass sie sich stärker an Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes orientieren, auch eher umweltfreundlich handeln und zu entsprechenden Veränderungen in ihrem Lebensstil bereit sind.
- Im Vergleich der Altersgruppen zeigen die 14- bis 29-Jährigen sehr ausgeprägte Einstellungen zum Klimaschutz und eine hohe Veränderungsbereitschaft. Gleichzeitig liegt ihr Kenngrößenwert zum Umweltverhalten unter dem Durchschnitt. Bei genauerem Blick auf die einzelnen Verhaltensweisen wird deutlich, dass diese vermutlich mit den finanziellen Möglichkeiten der Befragten zusammenhängen. So liegen die jüngeren Altersgruppen vor allem in solchen Verhaltensweisen unter dem Durchschnitt, die mit höheren Kosten verbunden sind, zum Beispiel der Kauf von Bio-Lebensmitteln und umweltfreundlicheren Produkten oder das Spenden an Umwelt- oder Naturschutzgruppen.
- Ebenfalls niedrigere Werte im Umweltverhalten bei zusätzlich sehr niedriger Veränderungsbereitschaft zeigen sich bei den Personen ab 70 Jahren, und dies, obwohl die Umwelteinstellungen in dieser Altersgruppe besonders ausgeprägt sind. Dies kann unter der Annahme plausibel erscheinen, dass Personen im höheren Alter möglicherweise weniger bereit sind, eingeübte Gewohnheiten im Alltag zu ändern.
- Die 30- bis 39-Jährigen weisen vergleichsweise hohe Werte bei den Klimaeinstellungen und beim Umweltverhalten auf. Die mittleren Altersgruppen zwischen 40 und 59 Jahren fallen dagegen in ihren Klimaeinstellungen und in ihrer Veränderungsbereitschaft gegenüber anderen Altersgruppen deutlich zurück.
- Beim Blick auf das formale Bildungsniveau ergibt sich folgendes Bild: Umweltverhalten, Klimaeinstellungen und Veränderungsbereitschaft steigen tendenziell mit dem Bildungsstand. Bei den Umwelteinstellungen kann ein solcher Effekt in dem Maße nicht festgestellt werden. Dies unterstreicht noch einmal die unterschiedliche Wahrnehmung von Umwelt- oder Klimathemen in verschiedenen gesell-

schaftlichen Gruppen und weist darauf hin, dass hier möglicherweise unterschiedliche Kommunikationsstrategien zur Vermittlung politischer Ziele und Maßnahmen sinnvoll sein können.

5.2 Vorgestellt: sechs verschiedene Umweltbewusstseinstypen

Unsere Gesellschaft ist vielfältig. Daher unterscheiden sich die Ausprägungen der genannten vier Kenngrößen nach Bevölkerungsgruppen, entlang soziodemografischer Merkmale oder nach Lebenssituationen und Einstellungen. In den vergangenen Studienausgaben wurden verschiedene „soziale Milieus“ hinsichtlich ihrer Umweltschutzorientierung betrachtet. Diese wurden primär anhand bestimmter Lebensstilmerkmale, soziodemografischer Merkmale und Wertorientierungen abgegrenzt. Auf diese umfassende Erhebung unterschiedlicher Lebensstile wurde in der aktuellen Studie verzichtet.

Ausschlaggebend dafür war die Überlegung, in erster Linie entlang der vier Kenngrößen nach gesellschaftlichen Gruppen mit einer ähnlichen Umweltschutz- oder Klimaschutzorientierung zu suchen. Erst in einem zweiten Schritt sollte geprüft werden, ob diese Gruppen auch in soziodemografischen Merkmalen oder in einzelnen Lebensstilfragen deutlich voneinander abweichen. Oder ob im Gegenteil festgestellte Einstellungs- und Verhaltensmuster in verschiedenen Bevölkerungsgruppen auftreten und nicht immer eindeutig etwa mit Einkommens-, Alters- oder Geschlechtsmerkmalen verknüpft sind. Für diese Annahme spricht, dass sowohl Aussagen zum Umweltbewusstsein als auch zu den Klimaeinstellungen mit Anteilen von 70 Prozent in der Bevölkerung eine breite Zustimmung finden, somit also kaum auf bestimmte soziodemografische oder sozioökonomische Gruppen begrenzt sein können.

Um einen geeigneten Zugang zu finden, der auch in den noch folgenden Auswertungen zum Schwerpunktthema herangezogen werden kann, wurden „Umweltbewusstseinstypen“ gebildet. Diese basieren auf den vier Kenngrößen Umwelteinstellungen, Klimaeinstellungen, Umweltverhalten und Veränderungsbereitschaft. Die Kenngröße Klimaeinstellung wurde zudem durch Angaben zu der Verursachungseinschätzung des Klimawandels ergänzt („Ursachenwissen“, siehe Kapitel 6.1, Abbildung 19). Die Klimaschutzorientierung der Befragten wurde dann niedriger eingestuft, wenn diese den Einfluss des Menschen beim Klimawandel unterschätzen. Das genaue statistische Verfahren zur Bildung der Umweltbewusstseinstypen wird in dem getrennt

vorliegenden wissenschaftlichen Bericht zur Umweltbewusstseinsstudie 2020 beschrieben und kann dort nachgelesen werden.

Welche Umweltbewusstseinstypen wurden gebildet?

Im Folgenden werden die sechs Umweltbewusstseinstypen entlang der vier Kenngrößen zusammenfassend entsprechend ihrer Umweltschutz- und Klimaschutzorientierung und mit Blick auf verschiedene soziodemografische Merkmale vorgestellt.

Alle Zuordnungen beruhen dabei auf den Angaben der Befragten.

Die *Ablehnenden* umfassen 8 Prozent der Bevölkerung. Sie kennzeichnet nach ihren Angaben eine relativ niedrige Umweltschutzorientierung, ein vergleichsweise sehr gering ausgeprägtes Umweltverhalten, eine sehr skeptische Klimaeinstellung und eine schwache Veränderungsbereitschaft. In ihrer ablehnenden Haltung stimmen sie in allen abgefragten Aspekten überein. Sie scheinen für ökologische Themen schwer bis gar nicht erreichbar zu sein. Unter den *Ablehnenden* sind höhere formale Bildungsgruppen eher unterdurchschnittlich vertreten, unter ihnen befinden sich zu drei Vierteln Männer, und der Altersschnitt ist überdurchschnittlich hoch. Ihr Anteil an der Bevölkerung fällt in den ostdeutschen Bundesländern mit 19 Prozent höher aus als in den westdeutschen Ländern mit 6 Prozent.

Beschreibung verschiedener soziodemografischer Merkmale

Bildungsniveau:

Das Bildungsniveau wurde anhand der Frage nach dem „höchsten Schulabschluss“ der/des Befragten gebildet. Die Einteilung erfolgte dabei wie folgt:

einfach: kein Abschluss, Volks- / Hauptschulabschluss oder Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8./9. Klasse

mittel: mittlere Reife / Realschulabschluss oder Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse

hoch: Abitur oder Fachabitur, Abschluss einer Fachoberschule (Hochschul- oder Fachhochschulreife), jedoch kein abgeschlossenes Studium

sehr hoch: Hochschulabschluss (Universität, Hochschule, Fachhochschule)

Ökonomischer Haushaltsstatus:

Diese Variable beruht auf dem geschätzten monatlichen Äquivalenzeinkommen pro Kopf. Das Äquivalenzeinkommen ist ein gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied, das Kinder niedriger gewichtet als erwachsene Personen. Die Grundannahme ist, dass sich durch ein gemeinsames Wirtschaften Einsparungen erreichen lassen. Bei fehlender Angabe wurde das Einkommen über die Berufsgruppe geschätzt. Die Einteilung erfolgte dabei wie folgt:

sehr niedrig: bis 749 Euro

niedrig: 750 bis 1.249 Euro

mittel: 1.250 bis 1.749 Euro

hoch: 1.750 bis 2.499 Euro

sehr hoch: 2.500 Euro und mehr

Die *Skeptischen* machen 18 Prozent aus. Sie zählen mit Blick auf den ökonomischen Haushaltsstatus zum Mittelstand. Ihr Bildungsniveau ist überwiegend einfach bis mittel, ein hoher Anteil von ihnen ist männlich, das durchschnittliche Alter liegt ebenso wie bei den *Ablehnenden* über dem Schnitt. Die *Skeptischen* haben keine besonders ausgeprägte Umweltschutzorientierung und ihr Klimabewusstsein ist noch einmal deutlich geringer. Dies ist gleichzeitig das charakteristische Merkmal dieser Gruppe. Auch verhalten sie sich wenig umweltschutzorientiert. Diese Gruppe ist vermutlich nur mit starken Anreizen, möglicherweise auch nur über einschränkende Maßnahmen für Veränderungen erreichbar. Da diese Gruppe relativ groß ist und sich „mitten in der Gesellschaft“ befindet, sollte sie nicht aus den Augen verloren werden. Sie gehören zusammen mit den *Ablehnenden* und den *Unentschlossenen* zu denjenigen, die vermutlich am schwierigsten durch Umweltkommunikation erreichbar sind.

Die *Unentschlossenen* umfassen 22 Prozent. Ihr Umwelt- und Klimabewusstsein bewegt sich zwar auf durchschnittlichem Niveau, sie verhalten sich jedoch vergleichsweise wenig umweltfreundlich. *Unentschlossene* sind eher männlich und formal oft wenig gebildet. Die *Unentschlossenen*, anteilmäßig die zweitgrößte Gruppe, liegen hinsichtlich der Veränderungsbereitschaft nur knapp unter dem Durchschnitt, sind also offenbar nicht grundsätzlich abgeneigt, ihr Verhalten im Sinne des Umwelt- und Klimaschutzes zu verändern. Ihre Umwelt- und Klimateinstellungen und ihre knapp durchschnittliche Veränderungsbereitschaft lassen darauf schließen, dass sie etwas eher für Belange des Umwelt- und Klimaschutzes ansprechbar sind als die Gruppe der *Ablehnenden*.







Die *Aufgeschlossenen* stellen mit einem Anteil von 25 Prozent die zahlenmäßig größte Gruppe dar. Zu den *Aufgeschlossenen* gehören vergleichsweise viele Frauen und sehr viele jüngere Menschen. Formal sind sie etwas besser gebildet als der Durchschnitt. Unter den *Aufgeschlossenen* ist die Kluft zwischen dem Bewusstsein und dem Verhalten besonders groß. Ihre Umweltschutz- und Klimaschutzorientierung ist relativ hoch, die Umweltpraxis fällt dagegen deutlich zurück. Sie bringen jedoch eine große Offenheit und Veränderungsbereitschaft mit. Deshalb sollten sie bei umwelt- und klimapolitischen Maßnahmen besondere Beachtung finden.

Die *Orientierten* zählen 13 Prozent. In dieser Gruppe liegt eine vergleichsweise hohe Umweltschutzorientierung vor und zudem auch ein ausgeprägtes Umweltschutzverhalten. Insofern passen Einstellungen und Verhalten

besser zueinander als bei den *Aufgeschlossenen* – beides bewegt sich bereits auf einem relativ hohen Niveau. Vor allem bezogen auf die Klimateinstellungen ist jedoch auch in dieser Gruppe noch Luft nach oben. Zudem sind sie nur durchschnittlich zu (weiteren) Veränderungsmaßnahmen bereit. Die *Orientierten* leben etwas häufiger als der Bevölkerungsschnitt in einer Großstadt, und der Anteil der Frauen ist überdurchschnittlich hoch.

Die *Konsequenten* umfassen 14 Prozent der Bevölkerung. Sie weisen bei allen vier Kenngrößen hohe Werte auf. Sie sind umweltbewusst und verhalten sich entsprechend, sind sensibel in Sachen Klimaschutz und schließen auch weitere Verhaltensänderungen nicht aus. Sie sind ebenso wie die *Aufgeschlossenen* und die *Orientierten* weiblich geprägt. Zudem leben sie überdurchschnittlich häufig im großstädtischen oder städtischen Raum. Sie verfügen über ein deutlich höheres Bildungsniveau als die anderen Gruppen, aber gleichzeitig über verhältnismäßig niedrige finanzielle Mittel. Jede achte Person dieser Gruppe befindet sich in Elternzeit oder bezieht Elterngeld.

Abbildung 15: Vorstellung der Umweltbewusstseinstypen anhand ausgewählter Merkmale

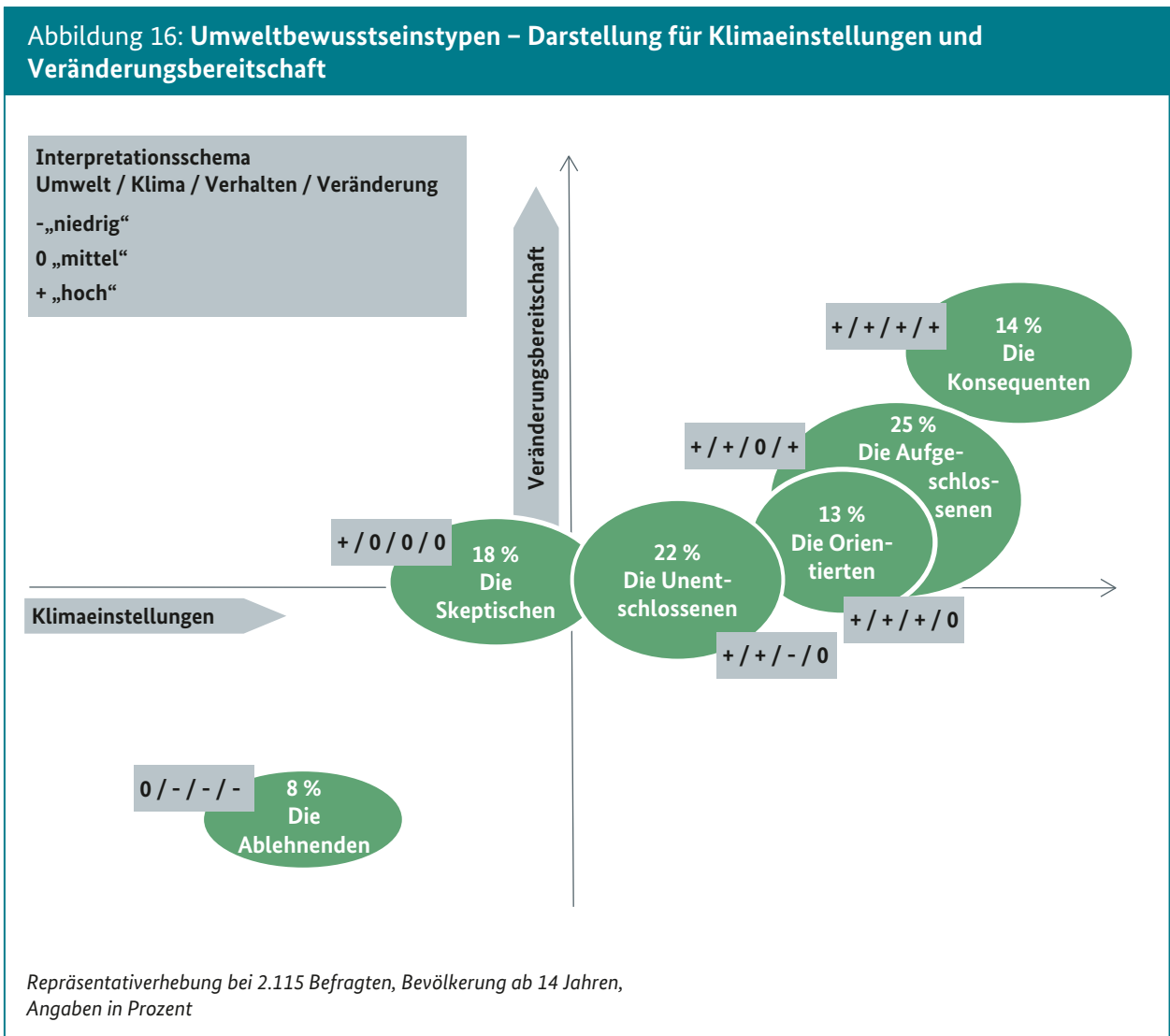
„Umwelt- und Klimaschutz ...“	Altersdurchschnitt	Anteil Frauen	Anteil (sehr) hohe Bildung	Anteil (sehr) niedriger ökonomischer Status	Anteil Großstadt	Anteil West
Die Ablehnenden 8 %  <p>„Das ist grundsätzlich nichts für mich.“</p>	53 Jahre	24 %	21 %	39 %	34 %	64 %
Die Skeptischen 18 %  <p>„Ich bin nicht sicher, ob ich was tun kann, und es ist mir auch nicht wichtig.“</p>	52 Jahre	37 %	16 %	26 %	26 %	89 %
Die Unentschlossenen 22 %  <p>„Kann sein, dass man was tun müsste, bei mir geht das aber nicht.“</p>	49 Jahre	40 %	23 %	38 %	23 %	85 %
Die Aufgeschlossenen 25 %  <p>„Ich sehe das Problem, kann aber im Moment nicht entsprechend handeln, möchte dies gerne in der Zukunft.“</p>	46 Jahre	64 %	41 %	41 %	31 %	86 %
Die Orientierten 13 %  <p>„Für die Umwelt bin ich schon aktiv, mehr geht nicht.“</p>	51 Jahre	60 %	28 %	35 %	35 %	82 %
Die Konsequenten 14 %  <p>„Mache ich alles bereits und in Zukunft sogar noch mehr.“</p>	48 Jahre	64 %	60 %	43 %	40 %	89 %

Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Die folgende Abbildung zeigt noch einmal anschaulich am Beispiel der zwei Kenngrößen „Klimaeinstellungen“ und „Veränderungsbereitschaft“, wie sich die sechs Umweltbewusstseinstypen voneinander unterscheiden. Eindrücklich wird sichtbar, wie weit entfernt die *Ablehnenden* von den anderen Gruppen positioniert sind. Insgesamt wird deutlich, dass auf der EinstellungsEbene größere Unterschiede zwischen den Gruppen festzustellen sind als hinsichtlich der Veränderungsbereitschaft.

Die sechs Umweltbewusstseinstypen weisen bei allen vier Kenngrößen, die im weitesten Sinne das Umweltbewusstsein abbilden, jeweils charakteristische Besonderheiten auf. Dennoch kann keiner der Gruppen ein klar beschreibbarer und abgrenzbarer Lebensstil zugeordnet werden. Ebenso zeigen sich zwar einige soziodemografische Auffälligkeiten, diese sind aber nicht so ausgeprägt, dass sie zu homogenen Gruppen führen. Alle beschriebenen Umweltbewusstseinstypen sind da-

mit unterschiedlich stark in fast allen Gesellschaftsschichten und Altersgruppen zu finden. Zudem sind die Umweltbewusstseinstypen als dynamisches Konzept zu verstehen. Das Gefüge der Gruppen zueinander kann sich im Zeitverlauf ebenso ändern wie die individuelle Zugehörigkeit zu einer der Gruppen.



6.

Klimawandel und Klimaschutz –
Wahrnehmungen, Einstellungen und
Bereitschaften

8 %
fühlen sich sehr
gut informiert.



52 %
fühlen sich gut informiert.



39 %
fühlen sich etwas informiert.



1 %
fühlen sich gar nicht
informiert.



Hitzesommer, Dürren und Starkregenereignisse haben in den vergangenen Jahren die Folgen der Klimaerwärmung auch in Deutschland spürbar werden lassen. Vor allem durch das Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist zugleich eine globale Klimabewegung entstanden, die auf die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens pocht und deshalb ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen fordert. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die neuen Klimaziele auf nationaler und EU-Ebene bekräftigen die Notwendigkeit, die Transformation zu einer postfossilen Wirtschaft und Gesellschaft zu beschleunigen. Dies stellt eine gewaltige Herausforderung für die Politik, die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger dar.

Vor diesem Hintergrund bilden Klimaschutz und sozialökologische Transformationen das Schwerpunktthema der diesjährigen Umweltbewusstseinsstudie. Folgende Fragen stehen dabei im Zentrum: Wie werden die Risiken des Klimawandels eingeschätzt? Wie groß ist die Bereitschaft, zum Schutz des Klimas das eigene Handeln zu verändern oder sich gesellschaftlich zu engagieren? Wer ist aus Sicht der Bevölkerung für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich? Welche Maßnahmen sollten getroffen werden?

6.1 Klimabewusstsein in der Bevölkerung

Dem Umweltwissen und den Einstellungen gegenüber Umweltproblemen galt in den Umweltbewusstseinsstudien von Anfang an ein besonderes Interesse, denn diese bilden eine wichtige Grundlage für Verhaltensänderungen und die Akzeptanz von Maßnahmen innerhalb der Bevölkerung. Die diesjährige Umweltbewusstseinsstudie widmet sich insbesondere bezogen auf das Schwerpunktthema diesen beiden Aspekten. Deshalb wurde ein Fragenbündel entwickelt, mit dessen Hilfe zentrale Wissens- und Einstellungsaspekte zu Klimawandel und Klimaschutz abgebildet werden können.

Das Thema Klimawandel und Klimaschutz stößt auf breites Interesse in der Bevölkerung

Zunächst wurde nach dem Interesse am Thema Klimawandel und Klimaschutz gefragt. Ein Großteil gab an, „sehr“ (25 Prozent) oder „ziemlich“ (47 Prozent) an diesem Thema interessiert zu sein. Nur eine verschwindend kleine Minderheit sagte, dass sie sich überhaupt nicht dafür interessiert. Allerdings ist das Interesse nicht in allen Bevölkerungsgruppen gleich groß. Jüngere (unter 30 Jahre) und ältere Menschen (über 60 Jahre)

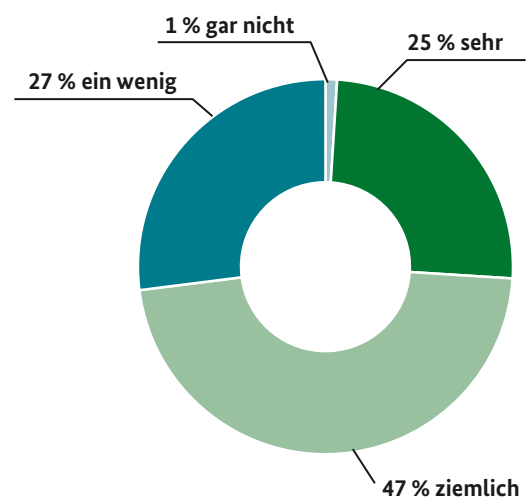
interessieren sich tendenziell etwas mehr für das Thema. Außerdem äußerten Personen mit (sehr) hohem Bildungsniveau ein stärkeres Interesse als Personen mit mittlerem oder niedrigem Bildungsniveau.

Und wie gut informiert fühlen sich die Menschen? Hier zeigen sich deutlichere Unterschiede: Eine Mehrheit der Befragten fühlt sich zwar sehr gut oder gut informiert, doch sagten auch 39 Prozent von sich, dass sie nur etwas informiert sind. Positiv hervorzuheben ist: Auch bei der Frage zur Informiertheit antwortete nur ein sehr geringer Prozentsatz mit „gar nicht“.

Die aktuelle Klimabewegung wird vor allem von Jugendlichen und jungen Erwachsenen vorangetrieben. Daher könnte man vermuten, dass diese Altersgruppe sich besonders gut informiert fühlt. Diese These bestätigt sich jedoch nicht. Auch bei dieser Altersgruppe fühlen sich viele nur etwas informiert. Insgesamt wird die eigene Informiertheit als durchschnittlich eingeschätzt. Dieses Ergebnis knüpft an Erkenntnisse aus der BMU-Studie „Zukunft? Jugend fragen!“ an, die aufzeigen, dass es nicht die „eine“ junge Generation gibt und auch bei den Jüngeren unterschiedliche Lebenswelten

Abbildung 17: Interesse am Thema Klimawandel

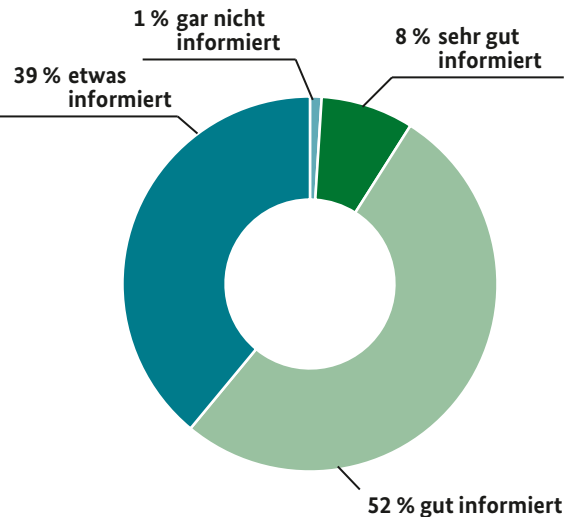
Frage: Als nächstes möchten wir näher auf das Thema Klimawandel und Klimaschutz eingehen. Wie stark interessieren Sie sich für dieses Thema?



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Abbildung 18: Informationsstand zum Thema Klimawandel

Frage: **Wie gut fühlen Sie sich über das Thema Klimawandel und Klimaschutz insgesamt informiert?**



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

und Einstellungen gegenüber Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit auftreten.

Etwas besser informiert fühlen sich dagegen die 30- bis 39-Jährigen und die 60- bis 69-Jährigen. Unterschiede zeigen sich auch mit Blick auf das Bildungsniveau. Personen mit hohem und sehr hohem Bildungsniveau fühlen sich besser informiert als die anderen Gruppen.

Zudem gaben Männer häufiger als Frauen an, sich (sehr) gut informiert zu fühlen. Allerdings ist mit der Angabe, sich gut informiert zu fühlen, noch nichts darüber gesagt, ob der Klimawandel als bedrohlich eingeschätzt wird und ob Maßnahmen zu seiner Bekämpfung als wichtig angesehen werden. Im Verlauf dieses Kapitels wird auf diesen Punkt weiter eingegangen.

Der Mensch wird mehrheitlich als Treiber des Klimawandels gesehen

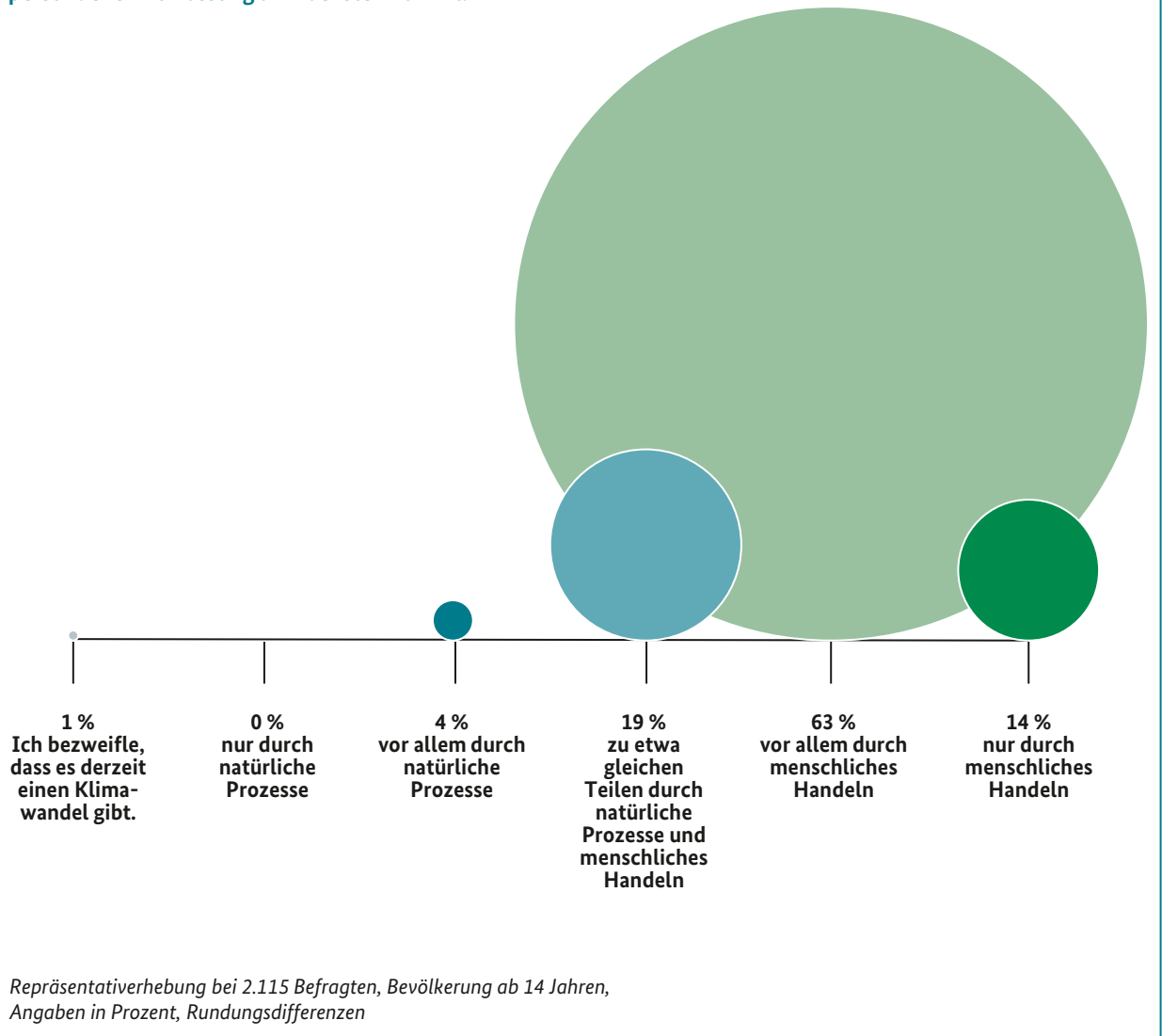
In der Wissenschaft gibt es einen breiten Konsens darüber, dass der Klimawandel vor allem durch menschliche Aktivitäten verursacht wird. Eine Mehrheit der Befragten stimmt dieser Einschätzung zu (63 Prozent). Weitere 14 Prozent sind sogar der Ansicht, der Klimawandel sei ausschließlich auf menschliches Handeln zurückzuführen. Knapp ein Viertel der Befragten schätzt den Anteil, mit dem der Mensch zum Klimawandel beiträgt, geringer ein, als er entsprechend des wissenschaftlichen Kenntnisstandes ist. Der weitaus größere Teil dieser Gruppe hält natürliche Prozesse und menschliches Handeln gleichermaßen für ursächlich. Nur wenige sind der Ansicht, dass der Klimawandel vor allem oder ausschließlich durch natürliche Prozesse vorangetrieben wird. Bezogen auf alle Befragten sind dies 4 Prozent. Damit wird deutlich, dass der menschliche Faktor lediglich von einer kleinen Gruppe in Frage gestellt wird. Außerdem zeigen die Antworten, dass nur eine verschwindend kleine Minderheit den Klimawandel komplett leugnet. Insgesamt wird der Klimawandel also fast nicht mehr bestritten. Es sind dabei vergleichsweise häufig Personen mit (sehr) hohem Bildungsniveau und solche unter 40 Jahren, die die entscheidende Ursache für den Klimawandel im menschlichen Handeln sehen.

Ein genauerer Blick auf diejenigen, die den Einfluss natürlicher Prozesse betonen, ist interessant, denn sie geben mehrheitlich an, sich gut über den Klimawandel informiert zu fühlen. Offenbar fehlt es ihnen nicht an Informationen, vielmehr beruht ihre Einschätzung auf Überzeugungen und Deutungen, die nicht mit der wissenschaftlichen Beurteilung übereinstimmen. Eventuell informieren sich diese Personen vorrangig über solche sozialen Medien, in denen der Klimawandel relativiert und das menschliche Handeln als Ursache angezweifelt wird. Der notwendige Dialog mit dieser Gruppe wird dadurch deutlich erschwert, denn es ist zu befürchten, dass die klare wissenschaftliche Datenlage grundsätzlich in Frage gestellt wird.

Unter den 19 Prozent, die den Klimawandel zu etwa gleichen Teilen natürlichen Prozessen und menschlichem Handeln zuschreiben, gibt es dagegen vergleichsweise viele Personen, die sich nicht oder nur etwas über den Klimawandel informiert fühlen. Diese Gruppe dürfte daher eher über Informationen und Aufklärung erreichbar sein.

Abbildung 19: Vermutete Ursache/n für den Klimawandel

Frage: **Wodurch wird der Klimawandel Ihrer Meinung nach verursacht? Bitte wählen Sie die Angabe aus, die Ihrer persönlichen Auffassung am nächsten kommt.**



Problemlage, emotionale Betroffenheit und Handlungsbedarf – facettenreiche Erhebung der Klimaeinstellungen

Um die Einstellungen zum Klimawandel und Klimaschutz systematisch zu erfassen, wurde den Befragten ein Frageblock mit verschiedenen Aussagen vorgelegt. Angewendet auf das Thema Klimawandel und Klimaschutz lassen sich die Fragen zu den Einstellungen drei Gruppen zuordnen:

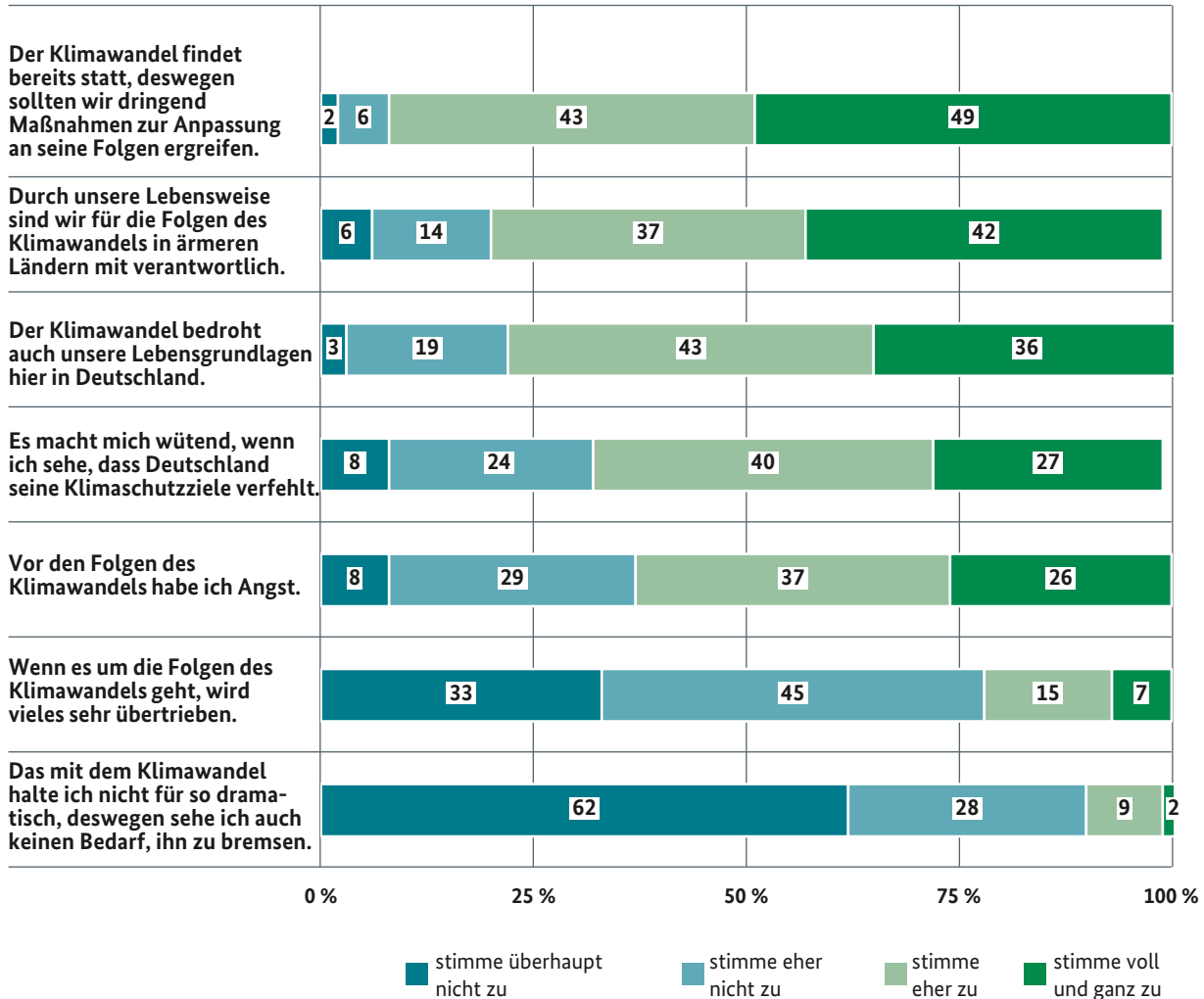
- Einstellungsfragen, die auf die Einsicht in die Problemlage des Klimawandels zielen, also beispielsweise, ob der Klimawandel negative Folgen hat und dadurch die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit bedroht sind.

- Einstellungsfragen, die die gefühlsmäßige Betroffenheit gegenüber der Klimaproblematik aufzeigen. Dabei kann es sich zum Beispiel um negative Emotionen wie Angst oder Wut bezogen auf den Klimawandel und seine Folgen handeln.
- Einstellungsitems, die auf die Einsicht abzielen, dass mit Blick auf den Klimawandel dringender Handlungsbedarf besteht. Dabei geht es neben dem Klimaschutz auch um Maßnahmen zur Klimaanpassung.

Ausgehend von diesen drei Gruppen wurden insgesamt sieben klimabezogene Aussagen abgefragt.

Abbildung 20: Einstellungen zum Klimawandel

Frage: Im Folgenden sehen Sie allgemeine Aussagen zum Thema Klimawandel. Bitte geben Sie auch hier an, inwiefern Sie jeweils zustimmen.



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 % Fehlende: „kann ich nicht sagen“

Breite Einsicht in die Problemlage und die Handlungsnotwendigkeit

Rund 80 Prozent der Befragten sehen die Lebensgrundlage in Deutschland durch den Klimawandel bedroht. Entsprechend sind nur etwa 20 Prozent der Ansicht, vieles werde sehr übertrieben, wenn es um die Folgen des Klimawandels geht. Eine Verharmlosung oder gar Leugnung findet also lediglich in relativ geringem Umfang statt.

Zur Einschätzung der Problemlage gehört auch, wie globale Zusammenhänge und damit verbundene Fragen der Klimagerechtigkeit bewertet werden. Den

meisten Befragten scheint bewusst zu sein, dass vor allem die reicheren Länder zum Klimawandel beitragen. Dementsprechend sind fast 80 Prozent der Meinung, dass wir mit unserer Lebensweise für die Folgen des Klimawandels in ärmeren Ländern mitverantwortlich sind.

Analog dazu werden Maßnahmen zur Klimaanpassung von 90 Prozent der Befragten als notwendig angesehen. Außerdem lehnen fast 90 Prozent die Aussage ab, der Klimawandel sei nicht so dramatisch und es gäbe deswegen keinen Bedarf, ihn zu bremsen.

Die emotionale Betroffenheit ist etwas schwächer ausgeprägt. Dennoch gibt mit fast zwei Dritteln der Befragten eine klare Mehrheit an, dass sie Angst vor den Folgen des Klimawandels hat, denn viele Auswirkungen des Klimawandels wie Hitzewellen oder Dürren werden auch für die Menschen in Deutschland immer spürbarer. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Befragung im November/Dezember 2020 stattfand, also vor der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2021, die die existenzielle Bedrohung durch den Klimawandel auf drastische Weise vor Augen führte.

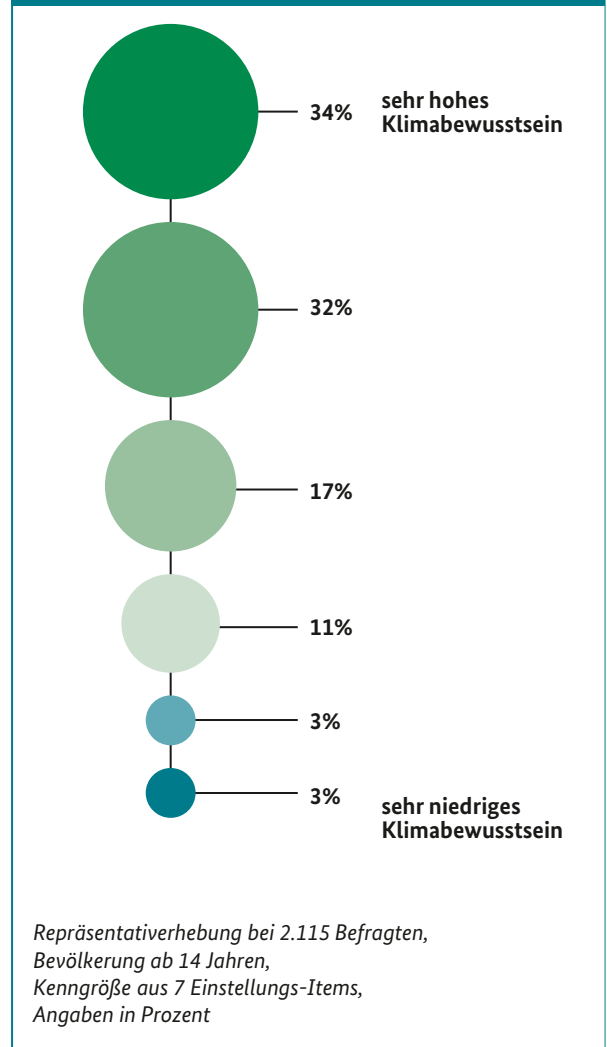
Die Einstellungen zur „Bedrohung der Lebensgrundlagen“ und zur „Wut über das Verfehlen der Klimaschutzziele“ wurden bereits in der Umweltbewusstseinsstudie 2018 abgefragt. Im Vergleich zeigt sich, dass die Zustimmung zu beiden Aussagen etwas gesunken ist („Bedrohung“ von 85 auf 78 Prozent; „Wut über Verfehlung Klimaschutzziele“ von 74 auf 67 Prozent). Das Bundes-Klimaschutzgesetz, das die Bundesregierung im Herbst 2019 beschlossen hat, könnte zu diesem Rückgang beigetragen haben. Zudem hat die Corona-Pandemie das Thema Klimaschutz 2020 von Platz eins der in der Öffentlichkeit diskutierten Themen verdrängt. Außerdem könnte dämpfend gewirkt haben, dass Deutschland – unter anderem durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie – sein Klimaziel für 2020 erreicht hat. Schlussendlich ist aber festzuhalten, dass eine Mehrheit der Bevölkerung den Klimawandel trotz der Corona-Pandemie weiterhin als Bedrohung wahrnimmt und sich eine Einhaltung der Klimaschutzziele wünscht.

Zwei Drittel der Befragten besitzen ausgeprägte Klimateinstellungen

Um ein zusammenfassendes Bild zu den erhobenen Klimateinstellungen zu erhalten, wurde aus den Antworten zu den in Abbildung 20 vorgestellten Aussagen ein Gesamtwert gebildet, der auf einer Skala von 0 bis 10 liegen kann, wobei höhere Werte auf stärker ausgeprägte Klimateinstellungen hinweisen (siehe hierzu Kapitel 5). Insgesamt zeigt sich, dass zwei Drittel der Befragten ein (sehr) ausgeprägtes Klimabewusstsein besitzen. Nur eine kleine Gruppe von etwa 6 Prozent hat (sehr) gering ausgeprägte Klimateinstellungen.

Der Gesamtwert kann zudem genutzt werden, um Zusammenhänge zu überprüfen. Beispielsweise zeigt sich, dass die Einschätzung der eigenen Informiertheit und die Einstellung zum Klimawandel und Klimaschutz eher schwach miteinander verbunden sind: Die Befragten mit sehr stark ausgeprägten Klimateinstellungen

Abbildung 21: Klimateinstellungen zusammengefasst



fühlen sich zwar mit einem Anteilswert von 72 Prozent am häufigsten gut informiert. Dies geben die Befragten mit gering ausgeprägten Klimateinstellungen mit 58 Prozent jedoch ebenfalls mehrheitlich an. Ein vergleichbares Ergebnis wurde oben schon für den Zusammenhang zwischen dem Ursachenwissen und der selbsteingeschätzten Informiertheit berichtet. Insgesamt wird damit deutlich: Skepsis und Ablehnung gehen oft mit der Einschätzung einher, gut informiert zu sein.

Des Weiteren zeigt sich, dass Frauen und Personen mit hohem Bildungsniveau stärker ausgeprägte Klimateinstellungen besitzen. Ebenso erreichen die Jüngeren (bis 39 Jahre) einen vergleichsweise hohen Wert und die mittleren Altersgruppen (40 bis 59 Jahre) einen niedrigen. Bei den Älteren (60 Jahre und älter) ergibt sich kein klares Bild, sodass im Mittel ein eher durchschnittlicher Wert vorliegt.

6.2 Verantwortung für den Klimaschutz – Akteure und Strategien

Internationale Klimapolitik: Deutschland soll beim Klimaschutz Vorreiter sein

Der Klimawandel ist eine globale Herausforderung, die alle Staaten dieser Erde betrifft. Auch der Klimaschutz ist eine Aufgabe, die nur durch gemeinsames Handeln bewältigt werden kann. Wer welche Lasten tragen soll und wie schnell einzelne Staaten ihre Treibhausgasemissionen reduzieren sollen, wird allerdings kontrovers diskutiert. In der Umweltbewusstseinsstudie 2020 wurde daher gefragt, wie die Rolle Deutschlands in der internationalen Klimapolitik im Vergleich zu anderen Staaten gesehen wird: Wird in Deutschland zu viel oder eher zu wenig für den Klimaschutz getan?

Das Ergebnis ist eindeutig: Eine große Mehrheit von 83 Prozent der Befragten ist der Ansicht, dass Industriestaaten wie Deutschland international in der Pflicht seien, eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einzuneh-

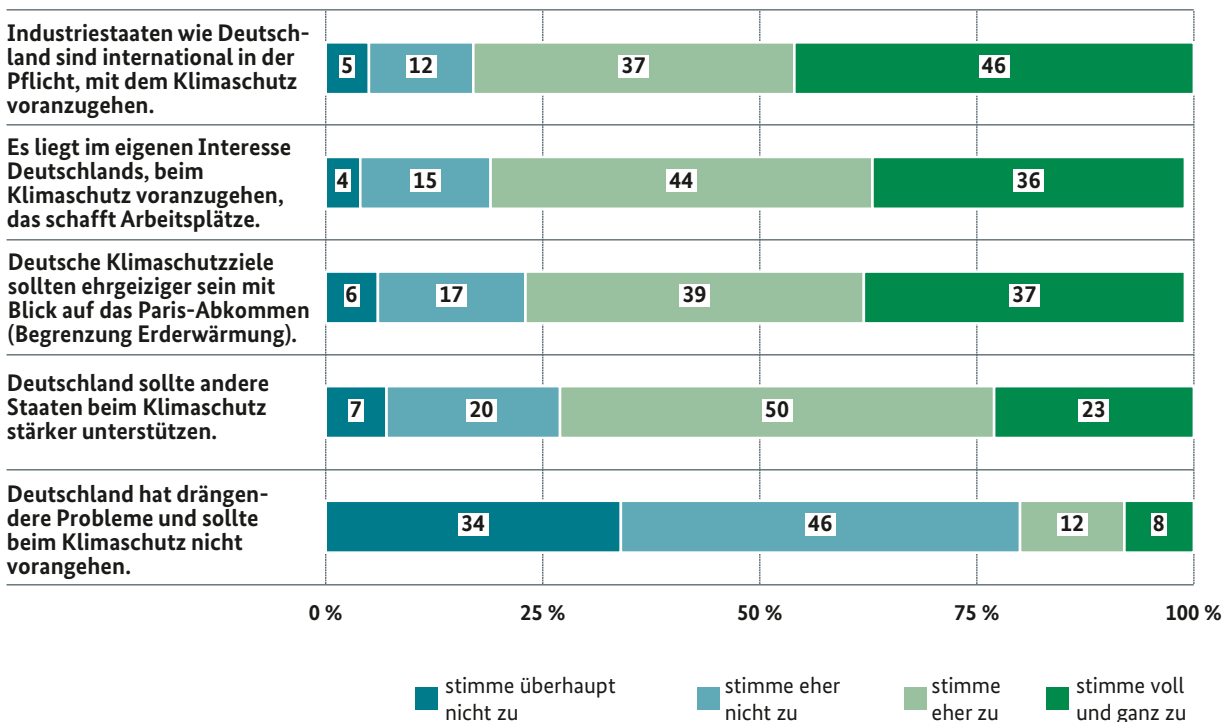
men. Passend dazu meinen lediglich 20 Prozent, dass Deutschland drängendere Probleme hat und sich beim Klimaschutz zurückhalten sollte. Und wieder sind es insbesondere die Jüngeren, die sagen, dass Deutschland beim Klimaschutz vorangehen sollte.

76 Prozent der Befragten stimmen der Einschätzung zu, dass sich Deutschland ehrgeizigere Klimaziele setzen sollte, um das Pariser Klimaabkommen zu erfüllen. 80 Prozent der Befragten sind davon überzeugt, dass ambitionierter Klimaschutz der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nicht entgegensteht, sondern vielmehr Arbeitsplätze schafft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands fördern würde.

Etwas zurückhaltender sind die Befragten, wenn es darum geht, ob Deutschland andere Staaten beim Klimaschutz und bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels unterstützen soll. Zwar stimmt auch hier eine Mehrheit von 73 Prozent zu, allerdings nur 23 Prozent voll und ganz.

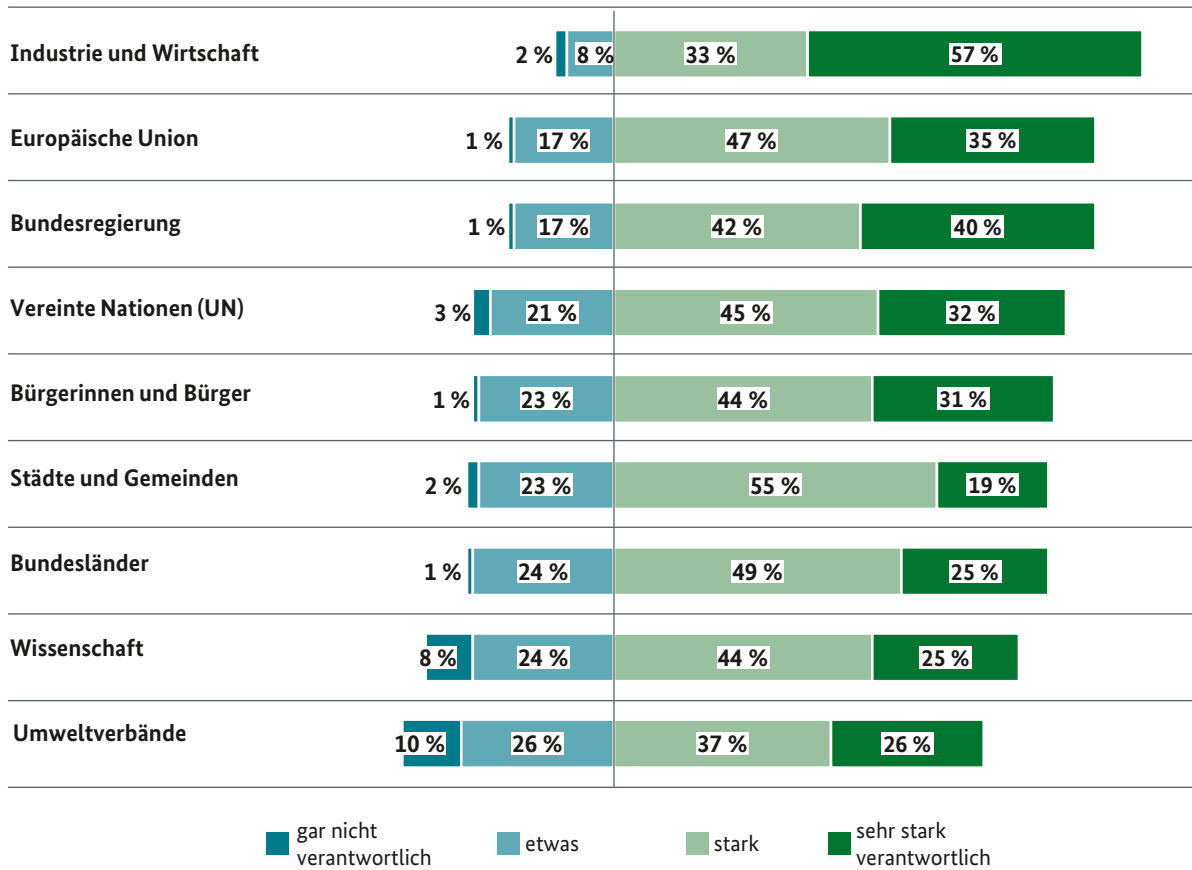
Abbildung 22: Rolle Deutschlands für den Klimaschutz

Frage: Manche meinen, dass in Deutschland zu wenig für den Klimaschutz getan wird, andere finden, es werde zu viel getan. Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, Rundungsdifferenzen

Abbildung 23: Verantwortlichkeit für den Klimaschutz

Frage: **Wie sehr sind die folgenden Akteure Ihrer Meinung nach für den Klimaschutz verantwortlich?**

Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Verantwortung für den Klimaschutz: viele Akteure stehen in der Pflicht

Eng verbunden mit der Rolle Deutschlands beim Klimaschutz ist die Frage, wer für die Bekämpfung des Klimawandels in der Verantwortung steht. Deutlich wird, dass der Klimaschutz eine Aufgabe ist, die nicht nur an einzelne Akteure delegiert werden kann. Dennoch gibt es klare Vorstellungen darüber, wer die größte Verantwortung für den Klimaschutz tragen sollte.

Am häufigsten werden Wirtschaft und Industrie genannt. 90 Prozent der Befragten sehen die Akteure in diesen beiden Bereichen in der Verantwortung. Eine sehr breite Mehrheit erwartet also, dass Unternehmen einen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels leisten.

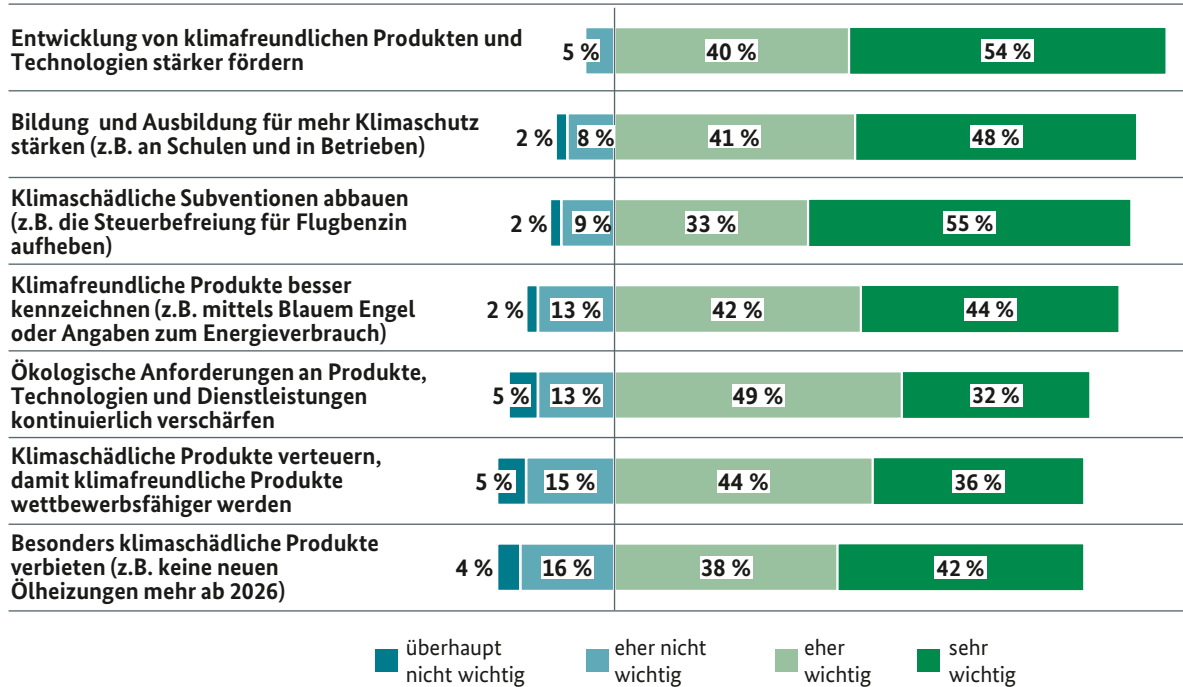
Die Bundesregierung folgt in der Rangliste an zweiter Stelle. 82 Prozent sehen sie in der Pflicht, den Klimawandel zu bremsen. Ebenso viele sagen, dass die Europäische Union verantwortlich ist, allerdings ist hier der Anteil derjenigen, die die EU für „sehr stark verantwortlich“ hält, etwas kleiner.

Internationalen Organisationen wird eine etwas geringere Zuständigkeit zugesprochen. So werden die Vereinten Nationen von 77 Prozent der Befragten genannt.

Und nicht zuletzt sehen sich auch die Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht. 75 Prozent der Befragten sagen, dass die Bevölkerung auch selbst dafür verantwortlich ist, etwas gegen den Klimawandel zu tun.

Abbildung 24: Bewertung von politischen Maßnahmen zum Klimaschutz

Frage: Es gibt unterschiedliche Vorschläge, um den Klimaschutz voranzubringen. Inwieweit sind die folgenden politischen Herangehensweisen Ihrer Ansicht nach dafür wichtig?



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, an 100 % Fehlende: „kann ich nicht sagen“

Auffällig ist, dass auch der Wissenschaft mehrheitlich eine verantwortliche Rolle für den Klimaschutz zugeschrieben wird. 69 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass die Wissenschaft eine aktive Rolle bei den gesellschaftlichen Anstrengungen zur Bewältigung des Klimawandels einnehmen soll.

Politisches Vorgehen beim Klimaschutz: auch hohe Zustimmung zu einschränkenden Maßnahmen

Wenn es darum geht, wie Klimaschutz vorangebracht werden kann, liegen bestimmte ökonomische Anreize in der Gunst der Befragten vorne: 94 Prozent finden es wichtig, dass klimafreundliche Produkte und Technologien stärker gefördert werden. Zudem halten es 88 Prozent für wichtig, dass Subventionen für Produkte und Dienstleistungen, die das Klima schädigen, abgebaut werden.

Auch die Vermittlung von Wissen spielt eine zentrale Rolle: Knapp 90 Prozent der Befragten meinen, das Thema Klimaschutz müsste stärker in der Ausbildung,

zum Beispiel in Schulen oder Betrieben, verankert werden. Breite Zustimmung gibt es auch für Maßnahmen, die es Verbraucherinnen und Verbrauchern erleichtern, sich im Alltag für klimafreundliche Produkte zu entscheiden. 86 Prozent der Befragten halten es für wichtig, klimafreundliche Produkte durch Umweltzeichen wie den Blauen Engel zu kennzeichnen.

Einschränkenden Maßnahmen wie Verboten, höheren Preisen oder verschärften Standards wird etwas weniger zugestimmt, sie werden aber ebenfalls mehrheitlich als wichtig erachtet. So sprechen sich 80 Prozent der Befragten dafür aus, klimaschädliche Produkte wie zum Beispiel Ölheizungen zu verbieten. Ebenso viele sagen, dass klimaschädliche Produkte teurer werden sollten, damit klimafreundliche Produkte wettbewerbsfähiger werden.

Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung für mehr und bessere klimafreundliche Angebote einsetzen

Seit Januar 2021 wird in Deutschland ein Preis auf fossile Energieträger wie Heizöl oder Kraftstoff erhoben, der sich nach der Menge des freigesetzten CO₂ richtet. Klimaschädliche Produkte und Technologien sollen so teurer werden, um klimafreundliche Angebote attraktiver zu machen. Zum Zeitpunkt der Befragung war das Gesetz zwar noch nicht in Kraft, aber die Befragten wurden um ihre Meinung gebeten, wie die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung verwendet werden sollen.

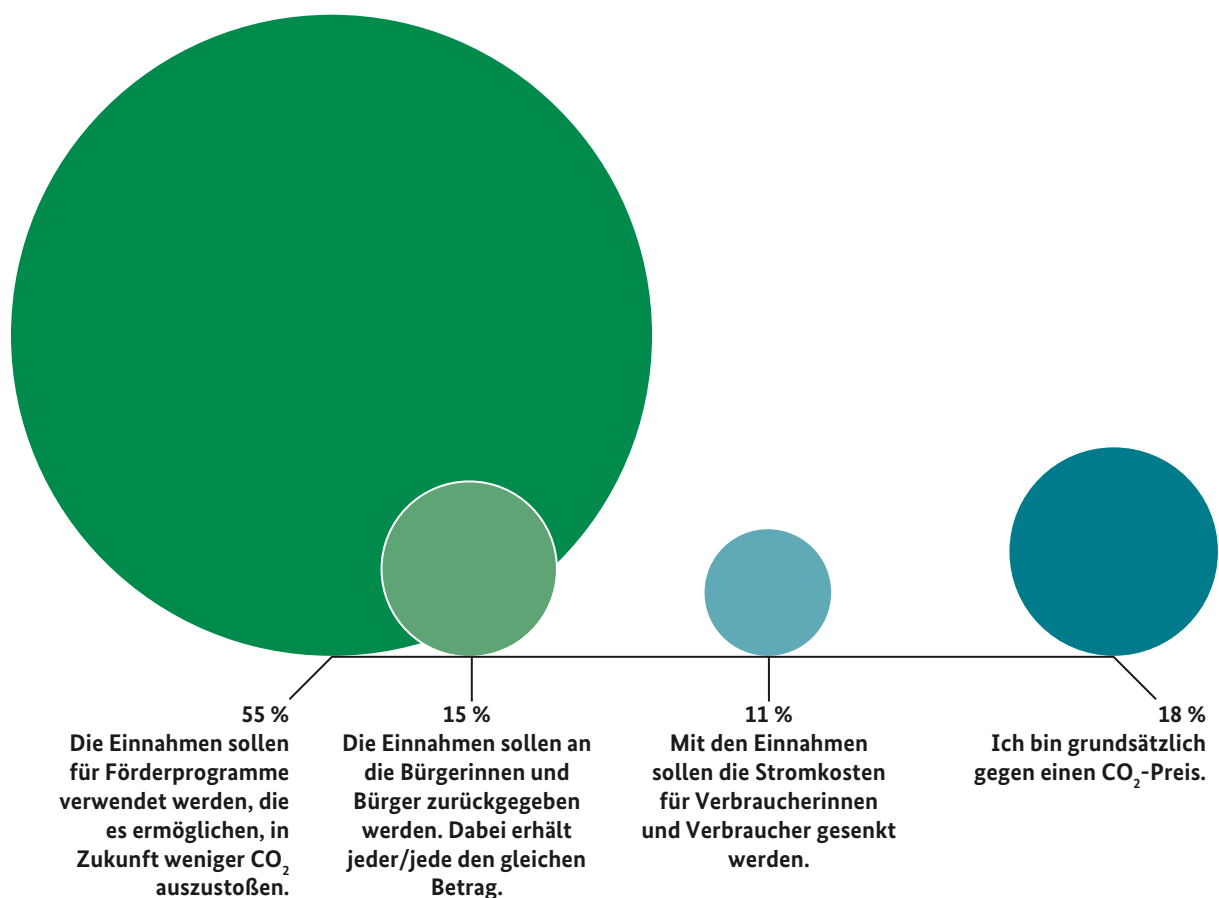
Die Mehrheit der Befragten spricht sich dafür aus, die Einnahmen aus der sogenannten CO₂-Abgabe für Pro-

gramme zu verwenden, die den Klimaschutz fördern. 15 Prozent bevorzugen ein Modell, bei dem ein fester Betrag des eingenommenen Geldes an jede Bürgerin und jeden Bürger zurückgegeben wird. Wer wenig CO₂ verursacht, hätte dadurch einen finanziellen Vorteil, während Personen mit einem hohen CO₂-Fußabdruck insgesamt stärker belastet werden. Personen aus Regionen mit verhältnismäßig schlechtem Infrastrukturanstieg (öffentlicher Verkehr, Nahversorgung) und relativ geringer Kaufkraft sprechen sich etwas häufiger für die Pro-Kopf-Rückzahlung aus (25 Prozent). 11 Prozent der Befragten sagen, dass mit den Einnahmen die Stromkosten für die Verbraucherinnen und Verbraucher gesenkt werden sollten. Eine Minderheit von 18 Prozent lehnt die CO₂-Bepreisung grundsätzlich ab.

Abbildung 25: Verwendung der Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung

Frage: Um die klimaschädlichen CO₂-Emissionen im Verkehr oder im Gebäudebereich zu verringern, wird der Staat ab 2021 Kraftstoffe und fossile Heizstoffe (zum Beispiel Heizöl, Gas) mit einem CO₂-Preis belegen.

Wenn Sie entscheiden könnten, wie diese staatlichen Einnahmen genutzt werden, welche der folgenden Möglichkeiten würden Sie wählen?



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

6.3 Engagement und Veränderungsbereitschaften für den Klimaschutz

Wahrnehmung des Engagements anderer: Zustimmung, aber auch Skepsis

Viele Menschen haben sich in den vergangenen Jahren weltweit für den Klimaschutz engagiert. Neben breiter öffentlicher Zustimmung wurden aber auch Stimmen laut, die dieses Engagement eher kritisch sehen. Die Reaktionen der Bevölkerung auf das Klimaengagement waren daher auch Bestandteil der Befragung.

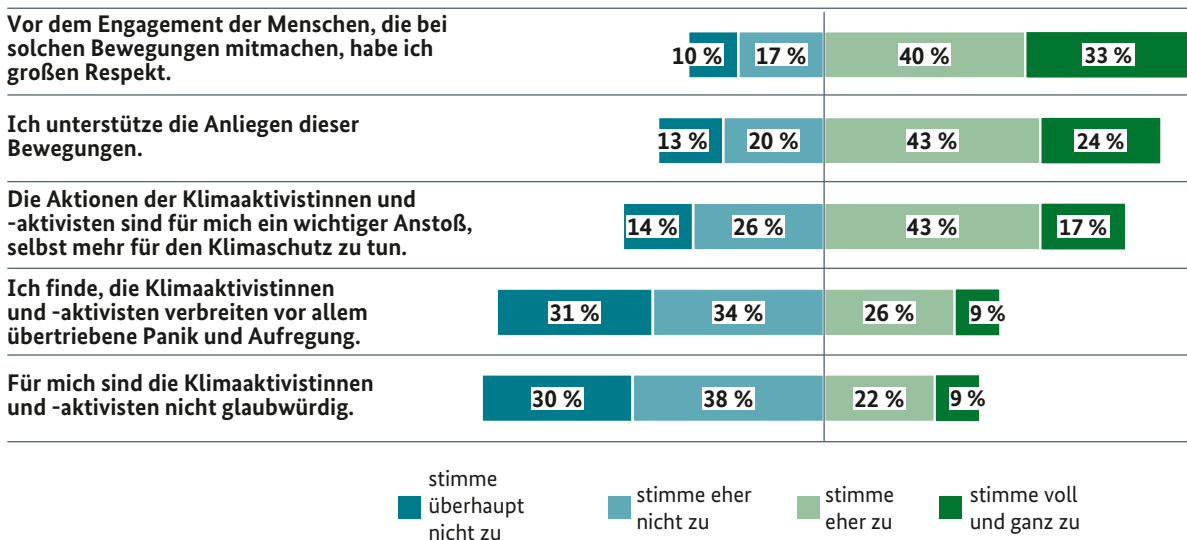
Eine deutliche Mehrheit äußert grundsätzliche Sympathie, Wertschätzung und Anerkennung für das Engagement der Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten. 73 Prozent stimmen der Aussage zu, dass sie großen Respekt vor denjenigen haben, die sich für den Klimaschutz einsetzen. 67 Prozent geben an, dass sie das Anliegen der Klimabewegung unterstützen. Für viele hatten deren Aktionen auch eine mobilisierende Wirkung. 60 Prozent der Befragten sagen, dass die Klimaproteste für sie ein wichtiger Anstoß sind, selbst mehr für den Klimaschutz zu tun. Das Engagement für den Klimaschutz findet also einen breiten Rückhalt in der

Bevölkerung. Allerdings ist die Gruppe derjenigen, die das Anliegen der Klimabewegung voll und ganz teilt, mit nur 24 Prozent deutlich kleiner.

Entsprechend gibt es auch eine starke Minderheit, die den Klimaprotesten kritisch gegenübersteht. So stimmen 35 Prozent der Befragten zu, dass Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten übertriebene Aufregung und Panik verbreiten würden. Knapp ein Drittel der Befragten meint, dass die Demonstrierenden nicht glaubwürdig seien. Skepsis oder Kritik zeigen sich damit etwas häufiger als bei den Einstellungen zum Klimaschutz (siehe hierzu Kapitel 6.1). Der harte Kern der *Ablehnenden*, der die Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten für vollkommen unglaubwürdig hält und ihnen Panikmache vorwirft, ist allerdings relativ klein (9 Prozent).

Abbildung 26: Bewertung des Engagements anderer

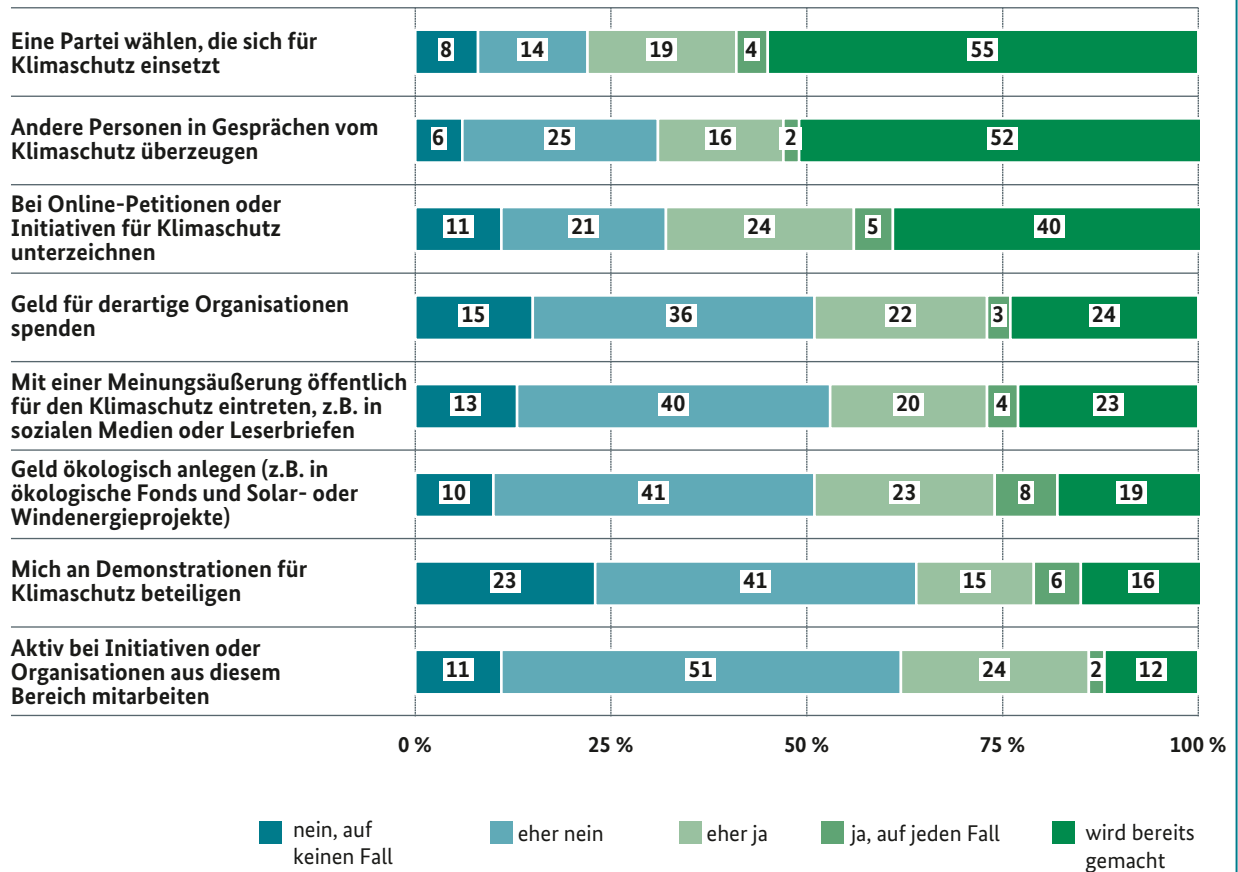
Frage: In den vergangenen Jahren sind weltweite Bewegungen für den Klimaschutz entstanden. Dazu gehört zum Beispiel Fridays for Future. Wie bewerten Sie solche Aktivitäten alles in allem?



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Abbildung 27: Formen des Engagements für den Klimaschutz

Frage: **Haben Sie Folgendes in letzter Zeit schon gemacht bzw. können Sie sich grundsätzlich vorstellen, dies zu tun?**



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, Rundungsdifferenzen

Vergleichsweise häufig wird das Anliegen der Klimabewegung von Frauen unterstützt, von unter 40-Jährigen sowie von Befragten mit (sehr) hoher Bildung. Skepsis oder Ablehnung zeigt sich dagegen in stärkerem Umfang bei Männern, Personen im mittleren Alter (40 bis 49 Jahre), Befragten mit sehr hohem ökonomischem Status sowie Befragten in ländlichen Regionen. Personen dieser Gruppen sind zudem häufiger der Ansicht, die Klimabewegung würde vor allem übertriebene Panik und Aufregung verbreiten.

Engagement für den Klimaschutz: Viele sind aktiv, aber nur wenige sind zu mehr bereit

Es gibt viele Möglichkeiten, sich für den Klimaschutz zu engagieren. Am häufigsten wird hier die Wahl von politischen Parteien genannt. 55 Prozent der Befragten geben an, dass sie in letzter Zeit eine Partei gewählt haben, die sich für den Klimaschutz einsetzt. Eine weitere Form des Engagements ist das Gespräch im eigenen sozialen Umfeld. Hier erklären 52 Prozent der Befragten, dass sie versucht haben, andere im Gespräch vom Klimaschutz zu überzeugen. Ebenfalls recht weit verbreitet ist die Unterstützung von Aufrufen im Internet oder in den sozialen Medien. 40 Prozent haben in letzter Zeit eine Online-Petition oder Initiative für den Klimaschutz unterzeichnet. Die Befragten engagieren sich aber auch öffentlich. So haben sich 23 Prozent von ihnen in letzter Zeit zum Beispiel in Blogs oder Leserbriefen zum Thema Klimaschutz geäußert. 16 Prozent

berichten, dass sie an einer Demonstration für den Klimaschutz teilgenommen haben. 12 Prozent der Befragten haben sich in einer klimapolitischen Initiative oder Organisation engagiert.

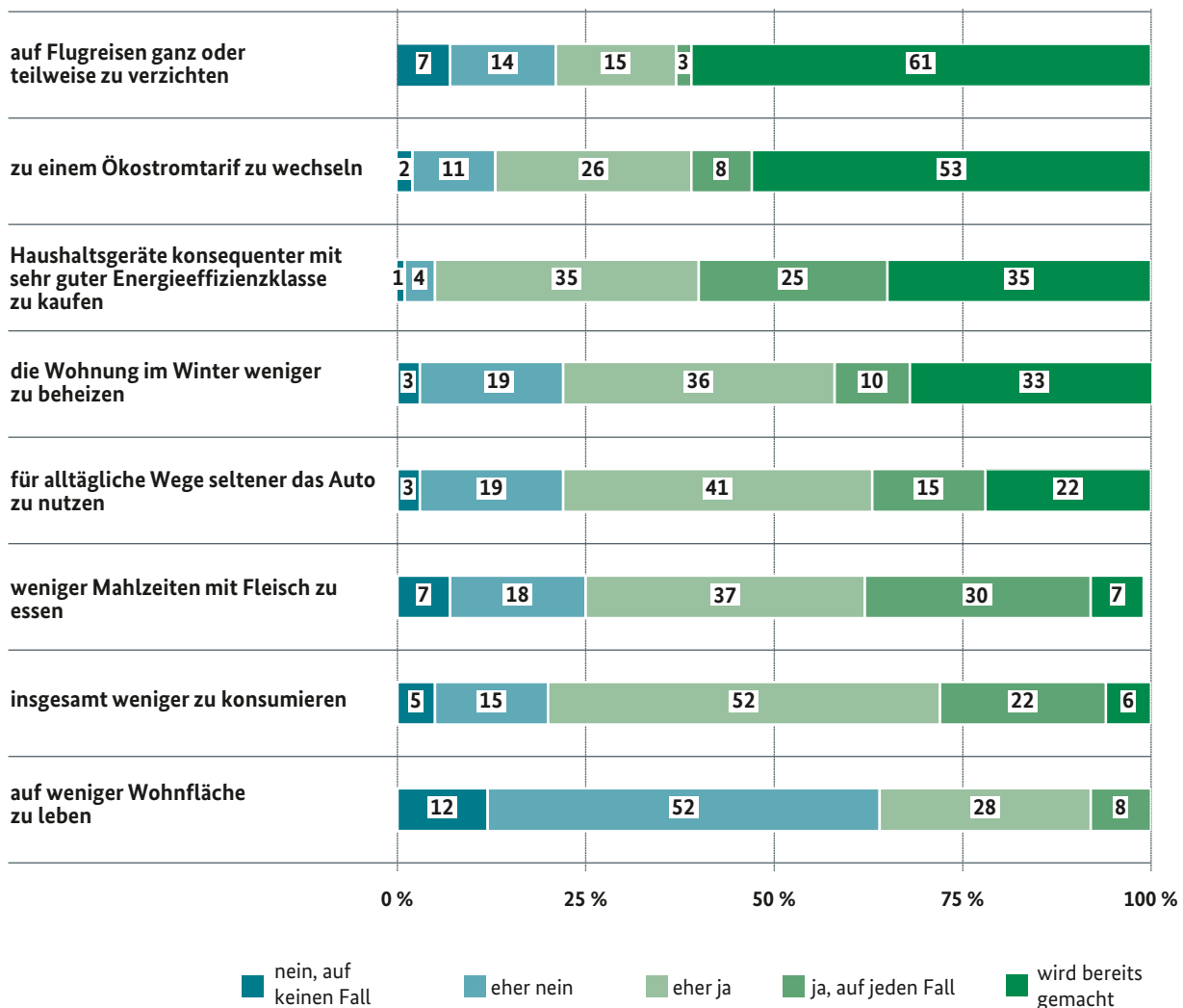
Generell ist das Engagement für den Klimaschutz bei den jüngeren Altersgruppen am stärksten ausgeprägt.

Jugendliche und junge Erwachsene beteiligen sich vergleichsweise häufig an Demonstrationen, Online-Petitionen und Meinungsäußerungen in den sozialen Medien, und arbeiten öfter in Initiativen für den Klimaschutz mit. Weibliche Befragte geben relativ häufig an, Online-Petitionen zu unterstützen, sich an Demonstrationen für den Klimaschutz zu beteiligen oder

Abbildung 28: **Bereitschaft zu Verhaltensänderungen**

Frage: **Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit seinem alltäglichen Handeln zum Klimaschutz beizutragen. Bitte geben Sie für die folgenden Handlungen an, ob Sie zu diesen bereit wären oder nicht.**

Bereitschaft, ...



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent, Rundungsdifferenzen

eine Partei zu wählen, die für den Klimaschutz eintritt. Finanzielle Unterstützung wie ökologische Geldanlagen oder Spenden für klimapolitische Organisationen und Initiativen ist insbesondere unter den 30- bis 39-Jährigen verbreitet.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass etwa jede oder jeder Sechste fünf oder mehr Formen des Engagements angibt und somit vielfältig engagiert ist. 21 Prozent erklären dagegen, dass sie in keiner der genannten Formen aktiv waren.

Zusätzlich wurde nach der Bereitschaft gefragt, sich zukünftig zu engagieren, sofern man in der entsprechenden Form noch nicht aktiv war. Als besonders attraktiv für ein künftiges Engagement werden ökologische Geldanlagen (8 Prozent), die Beteiligung an Demonstrationen (6 Prozent) sowie die Unterstützung von Onlinepetitionen (5 Prozent) angesehen. Insgesamt wird allerdings deutlich: Wurde eine bestimmte Form des Engagements bislang nicht ausgeübt, dann wird auch nur relativ selten eine klare Bereitschaft geäußert, dies künftig zu tun.

Veränderungsbereitschaften für den Klimaschutz: hohe Potenziale, aber auch Barrieren

Neben dem Engagement bietet auch das Verhalten im Alltag vielfältige Möglichkeiten, das Klima zu schützen. Wie verbreitet umwelt- und klimafreundliche Verhaltensweisen bisher in der Bevölkerung sind, wurde bereits in Kapitel 4.3 beschrieben. Doch wie sehr sind die Menschen bereit, zum Schutz des Klimas ihr Verhalten zu ändern? Die Ergebnisse zu dieser Frage sind in Abbildung 28 dargestellt. Neben den geäußerten Bereitschaften wird auch der Anteil derjenigen berichtet, die sich bereits entsprechend verhalten oder „immer“ angegeben haben, die also zum Beispiel bereits konsequent Haushaltsgeräte mit einer sehr guten Energieeffizienzklasse kaufen. Auf diese Weise erhält man ein vollständiges Bild der Veränderungspotenziale. Die Ergebnisse verdeutlichen: Die größten Potenziale liegen in den Verhaltensweisen „weniger Fleisch essen“ (30 Prozent für „ja, auf jeden Fall“), „konsequenter besonders energieeffiziente Geräte kaufen“ (25 Prozent) und „insgesamt weniger konsumieren“ (22 Prozent).

Die geäußerte Bereitschaft, mehr für den Klimaschutz zu tun, geht allerdings häufig nicht mit dem entsprechenden Verhalten einher. Die Ergebnisse legen nahe, dass dies nicht nur auf mangelndes Wissen oder fehlende Motivation zurückzuführen ist. Vielfach bildet auch ein wahrgenommener Mangel an Möglichkeiten

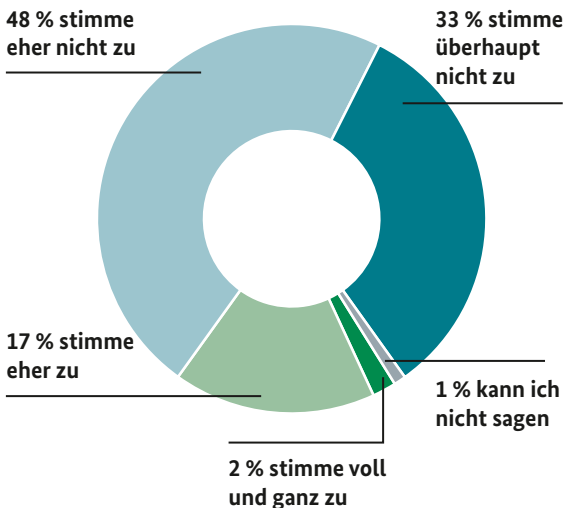
ein Hindernis für klimafreundliches Handeln. Fast jede oder jeder Zweite (44 Prozent) stimmt dieser Aussage zu. Anscheinend geht es dabei auch um fehlende finanzielle Ressourcen, denn Personen in Ausbildung (65 Prozent) und mit sehr niedrigem ökonomischem Status (56 Prozent) stimmen hier vergleichsweise oft zu. Oder man fühlt sich überfordert, klimafreundlich zu handeln. Um beispielsweise auf einen Pkw zu verzichten oder weniger Fleisch zu essen, müssen alltägliche Routinen aufgebrochen und gewohnte Verhaltensorientierungen infrage gestellt werden. Nicht alle finden ausreichend Zeit und Energie, solche Veränderungen im Alltag umzusetzen, vor allem dann nicht, wenn sie vielfältige Anforderungen zum Beispiel durch Familie und Beruf miteinander vereinbaren müssen. So stimmen 19 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass sie sich „nicht auch noch um den Klimaschutz kümmern“ können. Dabei ist hier der Anteil bei den 30- bis 39-Jährigen (30 Prozent) vergleichsweise hoch.

Insgesamt weisen die Ergebnisse darauf hin, dass alltagspraktische Anforderungen wie Zeitmangel, familiäre und berufliche Belastungen sowie fehlende finanzielle Ressourcen Gründe dafür sein können, warum die Menschen trotz ihres hohen Umweltbewusstseins nicht entsprechend handeln. Fehlende Angebote oder Infrastrukturen könnten weitere Barrieren bedeuten, also zum Beispiel eine unzureichende Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr oder ein eingeschränktes Angebot an klimafreundlichen Produkten im lokalen Einzelhandel.

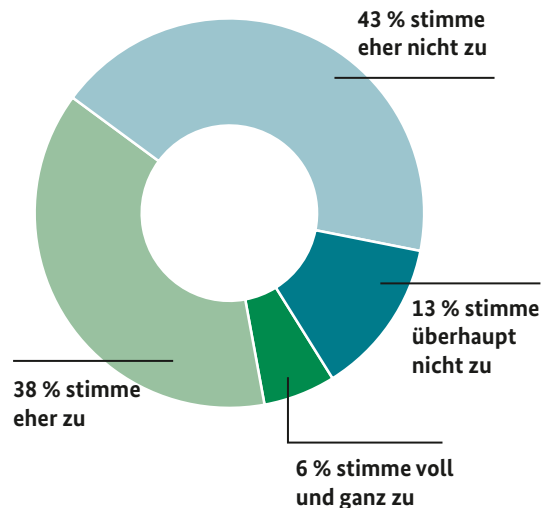
Abbildung 29: Hemmnisse für klimafreundliches Verhalten

Frage: Im Folgenden sehen Sie allgemeine Aussagen zum Thema Klimawandel. Bitte geben Sie auch hier an, inwiefern Sie jeweils zustimmen.

Ich kann mich nicht auch noch um den Klimaschutz kümmern.



Mir persönlich fehlen oft die Möglichkeiten, etwas für den Klimaschutz zu tun.



Repräsentativhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

6.4 Umweltbewusstseinstypen und Klimaschutz – ein vertiefender Blick

In Kapitel 5 wurde bereits erläutert, wie sich die sechs beschriebenen Umweltbewusstseinstypen hinsichtlich ihrer Einstellung gegenüber dem Klimawandel und Klimaschutz unterscheiden. Doch welche weiteren charakteristischen Merkmale lassen sich bezogen auf dieses Thema feststellen?

Passend zu ihrer relativ stark ausgeprägten Klimateinstellung interessieren sich insbesondere die *Aufgeschlossenen*, die *Orientierten* und die *Konsequenzen* für das Thema Klimawandel. Das gleiche Ergebnis liegt für die gefühlte Informiertheit vor. Aber auch die *Ablehnenden* fühlen sich gut informiert. Dieses Resultat stimmt mit dem bereits berichteten Ergebnis überein, dass Skepsis und Ablehnung gegenüber dem Klimaschutz oft auf der Einschätzung beruhen, gut informiert zu sein. Die *Skeptischen* und insbesondere die *Unentschlossenen* nehmen sich dagegen als weniger gut informiert wahr. Damit wird deutlich, dass vor allem bei diesen beiden Gruppen Bedarf an Aufklärungsarbeit besteht, aber auch gute Erfolgsaussichten für sol-

che Maßnahmen vorliegen. Die *Ablehnenden* wird man dagegen mit reiner Wissensvermittlung nicht erreichen.

Um das Klimabewusstsein abzubilden, floss zusätzlich zur Kenngröße „Klimateinstellungen“ auch die Frage zum Ursachenwissen mit in die Typenbildung ein (siehe hierzu Kapitel 5.2). Im Ergebnis zeigen sich deutliche Unterschiede für die Umweltbewusstseinstypen: Fast 80 Prozent der *Ablehnenden* unterschätzen den Einfluss des Menschen beim Klimawandel. Die Hälfte von diesen Personen geht sogar davon aus, dass der Klimawandel nur oder vor allem durch natürliche Prozesse erzeugt wird. Die übrigen sehen ihn zu gleichen Teilen durch natürliche Prozesse und menschliches Handeln hervorgerufen. Außerdem sind die wenigen Personen, die generell am Klimawandel zweifeln, fast alle in dieser Gruppe. Bei den *Skeptischen* ist der Anteil der Personen, die den menschlichen Faktor unterschätzen, ebenfalls relativ hoch (58 Prozent), geleugnet wird er allerdings nur von 6 Prozent. Bei allen anderen Gruppen (also auch bei den *Unentschlossenen*) wird der Einfluss des Menschen dagegen relativ selten unterschätzt.

Die drei Gruppen mit den am stärksten ausgeprägten Klimateinstellungen (die *Aufgeschlossenen*, die *Orientierten* und die *Konsequenten*) sehen beim Klimaschutz die Politik und die Bevölkerung stärker in der Verantwortung. Bei den *Aufgeschlossenen* fällt zudem auf, dass sie besonders stark die Wirtschaft in die Verantwortung nehmen. Dies könnte darauf hinweisen, dass vor allem von der Wirtschaft Angebote und Maßnahmen erwartet werden, die die Umsetzung von klimafreundlichem Verhalten erleichtern.

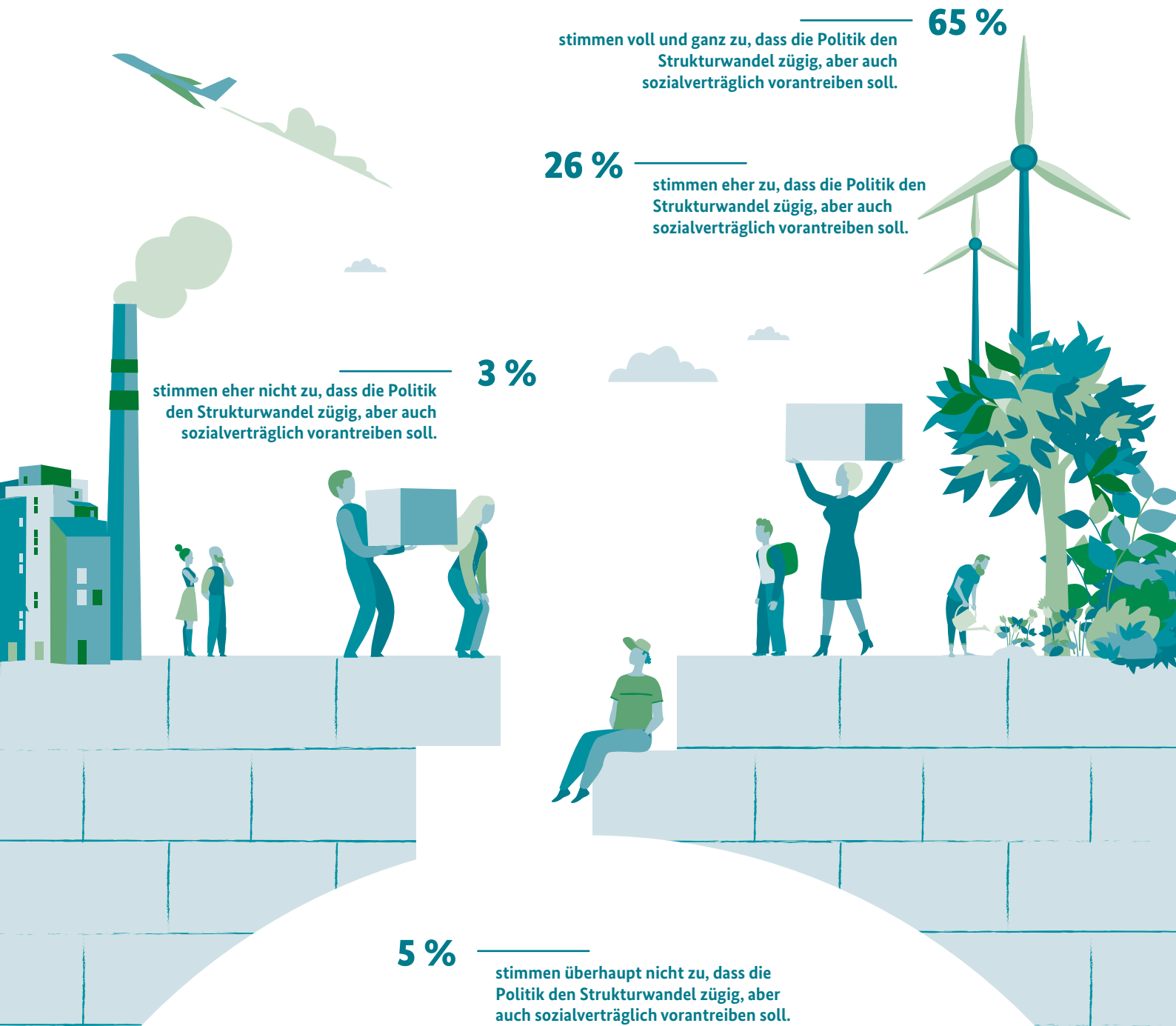
Klimapolitische Maßnahmen werden von den *Ablehnenden* generell als weniger wichtig angesehen, was vermutlich im Sinne einer mangelnden Akzeptanz gesehen werden kann. Insbesondere betrifft dies Maßnahmen, die mit Kosten oder Einschränkungen verbunden sind (Produkte verbieten, Anforderungen erhöhen, Produkte verteuern). Die *Skeptischen* stufen die Wichtigkeit bei allen Maßnahmen am zweitniedrigsten ein. Auch sie bewerten insbesondere Maßnahmen, die mit Kosten oder Einschränkungen verbunden sind, häufiger als (eher) unwichtig. Anders als bei den *Ablehnenden* schätzt aber stets eine Mehrheit diese Maßnahmen als eher oder sehr wichtig ein. Bei den übrigen vier Gruppen werden alle Maßnahmen von einer breiten Mehrheit als eher oder sehr wichtig angesehen. Dabei liegen in der Regel für die *Aufgeschlossenen* und *Konsequenten* die höchsten Werte vor.

Bei der Frage, wofür die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung verwendet werden sollen, zeigt sich, dass die *Ablehnenden* mehrheitlich gegen den CO₂-Preis sind (79 Prozent). Zudem liegt hier bei den *Skeptischen* ein vergleichsweise hoher Wert vor (31 Prozent). Die Optionen „Rückgabe an die Bürgerinnen und Bürger“ und „Reduktion der Stromkosten“ werden von den *Unentschlossenen* etwas häufiger als von den anderen genannt. Das könnte damit zusammenhängen, dass die Personen dieser Gruppe auch etwas öfter einen Mangel an Möglichkeiten für sich sehen, etwas für den Klimaschutz tun. Die Option „Förderung von Klimaschutzmaßnahmen“ erhält dagegen, wie zu erwarten war, bei den *Konsequenten* den stärksten Zuspruch.

Das eigene Klimaengagement ist analog zum Umweltverhalten insbesondere bei den *Orientierten* und den *Konsequenten* ausgeprägt. Bei manchen Formen zeigt sich aber auch bei den *Aufgeschlossenen* eine vergleichsweise hohe Beteiligung (zum Beispiel „Partei wählen“, „andere im Gespräch überzeugen“, „Meinung in sozialen Medien veröffentlichen“). Zudem sind die *Aufgeschlossenen* neben den *Konsequenten* diejenigen, die dem Engagement anderer am positivsten gegenüberstehen. Dies könnte daran liegen, dass

zu den *Aufgeschlossenen* – analog zur Klimabewegung – vergleichsweise viele junge Menschen gehören (siehe hierzu Kapitel 5.2). Die *Ablehnenden* und *Skeptischen* lehnen die Anliegen der Klimabewegung dagegen mehrheitlich ab und halten die Klimaaktivistinnen und Klimaaktivisten für nicht glaubwürdig.

Sozial-ökologische Transformation – Handlungsfelder, Anforderungen, Bereitschaften



Dieses Kapitel befasst sich mit dem zweiten Teil des Schwerpunktthemas dieser Umweltbewusstseinsstudie und beleuchtet, in welchem Maße die Menschen in Deutschland die Notwendigkeit für grundlegende Veränderungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bedürfnisfeldern sehen. Konkret geht es um folgende Fragen: Wie notwendig scheinen Veränderungen beim Umwelt- und Klimaschutz, wenn es um bessere Lebensumstände für alle geht? Wie spiegelt sich dies im Lebensstil der Bürgerinnen und Bürger wider? Welche Anforderungen stellt die Bevölkerung an die Ausgestaltung bestimmter Handlungsfelder und Veränderungen in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft, Verkehr und Mobilität? Inwieweit werden unterschiedliche Wirtschaftsstrukturmaßnahmen von der Bevölkerung unterstützt?

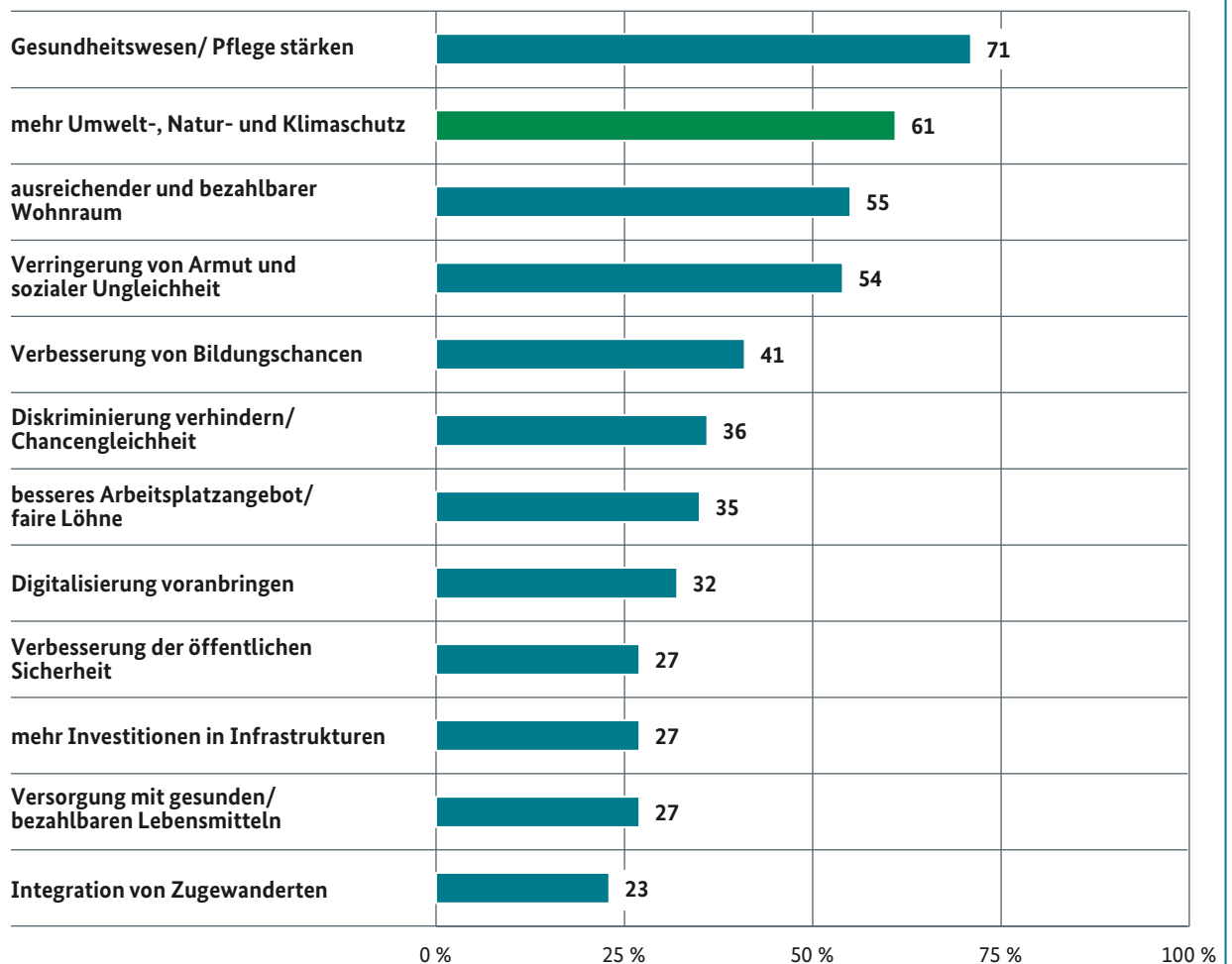
7.1 Bürgerinnen und Bürger zwischen Wunsch und Wirklichkeit?

Der Schutz von Umwelt, Natur und Klima hat eine große Bedeutung für die Lebensqualität

Zunächst geht es um die Frage, in welchen Bereichen die Menschen Veränderungen als besonders dringend ansehen. An erster Stelle werden hier Maßnahmen im Bereich Gesundheit und Pflege genannt. Diese Antwort ist sicher auch geprägt von den Notwendigkeiten und Erkenntnissen aus der Corona-Pandemie. Gleich an zweiter Stelle folgt die Forderung nach mehr Umwelt-, Natur- und Klimaschutz. Dieser Bereich wird damit

Abbildung 30: Veränderungen zur Verbesserung der Lebensqualität

Frage: In welchen Bereichen sind aus Ihrer Sicht dringend Veränderungen erforderlich, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen? Bitte wählen Sie die fünf wichtigsten aus.



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

noch vor anderen zentralen Bedürfnissen wie Wohnen, soziale Gerechtigkeit, bessere Bildungschancen, Chancengleichheit und bessere Arbeitsbedingungen angeführt und belegt dessen hohen Stellenwert. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sind also nach Ansicht der Bevölkerung dringend erforderlich, um eine gute Lebensqualität für alle zu ermöglichen.

Wenn in den genannten Bereichen Veränderungen als besonders dringend empfunden werden, kann dies darauf hindeuten, dass hier die bisherige Situation als nicht zufriedenstellend erlebt wird und es noch „Luft nach oben“ gibt. Die Bereiche können aber auch als ein besonders wichtiger Hebel für eine bessere Lebensqualität angesehen werden. Im Umkehrschluss zeigt sich, dass Aspekte von Infrastruktur und Versorgung, wie etwa Digitalisierung oder gesunde Lebensmittel, aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger in Relation zu den anderen vorgestellten Themen weniger dringlich er-

scheinen. Womöglich sind hier die Erwartungen und Wünsche nicht so hoch oder bereits in höherem Maße erfüllt. Veränderungen bei der Integration von Zugewanderten sind nur für ein knappes Viertel ein wichtiger Ansatzpunkt für ein gutes Leben aller.

Frauen sehen Veränderungen in allen häufiger genannten Bereichen vom Gesundheitswesen bis zur Chancengleichheit als noch dringlicher an als Männer. Männer sprechen sich dagegen öfter für Verbesserungen in den Bereichen Arbeitssituation, Digitalisierung, Sicherheit, Infrastruktur und Versorgung aus. Der Forderung nach mehr Umwelt-, Natur- und Klimaschutz stimmen 70 Prozent der Frauen und 52 Prozent der Männer zu, im Altersvergleich sind es mit 75 Prozent vor allem die 30- bis 39-Jährigen, unter Befragten ab 70 Jahren sind es nur 53 Prozent.

Abbildung 31: Veränderungen zur Verbesserung der Lebensqualität nach Umweltbewusstseinstypen

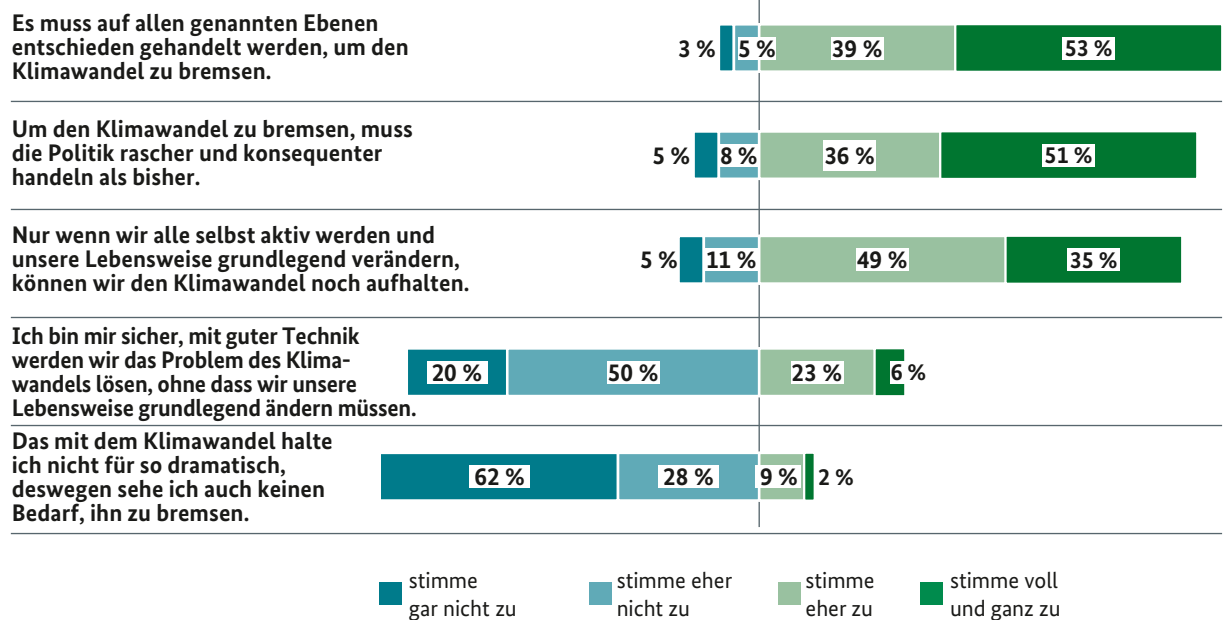
Frage: In welchen Bereichen sind aus Ihrer Sicht dringend Veränderungen erforderlich, um ein gutes Leben für alle zu ermöglichen? Bitte wählen Sie die fünf wichtigsten aus.

	Die Ablehnenden	Die Skeptischen	Die Unentschlossenen	Die Aufgeschlossenen	Die Orientierten	Die Konsequenten
Gesundheitswesen/Pflege stärken	73	82	77	67	62	63
mehr Umwelt-, Natur- und Klimaschutz	1	28	59	78	76	94
ausreichender und bezahlbarer Wohnraum	36	61	53	69	51	43
Verringerung von Armut und sozialer Ungleichheit	28	47	50	58	63	65
Verbesserung von Bildungschancen	29	32	38	47	50	43
Diskriminierung verhindern/Chancengleichheit	31	24	36	36	44	50
Versorgung mit gesunden/bezahlbaren Lebensmitteln	44	28	26	21	26	26
besseres Arbeitsplatzangebot/faire Löhne	59	52	34	26	17	32
Digitalisierung voranbringen	29	29	44	31	35	21
Verbesserung der öffentlichen Sicherheit	66	51	26	12	17	11
mehr Investitionen in Infrastrukturen	50	29	35	23	21	15
Integration von Zugewanderten	15	15	12	29	34	28

Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Abbildung 32: Mögliche Wege, den Klimawandel zu bremsen

Frage: Es folgen verschiedene Ansichten darüber, wie es gelingen kann, den Klimawandel zu bremsen. Inwieweit stimmen Sie jeweils zu?



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Sehr deutlich unterscheiden sich die Antworten, wenn man sie den sechs Umweltbewusstseinstypen zuordnet. Der Zuspruch zur Forderung nach mehr Umwelt- und Klimaschutz fällt mit nur 1 Prozent bei den *Ablehnenden* am geringsten aus, bei den *Konsequenten* beträgt er dagegen 94 Prozent. Dazwischen steigt die Zustimmung von Gruppe zu Gruppe nahezu stetig an, erreicht unten den *Aufgeschlossenen* und *Orientierten* ungefähr denselben hohen Wert, der dann nur noch von den *Konsequenten* übertroffen wird. Die Unterschiede zwischen den Gruppen verdeutlichen, wie sehr die Haltung in der Bevölkerung zwischen der fast kompletten Ablehnung und der fast vollständigen Befürwortung von mehr Umwelt- und Klimaschutz auseinanderläuft.

Interessant ist auch ein Blick auf weitere Inhalte, die den einzelnen Gruppen wichtig sind, um bessere Lebensbedingungen für alle zu erreichen. Die *Ablehnenden* heben stärker als andere Gruppen die Themen Arbeitsplätze, öffentliche Sicherheit, Infrastruktur und die Versorgung mit bezahlbaren und gesunden Lebensmitteln hervor. Die *Skeptischen* betonen vergleichsweise stärker die Bereiche Gesundheit/Pflege und Wohnraum, die *Unentschlossenen* die Digitalisierung, die *Aufgeschlossenen* den Wohnraum und die Verringerung

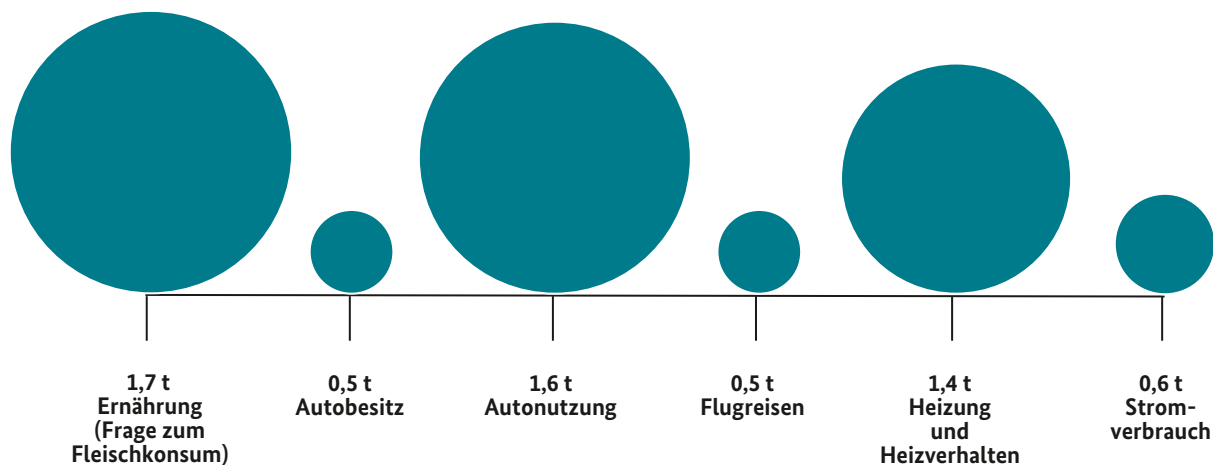
von Armut, die *Orientierten* ebenfalls die Verringerung von Armut, bessere Bildungschancen und die Integration von Zugewanderten. Die Gruppe der *Konsequenten* zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sie Forderungen nach mehr Umwelt- und Klimaschutz besonders stark unterstützt.

Doch welche Wege sehen die Menschen in Deutschland als geeignet an, um der Forderung nach mehr Umwelt- und Klimaschutz nachzukommen und den Klimawandel zu bremsen? Ist dies vordringlich eine Frage politischer Entscheidungen und Maßnahmen? Ist jede und jeder Einzelne verantwortlich? Können technische Maßnahmen alleine bereits Abhilfe schaffen? Ist es aus Sicht der Bevölkerung überhaupt notwendig, den Klimawandel einzudämmen?

Nur 11 Prozent der Befragten halten das Thema Klimawandel für so wenig besorgniserregend, dass sie in dieser Hinsicht keinerlei Handlungsbedarf sehen (siehe auch Kapitel 6). Die breite Mehrheit von knapp 90 Prozent ist anderer Meinung und bekundet dies auch sehr entschlossen (62 Prozent „stimme gar nicht zu“). Vor allem wird in dieser Frage ein rascheres und konsequenteres Handeln der Politik gefordert (87 Pro-

Abbildung 33: Anteil ausgewählter Einflussgrößen auf den CO₂-Fußabdruck

Analytische Variable, gebildet in Anlehnung an den CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes, ohne den weiteren privaten Konsum, in Tonnen (t)



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, CO₂-Fußabdruck für 2.061 Fälle ermittelbar

zent), aber auch das eigene Engagement und eine veränderte Lebensweise werden als notwendig angesehen, um den Klimawandel aufzuhalten (84 Prozent). Technische Möglichkeiten alleine können den Klimawandel nur aus Sicht einer Minderheit (29 Prozent) bremsen. Damit erweisen sich die Bürgerinnen und Bürger als verantwortungsbewusst und sehen neben einem entschlossenen politischen Handeln auch ihr eigenes Handeln als wichtige Stellschraube, um den Klimawandel zu bekämpfen. Dementsprechend stößt ein entschiedenes Handeln auf allen Ebenen auf die größte Zustimmung.

Und wie sehr spiegelt sich diese Erkenntnis im individuellen Lebensstil wider? Um diese Frage zu beantworten, wurden die befragten Bürgerinnen und Bürger gebeten, über ihr Verhalten in unterschiedlichen Bereichen des Alltagslebens zu berichten. Aus den entsprechenden Fragen hierzu wurde wiederum der individuelle CO₂-Fußabdruck abgeleitet. Gemeint ist die Menge an Treibhausgasemissionen, die eine Person im Laufe eines Jahres durch ihre Lebensführung verursacht. Berücksichtigt wurden die Bereiche Fleischkonsum, Autopesitz, Autonutzung, Flugreisen, Heizen und Stromverbrauch. Sie bestimmen zusammen mit dem privaten Konsumverhalten am stärksten, ob die Lebensweise einer Person als eher CO₂-intensiv oder eher CO₂-arm gelten kann.

Beim CO₂-Ausstoß noch auf zu großem Fuß unterwegs

Der CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes (https://uba.co2-rechner.de/de_D) weist als aktuellen Referenzwert einen durchschnittlichen Ausstoß von rund 11,2 Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Person und Jahr in Deutschland aus. Hierbei entfallen auf die Bereiche Wohnen und Strom, Mobilität und Ernährung etwa 6,5 Tonnen CO₂. Für die genannten Bereiche wurden mit den Daten der Umweltbewusstseinsstudie in einem hieran angelehnten Verfahren vergleichbare 6,3 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr als Durchschnittswert berechnet.

Wie Abbildung 33 zeigt, wird die Höhe des ermittelten Ausstoßes an CO₂-Äquivalenten deutlich durch die Faktoren Ernährung, Auto und Heizen bestimmt. Autopesitz, Flugreisen und Stromverbrauch tragen demgegenüber in erheblich geringerem Maße zum individuellen CO₂-Fußabdruck bei. Ein weiterer starker Treiber des CO₂-Ausstoßes ist der sonstige private Konsum. Er macht im CO₂-Rechner des UBA einen Anteil von 3,8 Tonnen aus und erklärt zusammen mit einem weiteren Anteil für öffentliche Emissionen (0,9 Tonnen) den Restbetrag zum Gesamtwert von 11,2 Tonnen. Da die Erfassung des privaten Konsumverhaltens sehr komplex ist, wurde in der Umweltbewusstseinsstudie darauf verzichtet. Auch mit den übrigen Bereichen erhält man bereits ein aussagekräftiges Bild vom individuellen CO₂-Ausstoß.

Die CO₂-Berechnung wurde in Anlehnung an die durch das Umweltbundesamt in 2020 veröffentlichte Dokumentation „Weiterentwicklung einer Skala zur Messung von zentralen Kenngrößen des Umweltbewusstseins“ vorgenommen, in der der CO₂-Fußabdruck für fünf aussagestarke Verhaltensweisen ermittelt wird. Es gehen folgende Bereiche ein:

- **Fleischkonsum:** Befragt zu ihrem Fleischkonsum zu den Hauptmahlzeiten anhand einer Skala von 0 bis 5 antworten 7 Prozent mit „nie“ und 3 Prozent mit „immer“. Ein knappes Viertel isst selten Fleisch zu den Hauptmahlzeiten (Wert 1), 57 Prozent liegen im Bereich des mittleren Fleischkonsums (Werte 2 und 3) und weitere 9 Prozent essen sehr häufig Fleisch (Wert 4).
- **Autobesitz und -nutzung:** Die große Mehrheit der Befragten lebt in Haushalten, die über mindestens einen Pkw verfügen, der auch privat genutzt werden kann (88 Prozent). Die Hälfte von ihnen besitzt einen Pkw und ein weiteres Drittel zwei Pkw, drei oder mehr Pkw sind es in 7 Prozent der Haushalte. Im Schnitt werden mit dem Auto gut 14 Tausend Kilometer pro Jahr gefahren. Dies kann eigenständig oder über Mitfahrten mit einem oder mehreren Autos erfolgen. Die Fahrleistung liegt damit etwa im Durchschnitt der üblicherweise berichteten Jahreswerte.
- **Flugreisen:** Im Hinblick auf das Reiseverhalten der Bevölkerung wurde bewusst das Referenzjahr 2019 als letztes reguläres Reisejahr vor Ausbruch der Corona-Pandemie gewählt. Für das Jahr 2019 berichten drei von zehn Befragten über mindestens eine private Flugreise, hierunter durchschnittlich 0,8 Kurzstreckenreisen, 0,7 Mittelstreckenreisen und 0,7 Reisen in der Langstrecke, wobei der Hin- und Rückflug jeweils als eine Reise gezählt wurde. Hochgerechnet auf die bundesdeutsche Bevölkerung entspräche dies einem Reiseaufkommen von gut 50 Millionen privaten Flugreisen. Allerdings muss davon ausgegangen werden, dass die Befragten ihr Flugreiseverhalten rückblickend eher unterschätzen.
- **Heizen:** In die Bilanz für den Bereich Heizen ging die Wohnfläche zusammen mit dem Energiebedarf des Wohnsitzes ein. Die Befragten bewohnen mit ihren jeweiligen Haushalten im Schnitt eine Fläche von etwa 100 Quadratmetern. Bei einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,4 Personen entspricht dies einer Wohnfläche von 42 Quadratmetern pro Person und liegt somit geringfügig unter dem Schnitt von 47 Quadratmetern, den das Statistische Bundesamt für 2019 ausweist. Gut 60 Prozent schätzen den Energie-

bedarf für das Heizen ihrer Wohnung durchschnittlich oder eher hoch ein. Dem stehen knapp 40 Prozent gegenüber, die den Energiebedarf als eher oder sehr niedrig betrachten. Auch diese Ergebnisse entsprechen der Erwartung und sind mit denen anderer Studien zu den Themen Wohnen und Energie vergleichbar.

- **Stromverbrauch:** Die monatliche Abschlagszahlung als Anzeichen für den Stromverbrauch wird im Schnitt mit 101 Euro beziffert. 53 Prozent der Befragten geben an, dass ihr Haushalt Ökostrom bezieht. Allerdings ist davon auszugehen, dass die tatsächlichen Stromkosten im Bundesschnitt etwas geringer ausfallen dürften. Das Statistische Bundesamt ermittelt für 2020 Stromkosten in Höhe von durchschnittlich 62 Euro für die privaten Haushalte.

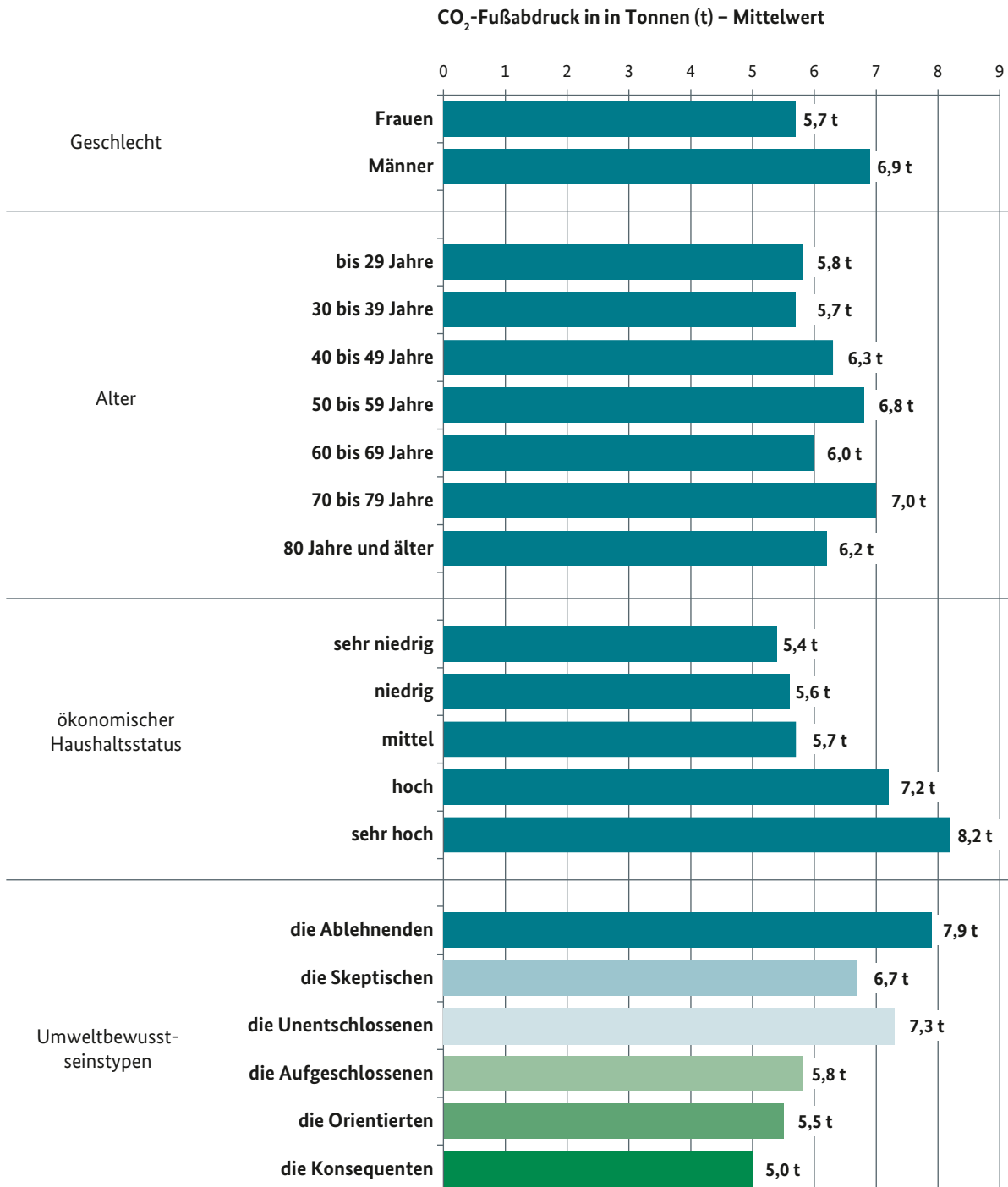
Beim Blick auf soziodemografische Merkmale wird deutlich, dass die befragten Männer einen höheren CO₂-Ausstoß aufweisen als die befragten Frauen. Außerdem wird der CO₂-Fußabdruck mit dem Lebensalter größer und erreicht Höchstwerte bei den 50- bis 59-Jährigen sowie den 70- bis 79-Jährigen. Auch der ökonomische Haushaltsstatus wirkt sich maßgeblich auf den CO₂-Ausstoß aus. Hier bestätigt sich, dass insbesondere die statushöheren Gruppen zum CO₂-Ausstoß beitragen. Der geschätzte CO₂-Fußabdruck reicht von 5,4 Tonnen in der sehr niedrigen Statusgruppe bis zu 8,2 Tonnen in der sehr hohen Statusgruppe.

Ordnet man die Ergebnisse nach den sechs Umweltbewusstseinstypen, so erweisen sich die *Ablehnenden* und die *Unentschlossenen* als die beiden Gruppen mit dem größten CO₂-Fußabdruck. In den anderen Gruppen fällt er kleiner aus und erreicht unter den *Konsequenten* den niedrigsten Wert.

Der CO₂-Ausstoß unterscheidet sich demnach deutlich zwischen den betrachteten Bevölkerungsgruppen. Zudem ist es offenbar auch für hochmotivierte Gruppen wie etwa die *Konsequenten* schwer, ihren CO₂-Ausstoß im Hinblick auf Ernährung, Mobilität und Wohnen noch stärker abzusenken. Ersteres ist ein Hinweis auf die Spielräume, die Individuen innerhalb gegebener gesellschaftlicher Rahmenbedingungen haben. Das Zweite verweist auf die mit diesen Rahmenbedingungen verbundenen Grenzen für individuelle Bemühungen. Werden die Rahmenbedingungen im Sinne des Klimaschutzes politisch weiterentwickelt, eröffnen sich im Wechselspiel auch wiederum für Individuen neue Handlungsmöglichkeiten. Diese Erweiterung von Handlungsspielräumen können Menschen auch jenseits eigener CO₂-Sparmaßnahmen voranbringen.

Abbildung 34: CO₂-Fußabdruck nach Soziodemografie und Umweltbewusstseinstypen

Analytische Variable, gebildet in Anlehnung an den CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes, ohne den weiteren privaten Konsum, in Tonnen (t)



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, CO₂-Fußabdruck für 2.061 Fälle ermittelbar

Freiwillige Kompensationszahlungen bieten zum Beispiel die Möglichkeit, Klimaschutzprojekte zu unterstützen und CO₂-Einsparungen „bei anderen“ zu initiieren. Gleiches gilt für nachhaltige und klimafreundliche Geldanlagen. Zudem kann jeder und jede durch Engagement und Überzeugungsarbeit im persönlichen, beruflichen und öffentlichen Umfeld zur CO₂-Reduktion beitragen.

7.2 Akzeptanz und Handlungsbereitschaften für die Transformation

Wenn es also darum geht, den CO₂-Ausstoß insgesamt zu verringern, stellt sich die Frage, inwiefern die Bevölkerung bereit ist, bestimmte Maßnahmen und Regelungen zu unterstützen. Dazu werden ausgewählte Themen in den Bereichen Ernährung, Landwirtschaft, Verkehr und Mobilität betrachtet, bei denen es sich um zentrale Handlungsfelder für die Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation handelt. Sie betreffen die Bevölkerung direkt in ihrem Alltag, sodass sie sich zu deren Auswirkungen äußern können. Aus den Antworten soll abgeleitet werden, wie der Weg in diesen Handlungsfeldern in Richtung Transformation gestaltet und gemeinsam bewältigt werden kann. Konkret geht es um folgende Fragen: Für welche Ziele wird derzeit aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger noch nicht genug getan? Wo wird bereits genug getan? Welche Zustimmung erfahren ausgewählte Maßnahmen der Transformation?

Viel Zustimmung, insbesondere zu Maßnahmen, die das tägliche Leben betreffen

Für den Bereich Ernährung und Landwirtschaft wurden 13 mögliche Handlungsfelder mit Blick auf den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und andere relevante Zielsetzungen formuliert. Hierzu wurde jeweils erfragt, ob aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger für die verschiedenen Ziele derzeit genug oder nicht genug getan werde. Mehrheitliche Antworten in Richtung „nicht genug getan“ können in Richtung eines Veränderungsbedarfs interpretiert werden. So bekunden beispielsweise 93 Prozent, dass nicht genug für weniger Verpackungsmüll getan wird. Weitere 89 Prozent sagen, dass nicht ausreichend dafür gesorgt wird, weniger Lebensmittel wegzuworfen. Dabei werden die Lebensmittelpreise überwiegend als nicht zu hoch empfunden. 68 Prozent meinen, dass derzeit genug für die Sicherung niedriger Lebensmittelpreise getan wird. Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass es einen gewissen Spielraum für politische Instrumente gibt, die höhere Preise

mit sich bringen. Knapp 70 Prozent der Befragten sehen die Bemühungen um ein besseres Angebot an vegetarischen und veganen Produkten und Speisen als ausreichend an. Demnach wird Handlungsbedarf vor allem in den Handlungsfeldern „Vermeidung von Verpackungsmüll“ und „Lebensmittelverschwendung“ gesehen, wohingegen die Bereiche „günstigere Preise“ und „besseres Angebot an vegetarischen/veganen Produkten“ nur wenig veränderungsbedürftig erscheinen.

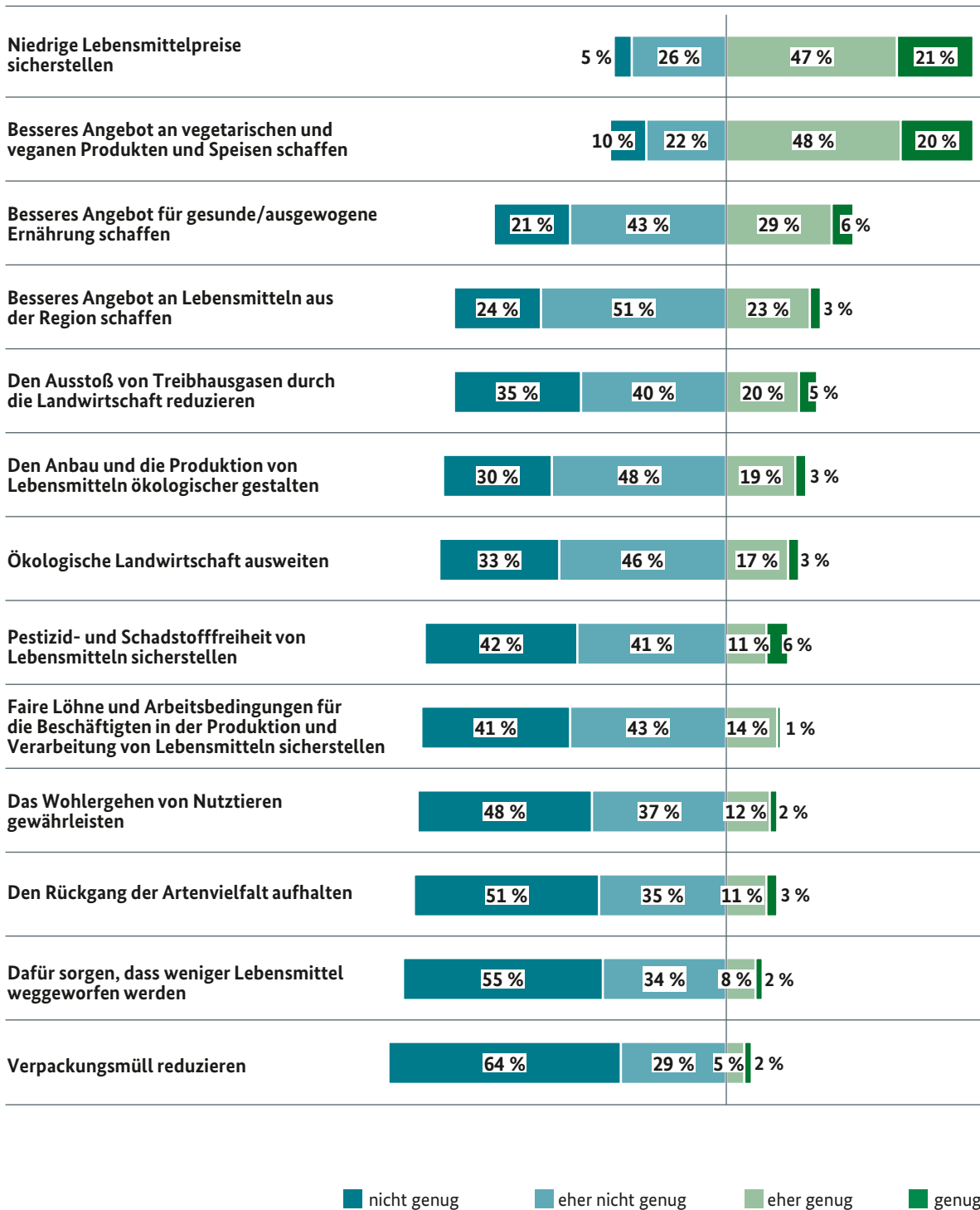
Um die 85 Prozent der Befragten sehen einen Handlungsbedarf bei Artenschutz und Tierwohl. Zudem sprechen sich etwa 80 Prozent für weniger Pestizide und Schadstoffe aus sowie für faire Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Dass sich die Bedarfe nach Lohngerechtigkeit und niedrigen Lebensmittelpreisen inhaltlich teilweise ausschließen, lässt sich auch mit den hierzu abgegebenen Antworten belegen: Wer für Lohngerechtigkeit ist, stimmt in der Regel nicht für niedrige Verbraucherpreise. Den eher allgemein formulierten Handlungsbedarfen für mehr ökologische Landwirtschaft oder eine ökologischere Produktion von Lebensmitteln wird ebenfalls überwiegend zugestimmt (knapp 80 Prozent), allerdings sinken die Anteile für die stärkste Zustimmungskategorie. Bei den Themen „verbesserte Angebote für regionale Lebensmittel“ und „gesunde Ernährung“ fallen die geäußerten Handlungsbedarfe noch geringer aus.

Insgesamt wird aber aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger in fast allen genannten Bereichen nicht genug getan. Betrachtet man ausschließlich die Anteile für „nicht genug getan“ als stärkste Zustimmungswerte, zeichnet sich eine deutliche Rangfolge der Handlungsfelder ab, wie Abbildung 35 zeigt.

Im nächsten Schritt wurden die Befragten um ihre Einschätzung gebeten, inwiefern sie der Umsetzung verschiedener Maßnahmen für eine sozial-ökologische Transformation zustimmen. Insgesamt scheinen diese Maßnahmen eine starke Unterstützung zu finden. Eine Reihe der vorgestellten Maßnahmen wird von mehr als der Hälfte voll und ganz befürwortet, hinzukommen weitere Anteile für „eher ja“. Die Ergebnisse bestätigen einige der bereits beschriebenen Forderungen. So stimmen neun von zehn Befragten einer Verschärfung der ökologischen Anforderungen an Lebensmittelverpackungen zu. Es zeigen sich aber auch Unterschiede: Trotz einer hohen Dringlichkeit, Lebensmittelabfälle zu vermeiden, werden staatliche Vorgaben zwar von 84 Prozent der Befragten gewünscht, aber nur von 38 Prozent „auf jeden Fall“.

Abbildung 35: Handlungsbedarfe bei Landwirtschaft und Ernährung

Frage: Uns interessiert Ihre Meinung: Es geht es um die Lebensmittelversorgung und -herstellung. Finden Sie, dass in diesem Bereich in Hinblick auf folgende Ziele derzeit genug oder nicht genug getan wird?



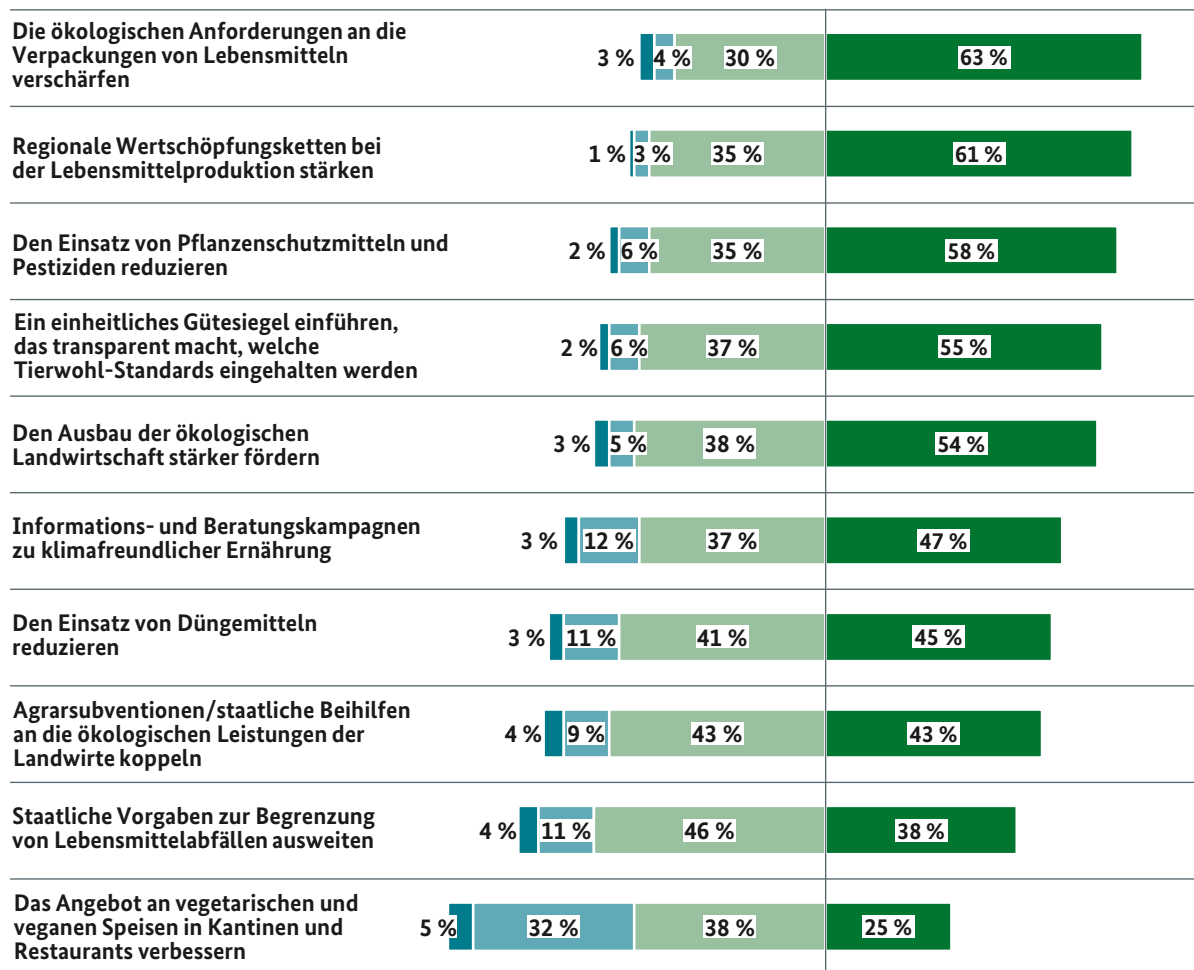
Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Weitere Maßnahmen wie die Stärkung der regionalen Wertschöpfungsketten, der verringerte Einsatz von Pestiziden, die Einführung eines Tierwohl-Siegels und die stärkere Förderung der ökologischen Landwirtschaft werden von der Bevölkerung unterstützt. All diesen Maßnahmen stimmen insgesamt jeweils etwa 90 Prozent der Befragten zu. Informationskampagnen zu klimafreundlicher Ernährung zum Beispiel in Schulen und Kantinen werden ebenfalls von gut 80 Prozent

befürwortet. Etwa 63 Prozent sprechen sich für ein besseres Angebot an vegetarischen und veganen Speisen in Kantinen und Restaurants aus. Insgesamt wird deutlich, dass die Bevölkerung für umfassende politische Maßnahmen erreichbar ist und diesen nicht entgegensteht.

Abbildung 36: Akzeptanz von Maßnahmen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung

Frage: **Kommen wir nun zu möglichen Maßnahmen im Bereich Lebensmittelversorgung und -herstellung. Sind Sie der Ansicht, dass die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden sollten oder nicht?**



■ nein, auf keinen Fall ■ eher nein ■ eher ja ■ ja, auf jeden Fall

Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Bei Mobilität und Verkehr geringerer Handlungsbedarf als bei Ernährung und Landwirtschaft

Auch für den Bereich Mobilität und Verkehr wurde gefragt, inwiefern in Hinblick auf verschiedene Handlungsfelder genügend getan werde und wie stark die Unterstützung von Maßnahmen für eine sozial-ökologische Transformation ist. Insgesamt sehen die Befragten in diesem Bereich keinen ganz so großen Handlungsbedarf wie bei Ernährung und Landwirtschaft.

80 Prozent der Befragten bekunden, dass nicht genug dafür getan wird, dass die Alltagswege praktikabel und bequem ohne Auto zurückgelegt werden können. Ebenso viele sprechen sich dafür aus, die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen stärker zu reduzieren. Auch eine kostengünstige Gestaltung der Alltagswege fordern 81 Prozent. Des Weiteren wird für 75 Prozent der Befragten nicht genug für die Verringerung von Luftschadstoffen wie Stickoxiden und Feinstaub getan.

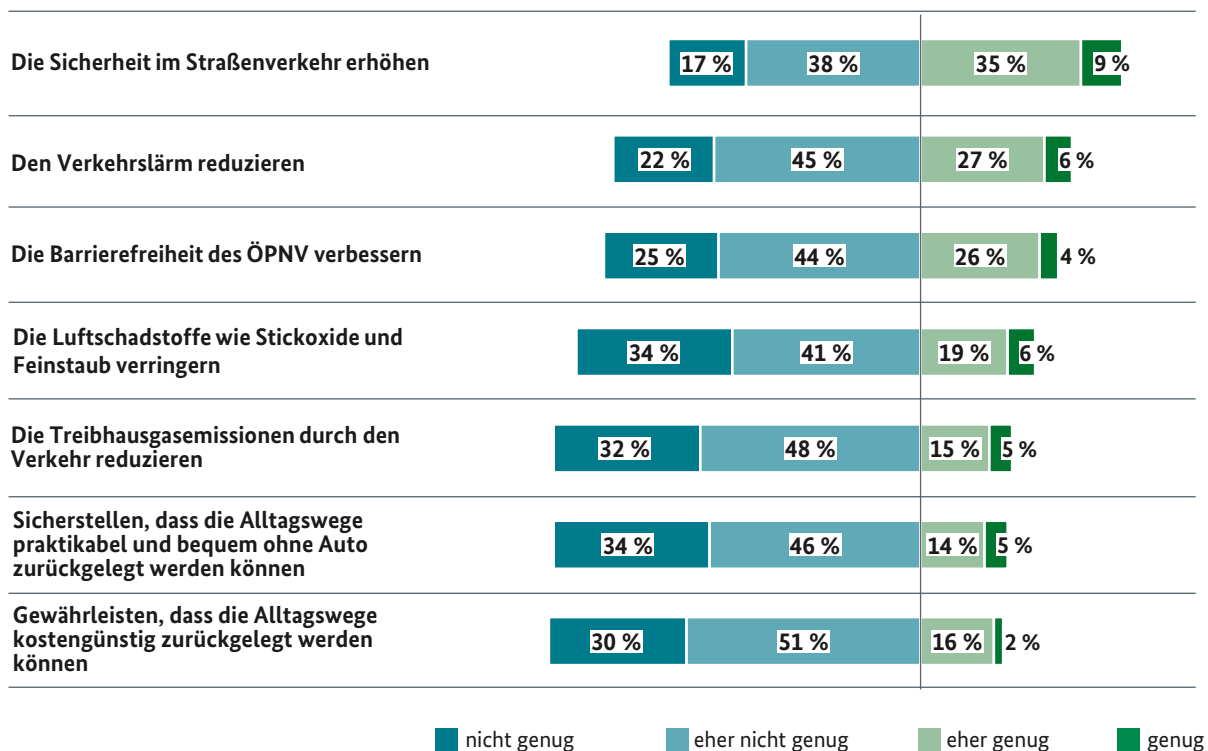
Bei anderen Themen wird der Handlungsdruck nicht ganz so groß eingeschätzt, etwa wenn es um eine verbesserte Barrierefreiheit im ÖPNV (69 Prozent), weniger Verkehrslärm (67 Prozent) und eine höhere Sicherheit im Straßenverkehr (55 Prozent) geht. Deutlich sinkt bei diesen Themen auch der Anteil derer, die diese Aspekte uneingeschränkt fordern. Abschließend kann festgehalten werden, dass die Mehrheit der Befragten bei allen Punkten trotz der Einschränkungen Handlungsbedarf sieht.

ÖPNV und Rad stärken, Autoverkehr eindämmen

Bei den umzusetzenden Maßnahmen im Verkehr wird an erster Stelle das Thema Kosten genannt: Für 93 Prozent der Befragten soll der ÖPNV günstiger werden. 89 Prozent fordern, den ÖPNV zu stärken, indem das Verkehrsnetz erweitert und die Taktfrequenz erhöht werden. Außerdem geht es um das Verhältnis der Verkehrsmittel zueinander, insbesondere um die Stärkung

Abbildung 37: Handlungsbedarfe im Bereich Mobilität

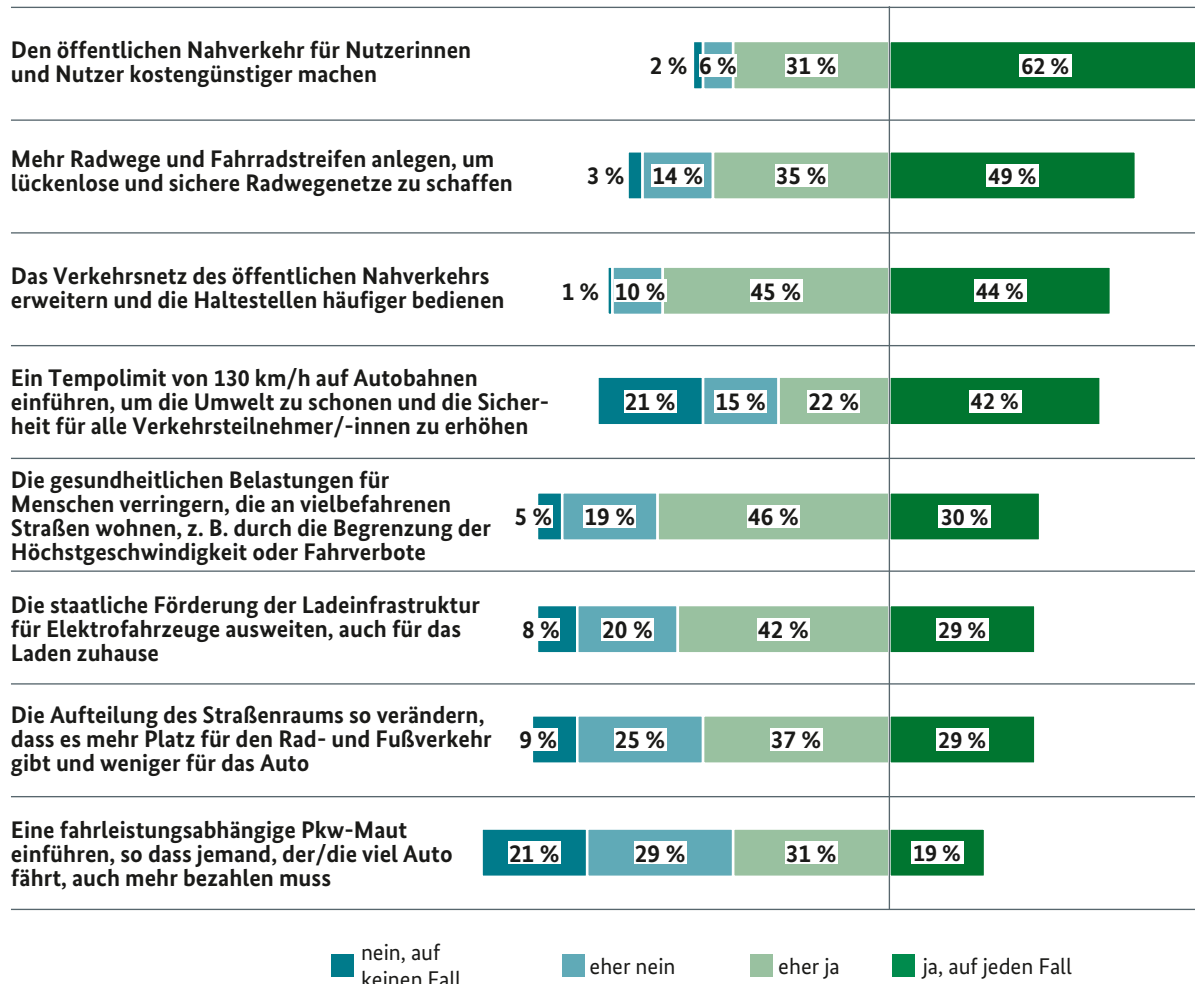
Frage: Finden Sie, dass hier in Hinblick auf die folgenden Ziele derzeit genug oder nicht genug getan wird?



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

Abbildung 38: Akzeptanz von Maßnahmen im Bereich Mobilität

Frage: Und sind Sie der Ansicht, dass im Bereich Mobilität die folgenden Maßnahmen umgesetzt werden sollen oder nicht?



Repräsentativerhebung bei 2.115 Befragten, Bevölkerung ab 14 Jahren, Angaben in Prozent

des Radverkehrs durch ein erweitertes Radwegenetz. Zudem soll der Straßenraum stärker zugunsten von Fahrrad- und Fußwegen aufgeteilt werden. Während sich 84 Prozent der Befragten für mehr Radwege und Fahrradstreifen aussprechen, fällt die Zustimmung zur veränderten Aufteilung des bisher vorwiegend dem Auto zugedachten Straßenraums mit 66 Prozent geringer aus.

Einem Tempolimit von 130 Kilometern/Stunde auf Autobahnen stimmen 64 Prozent zu, darunter 42 Prozent „auf jeden Fall“. Tempolimits oder Fahrverbote in Wohngebieten befürworten insgesamt 76 Prozent, darunter allerdings nur 30 Prozent „auf jeden Fall“. Für die Einführung einer fahrleistungsabhängigen Pkw-Maut

spricht sich nur jede oder jeder Zweite aus, ein ebenso großer Teil lehnt diese ab. Eine starke Zustimmung erfährt die staatliche Förderung der Ladeinfrastruktur für Elektroautos. Diese wird von immerhin 71 Prozent befürwortet – und dies, obwohl derzeit der Anteil der Elektroautos am Pkw-Bestand in Deutschland nur knapp über 1 Prozent liegt.

Die Ergebnisse legen nahe, dass einer Verkehrswende mit einer gewissen Zurückhaltung begegnet wird, insbesondere, wenn der Autoverkehr betroffen ist. Vor diesem Hintergrund ist die Zustimmung zum Tempolimit von 130 Kilometern/Stunde auf Autobahnen umso höher zu bewerten. Sie wird zudem von Frauen deutlich stärker akzeptiert als von Männern.

7.3 Wirtschaftlicher Strukturwandel und soziale Aspekte

An die eben dargestellte Betrachtung schließt sich die Frage an, wie die Bürgerinnen und Bürger zu ausgewählten Positionen des wirtschaftlichen Strukturwandels stehen, den eine sozial-ökologische Transformation erforderlich machen würde. Dafür wurde im November 2020 eine telefonische Repräsentativbefragung der Bevölkerung ab 16 Jahren durchgeführt.

Die Antworten der Befragten zeigen, dass ein wirtschaftlicher Strukturwandel eine sehr hohe Zustimmung innerhalb der Bevölkerung erfährt. 87 Prozent der Befragten sagen, dass der Strukturwandel zügig, aber auch sozialverträglich erfolgen sollte. Außerdem sehen 92 Prozent der Befragten durch den Umstieg auf umwelt- und klimafreundliche Produkte und Produktionsverfahren große Beschäftigungschancen, die genutzt werden sollten.

Ein breiter Konsens besteht auch bei weiteren Aspekten, die bei der Umsetzung des ökologischen Strukturwandels berücksichtigt werden sollten. 93 Prozent der Befragten meinen, dass bei der Planung von Veränderungen alle Betroffenen beteiligt werden sollen. Förderprogramme zur Unterstützung der Unternehmen beim Umstieg auf klimafreundliche Produktionsverfahren und Produkte werden ebenfalls von 93 Prozent der Befragten befürwortet. Gleichzeitig sollen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger umwelt- oder klimaschädliche Produkte oder Verfahren nicht länger subventioniert werden (83 Prozent).

Außerdem sollen die Arbeitskräfte stärker durch Qualifizierungsmaßnahmen auf zukunftssträchtige Tätigkeiten vorbereitet werden: 88 Prozenten der Befragten sprechen sich dafür aus. Auch finanzielle Unterstützungen für stark betroffene Regionen beim Umstieg auf nachhaltige Produktionsweisen werden sehr stark befürwortet. Dies deckt sich mit der hohen Zustimmung zu einer sozialverträglichen Gestaltung des Strukturwandels.

Wie wichtig den Befragten die sozialverträgliche Gestaltung des Strukturwandels ist, zeigt sich auch bei der Aussage, dass vom Strukturwandel betroffene Arbeitsplätze möglichst lange erhalten werden sollten, wenn es für diese keine passenden Alternativen gibt. Dem stimmen 64 Prozent der Befragten zu. Allerdings lehnt auch ein Drittel diese Aussage ab. Ein deutlicher geteiltes Meinungsbild ergibt sich bei der Frage, ob der Erhalt von Arbeitsplätzen wichtiger ist als der Klimaschutz: 46 Prozent der Befragten stimmen dem zu und 51 Prozent lehnen dies ab.

Einen wirtschaftlichen Strukturwandel zugunsten des Klimaschutzes lehnt nur eine Minderheit von 22 Prozent grundsätzlich ab. Zu dieser Gruppe gehören etwas häufiger Personen ab 55 Jahren, mit eher niedrigem ökonomischem Status und niedriger formaler Bildung sowie eher Personen aus dem ländlichen Raum. Insgesamt werden die untersuchten Maßnahmen etwas stärker von Frauen unterstützt als von Männern. Mit Blick auf die Altersgruppen zeigt sich, dass insbesondere die mittleren Altersgruppen zwischen 35 und 55 Jahren weniger der Ansicht sind, dass der Strukturwandel zügig und sozialverträglich stattfinden sollte und dass dabei alle Betroffenen beteiligt werden sollten. Sie sprechen sich auch weniger für umfassende Qualifizierungsmaßnahmen aus als die Jüngeren und die Älteren. Gleichzeitig sind die mittleren Altersgruppen etwas häufiger der Meinung, dass der Erhalt der Arbeitsplätze wichtiger sei als der Klimaschutz. Vermutlich wären diese Altersgruppen auch am stärksten von den Folgen eines Strukturwandels betroffen.

Breite Zustimmung zu Maßnahmen zur sozialverträglichen Gestaltung des Klimaschutzes

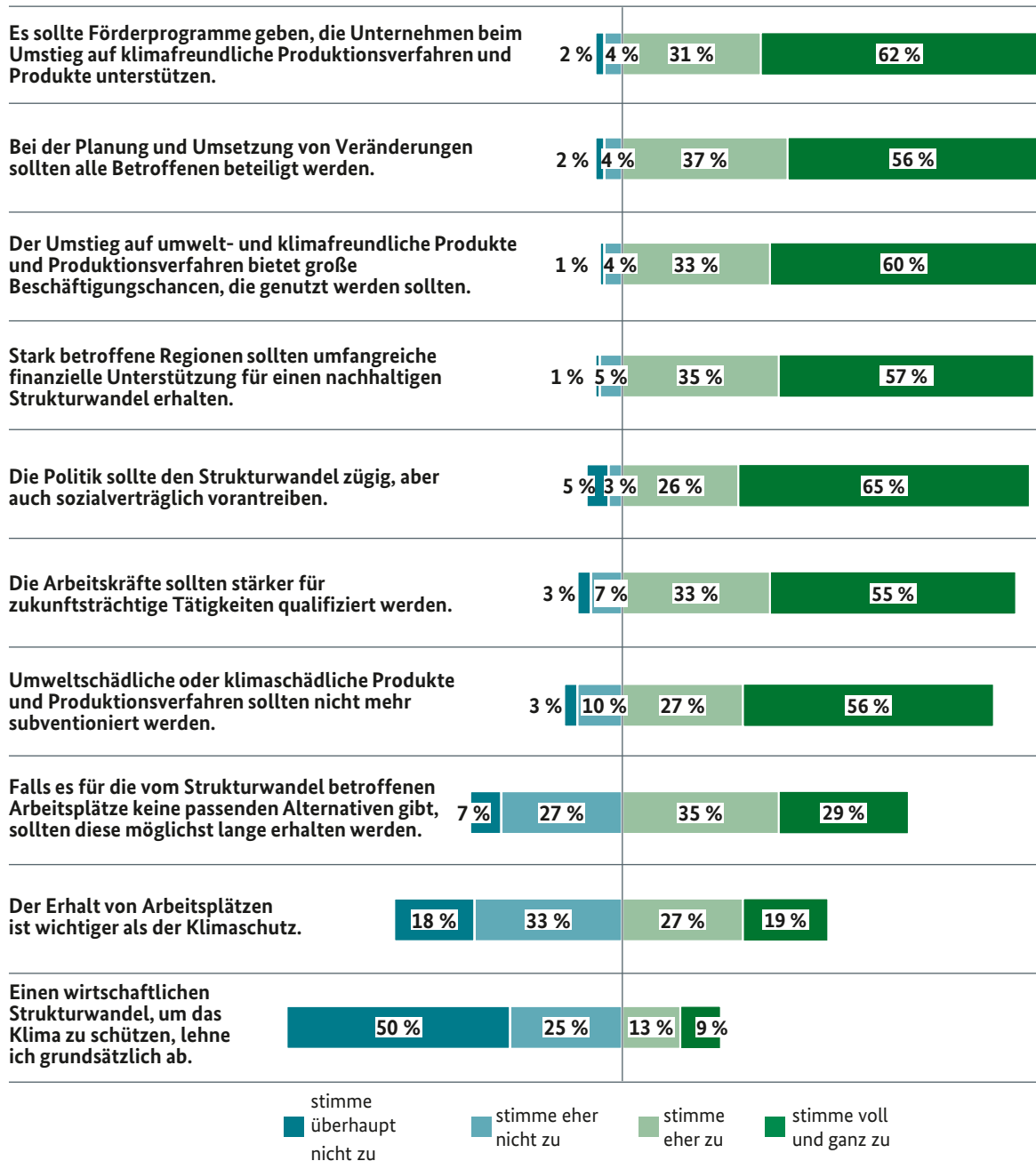
Die sozial-ökologische Transformation kann mit finanziellen Belastungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen verbunden sein. Daher wurde gefragt, wie

verschiedene Maßnahmen zur sozialverträglichen Gestaltung des Klimaschutzes zu bewerten sind. Im Mittelpunkt stand dabei das Wohnen.

Besonders wichtig ist den Befragten, dass Warmmieten nach einer energetischen Sanierung nicht höher

Abbildung 39: Wirtschaftlicher Strukturwandel und Beschäftigung

Frage: Der Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft erfordert einen Umstieg auf umwelt- und klimafreundliche Produkte und Produktionsverfahren (zum Beispiel neue Antriebstechnologien oder Ausstieg aus der Kohleverstromung). Wie bewerten Sie die folgenden Aussagen hinsichtlich dieses Strukturwandels?



Repräsentativerhebung bei 1.044 Befragten, Bevölkerung ab 16 Jahren, telefonische Befragung, Angaben in Prozent, an 100 % Fehlende: „weiß nicht, keine Angabe“

ausfallen als zuvor. Insgesamt 89 Prozent stimmen zu, dass hierfür gesetzliche Regelungen getroffen werden müssen.

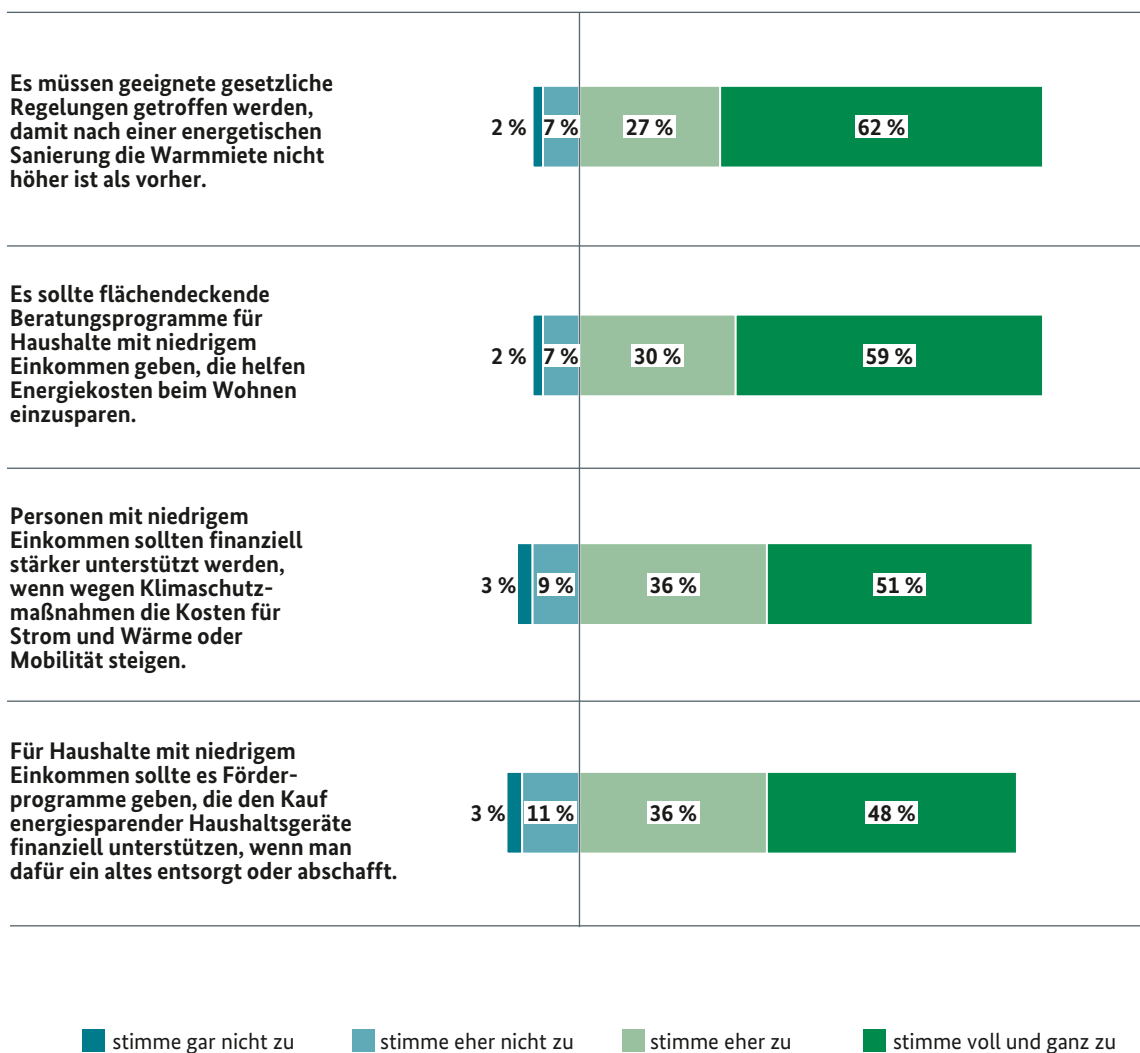
Auch drei weitere Maßnahmen, mit denen Haushalte mit niedrigem Einkommen vor übermäßigen finanziellen Belastungen geschützt werden sollen, finden breite Zustimmung. Konkret geht es um Beratungsangebote zur Einsparung von Energiekosten beim Wohnen (89 Prozent), finanzielle Unterstützung bei steigenden Kosten für Strom, Wärme oder Mobilität (87 Prozent) und Förderung der Neuanschaffung

energiesparender Haushaltsgeräte (84 Prozent). Beim Blick auf die Einkommensgruppen zeigt sich, dass hier vor allem Personen mit niedrigem Einkommen zustimmen (95 Prozent). Aber auch in den finanziell besser gestellten Haushalten fällt die Zustimmung mit 73 bis 89 Prozent noch hoch aus.

Demnach kann die Politik bei Angeboten und Maßnahmen zur sozialverträglichen Gestaltung des Klimaschutzes mit einer breiten Unterstützung in der Bevölkerung rechnen.

Abbildung 40: Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz

Frage: Der Wandel hin zu einer klimaverträglichen Lebensweise kann verschiedene Bevölkerungsgruppen unterschiedlich stark betreffen. Wie bewerten Sie die folgenden Vorgehensweisen?



Repräsentativerhebung bei 1.044 Befragten, Bevölkerung ab 16 Jahren, telefonische Befragung, Angaben in Prozent, an 100 % Fehlende: „weiß nicht, keine Angabe“

8.

Bewusstsein, Verhalten, Transformation – übergreifende Zusammenhänge und Ausblick



Umwelt- und Klimaschutz ist auch in der aktuellen Welle der Umweltbewusstseinsstudie trotz Corona aus Sicht der Bevölkerung ein Top-Thema geblieben und hat gegenüber 2018 den ersten Rang der wichtigsten Themen lediglich aufgrund der aktuellen pandemiebedingten Notwendigkeiten an die Themen Bildungs- und Gesundheitswesen abgegeben. Im persönlichen Erleben vieler Bürgerinnen und Bürger sind umwelt- und klimabezogene Themen während Corona mindestens genau so dringlich, wenn nicht noch dringlicher geworden.

Der Blick auf die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an mögliche Entwicklungen und auf die Bereitschaften, einen eigenen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz zu leisten, zeigt viel persönliche Unterstützungsbereitschaft und Zustimmung. Aber es wird auch Zurückhaltung deutlich, wenn Maßnahmen im Spiel sind, die finanzielle Belastungen zur Folge haben könnten oder gewohnte Strukturen infrage stellen, wie beispielsweise im Bereich Mobilität die Einführung einer fahrleistungsabhängigen Pkw-Maut oder eine neue Aufteilung des Straßenraums. In diesem und in anderen Lebensbereichen soll die überwiegend als notwendig erachtete Transformation so sozialverträglich wie möglich gestaltet werden. Daher stellt sich die Frage nach den Bedingungen, die gegeben sein oder sich verändern müssen, damit die stark ausgeprägten Umwelteinstellungen noch leichter in entsprechendes Handeln übersetzt werden können.

Einstellungen und Verhalten: Potenziale noch nicht voll ausgeschöpft

Ein erneuter Blick auf die Umwelttypologie zeigt, dass ein gutes Viertel der Bürgerinnen und Bürger gegenwärtig als sehr aufgeschlossen für Maßnahmen im Umwelt- und Klimaschutz und deren Umsetzung im eigenen Alltag angesehen werden kann. Insbesondere zählen dazu die *Konsequenten* (14 Prozent) und die *Orientierten* (13 Prozent). Weitere zwei Drittel befinden sich auf dem Weg dorthin, sind in ihren Einstellungen oder ihrer täglichen Praxis aber weniger konsequent. Dazu gehören die *Aufgeschlossenen* (25 Prozent), die *Unentschlossenen* (22 Prozent) und die *Skeptischen* (18 Prozent). Hervorzuheben ist allerdings auch, dass sich eine Minderheit von 8 Prozent (die *Ablehnenden*) dem Thema fast vollständig entzieht und jede Veränderung oder kritische Infragestellung ablehnt.

Bei der genauen Betrachtung der Umweltbewusstseinstypen wird deutlich, dass diese nicht eindeutig in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen verankert sind, sondern sich alle in unterschiedlicher Ausprägung in

allen Teilen der Gesellschaft wiederfinden. Deshalb soll an dieser Stelle noch einmal systematisch betrachtet werden, wie stark der Zusammenhang verschiedener Faktoren mit den Umwelteinstellungen und dem Handeln ist. Sind es beispielsweise eher das Alter oder das Geschlecht, die Bildung oder der ökonomische Status, die es wahrscheinlicher werden lassen, dass sich eine Person stärker oder weniger stark umweltorientiert zeigt? Welche Faktoren können dazu beitragen, dass die Umwelttypen sich verändern oder weiter entwickeln? Als weitere potenzielle Einflussfaktoren wurden neben soziodemografischen Merkmalen auch solche mit Bezug zur Umweltwahrnehmung untersucht, die nicht bei der Bildung von Kenngrößen zu Einstellungs- und Verhaltensaspekten enthalten waren.

Alle vier Kenngrößen, die im Rahmen der diesjährigen Studie gebildet und betrachtet wurden, hängen stark mit der wahrgenommenen Umweltqualität vor Ort, in Deutschland und weltweit sowie mit der empfundenen eigenen gesundheitlichen Belastung durch Umweltmerkmale zusammen. Wer sich besorgter über die Umweltbedingungen äußert, zeigt sich umwelt- und klimabewusster, verhaltensorientierter und eher handlungsbereit. Ebenso wirkt sich ein hohes politisches Interesse auf die Kenngrößen – mit Ausnahme der Veränderungsbereitschaft – aus, wobei der Einfluss vermutlich in beide Richtungen besteht, also politisches Interesse das Umweltbewusstsein stärkt und umgekehrt. Außerdem spielen noch andere, eher strukturelle Faktoren eine Rolle. So beeinflusst beispielsweise ein formal hohes Bildungsniveau das Umweltverhalten, das Klimabewusstsein und die Veränderungsbereitschaft positiv, nicht aber die eigentlichen Umwelteinstellungen. Ein sehr hoher ökonomischer Status wiederum kann das Ausmaß des Umweltbewusstseins bremsen. Vermutlich lassen sich in dieser Gruppe Lebensstil und Konsumverhalten nur bedingt mit einem sehr hohen Umweltbewusstsein vereinbaren.

Durchgängig zu beobachten ist ein deutlicher Unterschied zwischen Frauen und Männern. Frauen weisen bei allen vier Kenngrößen höhere Werte auf, sie sind also umwelt- und klimabewusster, verhaltens- und veränderungsorientierter. Zwischen den Altersgruppen zeigen sich dagegen kaum Unterschiede, lediglich die jüngeren Altersgruppen bis 25 Jahre sind klimabewusster und veränderungsbereiter als die anderen. Mit Ausnahme der Umwelteinstellungen können für die drei übrigen Kenngrößen höhere Werte in Westdeutschland beobachtet werden. Dies gilt besonders für die großstädtischen Regionen. Schließlich zeigt sich, dass das Umweltbewusstsein umso größer ist, je weniger Pkw in einem Haushalt vorhanden sind.

Zu berücksichtigen ist, dass über die beschriebenen Zusammenhänge hinaus auch andere Faktoren wirksam sind, die nicht in der Umweltbewusstseinsstudie untersucht wurden, beispielsweise Persönlichkeitsmerkmale, Sozialisationserfahrungen, spezifische umweltbezogene Kenntnisse, individuelle Handlungsoptionen sowie ökonomische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, wie sie in der ABC-Formel in Kapitel 3 beschrieben wurden.

Für die weitere Forschung rund um Umweltbewusstsein und Umweltverhalten bieten die Ergebnisse der aktuellen Studie vielfältige Anknüpfungspunkte und Vertiefungsfelder. Im Hinblick auf den sozial-ökologischen Wandel der Gesellschaft wird zu untersuchen sein, welche Veränderungen im Alltagshandeln der Menschen rund um die Lebensbereiche Arbeit, Mobilität, Freizeit, Einkaufen und Ernährung sich in der Zeit nach der Corona-Pandemie etablieren werden und welche Chancen und Herausforderungen sich daraus für die Umwelt und das Klima ergeben.

Aus den Ergebnissen abgeleitete Anregungen für die Umweltkommunikation

Die wahrgenommene Umweltqualität hängt stark mit dem eigenen Umweltbewusstsein zusammen. Dieses Ergebnis weist darauf hin, wie wichtig Umwelterfahrungen sind, also Erlebnisse in der Natur und Erfahrungen mit der eigenen Umwelt sowie die Kenntnis von Auswirkungen, die im Zusammenspiel von Mensch und Umwelt entstehen. Dies können negativ geprägte Beobachtungen sein wie aktuell die Häufung extremer Wetterereignisse oder positive wie die wiedergewonnene Qualität vieler Flüsse und anderer Lebensräume. Je ausgeprägter die Sensibilität für die Umweltbedingungen und die Zusammenhänge ist und je mehr Einschränkungen und mögliche Erfolgsgeschichten im unmittelbaren Umfeld erfahrbar sind, desto ausgeprägter zeigen sich gleichzeitig umweltbezogene Einstellungen, Verhaltensweisen und die Veränderungsbereitschaft. Werden Aufmerksamkeit, Erfahrung und Wissen durch entsprechende Strategien gestärkt, vergrößert dies die Chance, dass diese Umweltorientierung im täglichen Erleben und Handeln der Menschen und in ihrem Miteinander mehr Gewicht erhält.

Umwelterleben und Umweltverhalten, aber auch Klimateinstellungen und Veränderungsbereitschaft sind eng miteinander verknüpft. Eine Erlebnis- und Erfahrungsvermittlung sollte dabei möglichst zielgruppenorientiert innerhalb der eigenen Lebenswelt erfolgen.

Mit dem Umweltbewusstsein wächst auch die Handlungsbereitschaft. Um diese Verknüpfung zu stärken, sollten Maßnahmen der Umweltkommunikation und der Umweltbildung auf den Vermittlungskontext achten und mit konkreten lebensweltlichen Bezügen, positiven Botschaften und Hinweisen auf mögliche Zugewinne an Lebensqualität arbeiten. Eine Stärkung des Umweltbewusstseins könnte so gleichzeitig dazu beitragen, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen in ihrer aktuellen Lebenswelt „abzuholen“ und auf den Pfad der Transformation mitzunehmen. Die ökonomischen, rechtlichen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen spielen dabei eine wichtige Rolle.

Was bedeutet das für die Transformation? Empfehlungen für Politik und Zivilgesellschaft

Die politisch verantwortlichen Akteure stehen in den kommenden Jahren zweifellos vor großen Herausforderungen. Die aktuellen Erkenntnisse der Klimaforschung unterstreichen dies. Während die Bevölkerung mehrheitlich über ein ausgeprägtes Umwelt- und Klimabewusstsein verfügt, stoßen die (unterschiedlich ausgeprägten) Bemühungen und Bereitschaften für ein umwelt- und klimafreundliches Alltagshandeln vielfach an Grenzen, beispielsweise bei der Alltagsmobilität oder beim Wohnen. Um das bestehende Veränderungspotenzial in der Bevölkerung zu nutzen, ist konsequentes politisches Handeln erforderlich, das praktikable Handlungsalternativen und geeignete rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger bereitstellt. Es muss darum gehen, schrittweise Veränderungen der Orientierungen und Gewohnheiten zu ermöglichen und zu erleichtern, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.

Dabei sollte die Politik vermehrt auf die Unterstützung der Bevölkerung durch veränderte Rahmenbedingungen und Möglichkeiten setzen. Politische Akteure aller Verantwortungsebenen müssen unterschiedlichen Menschen mit ihren jeweils spezifischen Bedürfnissen noch intensiver zuhören, aber ebenso müssen Fakten verständlich vermittelt und Auswirkungen des eigenen Verhaltens verdeutlicht werden. Die Folgen eines „Weiter so“ sollten klar benannt werden. Viel wichtiger sind jedoch die Antworten auf die Frage, wofür sich Veränderungen lohnen. Dabei sollten auch Erfolgsbeispiele klar kommuniziert werden, die deutlich machen, wie eine sozial-ökologische Transformation die Lebensqualität für viele Menschen verbessern kann. Derartige Lösungen sollten in der politischen Auseinandersetzung mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen entstehen, damit sie von einer breiten Mehrheit getragen

werden und die verschiedenen Lebensrealitäten berücksichtigen. So entstehen möglicherweise auch Berührungspunkte mit gesellschaftlichen Gruppen, die dem Umwelt- und Klimaschutz bisher skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen.

Das politische Handeln muss konsequenter und mutiger als bisher die Weichen stellen, wenn sich individuelles Handeln stärker verändern soll. Dies wird auch Konflikte mit sich bringen. Aber der Resonanzboden für überlegte und zügig wirksame Maßnahmen ist vorhanden – dies zeigen die Ergebnisse der aktuellen Umweltbewusstseinsstudie. Konkrete politische „Leitplanken“ können zu mehr Handlungssicherheit beitragen und so individuelle Überforderungen verringern. Dazu gehört auch, gewachsene Lebensbedingungen und Strukturen zu berücksichtigen und Angebote zu machen, die diese nicht außer Acht lassen. So wird ein Autoverzicht im ländlichen Raum erst möglich beziehungsweise nicht mehr als Barriere empfunden werden, sobald ausreichend attraktive Alternativen vorhanden sind. Die Nutzung der alternativen Angebote kann dadurch befördert werden, dass stärker die Vorteile betont werden statt eventueller Einschränkungen.

Die Bürgerinnen und Bürger müssen klar erkennen können, dass sie respektiert, unterstützt und mitgenommen werden. Nicht-ökologisches Verhalten sollte

künftig die unbequemere Alternative sein. Und ökologisch orientierte Muster sollten mehr als bisher belohnt werden. Jede und jeder Einzelne trägt damit weiterhin Verantwortung, kann diese aber so leichter wahrnehmen. Bürgerinnen und Bürger können zudem mit ihrer Handlungs- und Mitgestaltungsbereitschaft, mit ihrem Engagement und eigenem umweltorientierten Verhalten zeigen, dass sie bereit sind, ihren Teil der Verantwortung zu tragen und den Weg der Transformation mitzugehen. Als zivilgesellschaftliche Akteure können sie dabei auch aktiv strengere Regeln zum Schutz der Umwelt einfordern und andere Akteure zu ihrer Mit-Verantwortung rufen. Und sie können in ihrem persönlichen Lebensumfeld und gemeinsam mit anderen Menschen eigenständige Lösungsansätze entwickeln, neue Lebensentwürfe oder Konsumformen ausprobieren und in den eigenen Alltag integrieren.

Letztlich ist die Transformation in eine sozial-ökologische Zukunft eine Gemeinschaftsaufgabe. Diese kann nur im Wechselspiel zwischen den verschiedenen Akteuren und Ebenen gelingen. Grundvoraussetzung hierfür ist auf allen Seiten die Bereitschaft, sich mit Respekt und Offenheit zu begegnen und gemeinsam auf ein Ziel hinzuarbeiten: den Schutz von Natur, Umwelt und Klima und ein gutes Leben für diese und kommende Generationen.

Literaturverzeichnis

Bauske, Emily/Kaiser, Florian (2019): Umwelteinstellung in Deutschland von 1996 bis 2016 – Eine Sekundäranalyse der Umweltbewusstseinsstudien, TEXTE 128/2019, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) (2021): Ökobarometer 2020. [www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/oekobarometer-2020.pdf;jsessionid=B444833B824CBEE47619A243CC682B43.live832?__blob=publicationFile&v=10](http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/oekobarometer-2020.pdf?jsessionid=B444833B824CBEE47619A243CC682B43.live832?__blob=publicationFile&v=10)

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU)/Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.) (2020): Zukunft? Jugend fragen! 2019. www.bmu.de/publikation/zukunft-jugend-fragen/

Geiger, Sonja (2020): Weiterentwicklung einer Skala zur Messung von zentralen Kenngrößen des Umweltbewusstseins, TEXTE 25/2020, Umweltbundesamt, Dessau-Roßlau.

Luks, Fred (Hrsg.) (2018): Chancen und Grenzen der Nachhaltigkeitstransformation, Wiesbaden.

Reckwitz, Andreas (2003): Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. In: Zeitschrift für Soziologie, Jahrgang 32, Heft 4, Seite 282–301.

Shove, Elizabeth (2010): Beyond the ABC: Climate Change Policy and Theories of Social Change. In: Environment and Planning A 42, Seite 1.273–1.285.

Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.) (2021): 25 Jahre Umweltbewusstseinsforschung im Umweltressort. Langfristige Entwicklungen und aktuelle Ergebnisse, Hintergrundpapier, Dessau-Roßlau.

Abkürzungsverzeichnis

ABC-Formel	Attitude, Behaviour and Choice/Einstellungen, Verhalten und Handlungsmöglichkeiten
bayklif	Bayerisches Klimaforschungsnetzwerk
BLE	Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
CO ₂	Kohlenstoffdioxid
DeZIM	Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung
ETH Zürich	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
EU	Europäische Union
IASS	Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung
infas	Institut für angewandte Sozialwissenschaft
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change/Weltklimarat
ISOE	Institut für sozial-ökologische Forschung
km/h	Kilometer per hour/Kilometer pro Stunde
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
Pkw	Personenkraftwagen
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
t	Tonnen
UBA	Umweltbundesamt
UFZ	Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung
UN	United Nations/Vereinte Nationen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Wahrnehmung der Bedeutung des Klimaschutzes	18
Abbildung 2:	Selbsteinschätzung zum Umweltbewusstsein	19
Abbildung 3:	Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes	26
Abbildung 4:	Bewertung des Handelns verantwortlicher Akteurinnen und Akteure	27
Abbildung 5:	Berücksichtigung von Umwelt- und Klimaschutz in anderen Politikbereichen	28
Abbildung 6:	Bewertung der Umweltqualität	30
Abbildung 7:	Gesundheitliche Belastungen durch Umweltverschmutzung	31
Abbildung 8:	Belastung durch einzelne Lärmquellen	32
Abbildung 9:	Aussagen zu Umweltaffekt	34
Abbildung 10:	Aussagen zu Umweltkognition	35
Abbildung 11:	Aussagen zum Umweltverhalten I	36
Abbildung 12:	Aussagen zum Umweltverhalten II	37
Abbildung 13:	Zentrale Kenngrößen des Umweltbewusstseins	37
Abbildung 14:	Mittelwerte der Kenngrößen Umwelt- und Klimateinstellungen, Umweltverhalten und Veränderungsbereitschaft	40
Abbildung 15:	Vorstellung der Umweltbewusstseinstypen anhand ausgewählter Merkmale	44
Abbildung 16:	Umweltbewusstseinstypen – Darstellung für Klimateinstellungen und Veränderungsbereitschaft	45
Abbildung 17:	Interesse am Thema Klimawandel	47
Abbildung 18:	Informationsstand zum Thema Klimawandel	48
Abbildung 19:	Vermutete Ursache/n für den Klimawandel	49
Abbildung 20:	Einstellungen zum Klimawandel	50
Abbildung 21:	Klimateinstellungen zusammengefasst	51
Abbildung 22:	Rolle Deutschlands für den Klimaschutz	52
Abbildung 23:	Verantwortlichkeit für den Klimaschutz	53
Abbildung 24:	Bewertung von politischen Maßnahmen zum Klimaschutz	54
Abbildung 25:	Verwendung der Einnahmen aus der CO ₂ -Bepreisung	55
Abbildung 26:	Bewertung des Engagements anderer	56
Abbildung 27:	Formen des Engagements für den Klimaschutz	57
Abbildung 28:	Bereitschaft zu Verhaltensänderungen	58
Abbildung 29:	Hemmnisse für klimafreundliches Verhalten	60
Abbildung 30:	Veränderungen zur Verbesserung der Lebensqualität	63
Abbildung 31:	Veränderungen zur Verbesserung der Lebensqualität nach Umweltbewusstseinstypen	64
Abbildung 32:	Mögliche Wege, den Klimawandel zu bremsen	65
Abbildung 33:	Anteil ausgewählter Einflussgrößen auf den CO ₂ -Fußabdruck	66
Abbildung 34:	CO ₂ -Fußabdruck nach Soziodemografie und Umweltbewusstseinstypen	68
Abbildung 35:	Handlungsbedarfe bei Landwirtschaft und Ernährung	70
Abbildung 36:	Akzeptanz von Maßnahmen im Bereich Landwirtschaft und Ernährung	71
Abbildung 37:	Handlungsbedarfe im Bereich Mobilität	72
Abbildung 38:	Akzeptanz von Maßnahmen im Bereich Mobilität	73
Abbildung 39:	Wirtschaftlicher Strukturwandel und Beschäftigung	75
Abbildung 40:	Soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz	76

